

EKD – Friedensdenkschrift 2025

Eine Kritik

Horst Leps

14. Juni 2026, 23:24

„Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.“

These fünf der Barmer Theologischen Erklärung¹.

„Man darf eine Aufrüstung nicht als ‚Verteidigung‘ bezeichnen, die Spannungen und Unsicherheit schürt, Investitionen in Bildung und Gesundheit schmälert, das Vertrauen in die Diplomatie untergräbt und Eliten bereichert, denen das Gemeinwohl gleichgültig ist.“

Papst Leo²

„In dieser großen Zeit, die ich noch gekannt habe, wie sie so klein war; die wieder klein werden wird, wenn ihr dazu noch Zeit bleibt; und die wir, weil im Bereich organischen Wachstums derlei Verwandlung nicht möglich ist, lieber als eine dicke Zeit und wahrlich auch schwere Zeit ansprechen wollen; in dieser Zeit, in der eben das geschieht, was man sich nicht vorstellen konnte, und in der geschehen muß, was man sich nicht mehr vorstellen kann, und könnte man es, es geschähe nicht –; in dieser ersten Zeit, die sich zu Tode gelacht hat vor der Möglichkeit, daß sie ernst werden könnte; von ihrer Tragik überrascht, nach Zerstreuung langt, und sich selbst auf frischer Tat ertappend, nach Worten sucht; in dieser lauten Zeit, die da dröhnt von der schauerlichen Symphonie der Taten, die Berichte hervorbringen, und der Berichte, welche Taten verschulden: in dieser da mögen Sie von mir kein eigenes Wort erwarten. Keines außer diesem, das eben noch Schweigen vor Mißdeutung bewahrt.“

Karl Kraus³

Dr. Horst Leps
Elersweg 17
D-22395 Hamburg
<http://www.leps.de>
horstleps@gmx.de

¹ EKD: *Barmer Theologische Erklärung*

² Preckel: *Papst an der Uni: Welchen Sinn hat Wissen – ohne Gewissen?* – *Vatican News*

³ Kraus: „In dieser großen Zeit – Gesprochen 19. November 1914“

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----------------------------|--|-----------|
| 0.1 | Vorbemerkungen | 6 |
| 1 | Eine kurze theologische Grundlegung – Helmut Gollwitzer | 7 |
| 2 | Vorklärungen für eine Denkschrift zu Krieg und Frieden | 10 |
| 3 | Der Titel: „Welt in Unordnung“ | 13 |
| 4 | Abstract: „Zehn Kernaussagen dieser Denkschrift“ | 16 |
| 5 | Hauptteil – „Ein Beitrag zur Gewissensbildung: Anlass, Kontext und Aufbau dieser Denkschrift im Horizont evangelischer Friedensethik“ | 23 |
| 5.1 | Der theologische Teil | 24 |
| 5.1.1 | (Pädagogik der Resilienz) | 25 |
| 5.1.2 | (Kriegstüchtige Kirche) | 27 |
| 5.2 | „Aktuelle Herausforderungen evangelischer Friedensethik in einer Welt im Umbruch“ | 27 |
| 5.2.1 | (Kirche, innere Repression und Sozialabbau) | 27 |
| 5.2.2 | (Rüstung und Hunger) | 29 |
| 5.2.3 | (Frieden und Gemeinsame Sicherheit) | 33 |
| 5.2.4 | (Der hybride Krieg) | 34 |
| 5.2.5 | (Ein historischer Versuch) | 35 |
| 5.3 | Bekannte friedensethische Fragen benötigen aktuelle Antworten | 36 |
| 5.3.1 | (Atomwaffen und Politik) | 36 |
| 5.3.2 | (Präemptiver Krieg gegen eine Atommacht) | 37 |
| 5.3.3 | (Heidelberger Thesen) | 40 |
| 5.3.4 | (Kriegsdienstverweigerung) | 43 |
| 5.3.5 | (Legitime Gewalt) | 45 |
| 5.3.6 | (Ausklang) | 46 |
| 6 | Kritiken und andere Stimmen | 48 |
| | Kritiken | 48 |
| | Andere Stimmen | 48 |
| 7 | Resumee | 49 |
| Anhang: Materialien | | 51 |
| 1 | Heidelberger Thesen 1959 | 51 |
| 2 | Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens 2007 | 56 |
| 3 | Kundgebung der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 6. Tagung 2019 | 59 |
| 4 | Eine Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes (1982) | 63 |
| 5 | Moderator des Reformierten Bundes kritisiert EKD-Friedensdenkschrift | 66 |
| 6 | Gemini: Vergleich der EKD-Friedensdenkschriften 2007 und 2025 | 67 |
| 7 | Gemini: Christliche Kritik an der EKD-Friedensdenkschrift 2025 | 69 |
| 8 | Ökumenisches Rahmenkonzept – Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall | 71 |

Allgemeines Literaturverzeichnis

72

0.1 Vorbemerkungen

Der Text⁴

Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick

Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen

Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Herausgegeben von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

ist nicht nur lang, er ist vor allem auch sehr gefüllt und anspielungsreich⁵. Manche Sätze, ja ganze Abschnitte enthalten protestantischen Standard, vor allem zu Beginn, aber oft so leicht schief, dass man gar nicht merkt, wie das alles endet. Eigentlich wäre jeder Satz zu exegisieren; unter glatter Oberfläche ist vieles so versteckt, das man beim Lesen kaum merkt⁶.

Die Kritik beginnt mit dem eigenen theologischen Bezug, mit Helmut Gollwitzer (1), dann mit Vorklärungen zum Anspruch einer Denkschrift (2). Danach wird der Text in drei Schritten die Denkschrift am Text geprüft: das Vorwort (3), die Kernaussagen (4) und der Hauptteil (5); es folgen Hinweise auf andere Stimmen⁷ (6) und abschließend ein Resümee (7). Die Denkschrift wird von vorn nach hinten gelesen, allerdings nicht jede Kennziffer. Dabei werden die politisch wichtigen Aussagen auf ihre Praxis überprüft: Was heißt das genau, was soll geschehen und an realen Friedensmöglichkeiten überprüft.

⁴ Im Internet: EKD: *Friedensdenkschrift: Gerechten Frieden schaffen in unruhigen Zeiten*, als Buch: EKD: *Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick*

⁵ Der Titel der Denkschrift erinnert an Masala: *Weltunordnung – die globalen Krisen und das Versagen des Westens*. Masala ist ein engagierte Apologet der gegenwärtigen Politik des Westens. – Für die Gedankenwelt der Denkschrift kann dieser Podcast von Interesse sein: EKD: „*Wir haben die Aufgabe, um Positionen zu ringen*“, die Ratsvorsitzende und der Militärbischof.

⁶ Die konkreten Inhalte der Abschnitte 147 und 148 der Denkschrift bringen mich zu der Annahme, dass viele, die diesen Text mitgeschrieben und dann promotet haben, sich nicht wirklich darüber im Klaren sind, was der Text enthält: Die Ermöglichung eines [Angriffskriegs auf Russland](#).

⁷ Ich argumentiere in meiner Kritik nicht mit anderen Texten. Die Kritik-Sammlungen Bürger: *Umdenkschrift zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden*, Bürger: *Umdenkschrift II zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden*, aber auch Einzeltexte wie Fernando Enns – Interview: «*Als Kirchen müssen wir die realpolitische Friedenslogik des Evangeliums einbringen*», Seidel: *Zeitenwende statt Entfeindung | zeitzeichen.net* bleiben genauso unberücksichtigt wie die zustimmenden Texte Bingener: *Die EKD und der Pazifismus: Ein richtiger Bruch*, Buschow: *Debatte über EKD-Friedenspapier: Wadephul vermisst Ukraine-Position | Evangelische Friedensarbeit*. Dass der Text aus ganz anderer Perspektive nicht gefällt, ist sowieso klar, s. Henn: *Die Evangelische Kirche wird kriegstüchtig*.

1 Eine kurze theologische Grundlegung – Helmut Gollwitzer

Zu Anfang soll der eigene Standort benannt werden. Ich habe bei Helmut Gollwitzer⁸ und Heinrich Vogel⁹ studiert. Beide waren in der Bewegung „Kampf dem Atomtod“¹⁰ mit ihren theologischen Reden aktiv. Helmut Gollwitzer hat in einem Beitrag für die Prager Christliche Friedenskonferenz (CFK)¹¹ 1960 grundsätzliche, bis heute nicht überholte theologische Gedanken zum „Friedensbeitrag der Christen“¹² vorgetragen, seine politischen Überlegungen müssten aktualisiert werden. Hier einige Zitate:

Der Christ ist ein Mensch, der von einem sehr überraschenden und unvergleichlichen Friedensschlusse lebt und in einen alles übertreffenden Frieden versetzt ist. Diese Botschaft ist eine frohe Botschaft, Evangelium, weil in ihr der Frieden – und zwar die Wirklichkeit des schon gestifteten Friedens – die Hauptsache ist, wogegen vom Krieg sowohl in der alten wie in der neuen Bedeutung nur um des Friedens willen die Rede ist. Jesus Christus - das heißt nichts anderes als: Gott will Frieden, und Gott schafft Frieden.

Dabei hat das Wort Frieden die umfassende Bedeutung des hebräischen Wortes Schalom: nicht nur Waffenstillstand, nicht nur negativ: Beseitigung von Totschlag, Streit und Haß, sondern positiv: Heil und Leben im umfassenden Sinne, sowohl das Ewige wie das Zeitliche umfassend, sowohl die Beziehung zu Gott wie die Beziehung zu den Mitmenschen, sowohl die Seele wie den Leib.

Aber Christen müssen durch das Evangelium darüber belehrt sein, daß der Schaden tiefer sitzt, als daß er durch menschliche Unternehmungen wirklich behoben werden könnte. Solange der Mensch Adam ist, der im Aufstand gegen seinen ewigen Herrn steht, wird er auch immer wieder Kain werden gegenüber seinen menschlichen Brüdern.

Indem Gottes Friede in Jesus Christus hereinkommt in die unerlöste Welt, ohne daß diese dadurch schon in die Vollendung verwandelt würde, ist eine Zwischenzeit gegeben, in der der Gottesfriede schon für uns da ist und schon nach unserem Herzen greift, in der aber seine umfassende Bedeutung noch nicht offenbar ist.

Das andere ist eine Vernunftsansage: Im Blick auf den weiteren Weg der Menschheit sehen wir nur mehr die Möglichkeit eines Weiterbestehens der Menschheit, wenn kriegerische Auseinandersetzungen unmöglich gemacht werden. Die Menschheit wird jetzt in eine Friedensepoche eintreten, eintreten müssen, – oder es wird mit ihr zu Ende sein („zu Ende sein“ entweder absolut oder doch so, daß auf Jahrhunderte hinaus alle Werte unserer Kultur zerstört wären). Weil wir in dieser Alternative stehen, darum bekommt die Arbeit für den Frieden eine so große Dringlichkeit.

⁸ Wikipedia: *Helmut Gollwitzer*, von Vogel wären Texte aus Vogel: *Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter* heranzuziehen, insbesondere seine Rede in der Frankfurter Kongresshalle am 23. März 1958, Vogel: *Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter*, S. 5-12.

⁹ Wikipedia: *Heinrich Vogel (Theologe)*

¹⁰ Wikipedia: *Kampf dem Atomtod*. Helmut Gollwitzer war einer der Initiatoren der „Paulskirchenbewegung“, Knorr: *Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik*, S. 79-83, Wikipedia: *Paulskirchenbewegung*.

¹¹ Wikipedia: *Christliche Friedenskonferenz*

¹² Gollwitzer: „Der Friedensbeitrag der Christen“. Natürlich könnte ich mich auch auf Karl Barth beziehen, Barth: *Barth Brevier*, S. 368-374

Auf Gottes Tun bezogen ist Frieden so viel wie Heil, Freude, volles Leben. Auf unser menschliches Tun bezogen, heißt Frieden zunächst nicht mehr als: daß nicht aufeinander geschossen wird, daß die Menschen einander nicht umbringen. Dafür Politik, Friedensbewegungen, Abrüstungskonferenzen, Verträge und was dergleichen nötige Unternehmungen und Anstrengungen mehr sind. Auch dieses menschliche Tun, das ein soviel bescheideneres Ziel hat als das Tun Gottes, kann nicht gelingen, wenn nicht Er seinen Segen dazu gibt.

Einige Regierungen, so sagte kürzlich Rob. Oppenheimer, der „Vater der Atombombe“, in Berlin, – einige Regierungen (also offenbar nicht alle Regierungen) – hätten erkannt, daß nach einem Atomkrieg die Zahl der Überlebenden nicht ausreichen würde, die Toten zu bestatten.

Wir müssen unter uns Christen Klarheit darüber schaffen, daß die Beteiligung an einem Atomkrieg mit dem uns aufgetragenen christlichen Zeugnis schlechthin unerträglich ist. . . . sondern die entscheidende Frage ist, ob in einem bestimmten Tun sich das Zeugnis vom Evangelium ausdrücken kann, das der Hauptauftrag jedes Christen ist. Ob dann überhaupt Beteiligung an kriegerischem Handeln für den Jünger Jesu in Frage kommen kann, wird sehr fraglich sein, keine Frage aber kann sein, daß Beteiligung an atomarer Kriegführung unvereinbar ist mit dem christlichen Zeugnis. Weil das unter uns leider noch unklar ist, müssen wir Klarheit schaffen.

Wir müssen dadurch die Klischees, die die Propaganda des kalten Krieges ständig von den Menschen und den Verhältnissen auf der anderen Seite erzeugt, durchkreuzen. Wir dürfen den Pharisäismus, die einseitigen Anschuldigungen der Gegenseite nicht mitmachen, die generelle Unterstellung bösen Willens, die verzerrenden Darstellungen. Wir können nicht das 5. Gebot hochhalten und gleichzeitig das 8. mit Füßen treten. Christliche Presse, die der Hetze dient, ist auf beiden Seiten eine Schändung des Evangeliums. Schon zu diesem Nicht-Mitmachen gehört heute vielfach Mut; man erscheint im eigenen Lager als unsicherer Kantönist, erst recht dann, wenn man nicht nur nicht mitmacht, sondern auch noch die Entstellungen korrigiert. Dann wird man unbequem und schief angesehen. Aber eben das gehört zum Gehorsam gegen das 8. Gebot.

Unbequem müssen wir werden auch dadurch, daß wir genau das betreiben, was der Pharisäismus versäumt und scheut: das Kehren vor der eigenen Tür, das Fragen nach der Schuld, die unsere eigene Seite an einer Krise, an einem bösen Zwischenfall im internationalen Leben hat. Beginnt christliches Leben mit der eigenen Buße, so muß sich das auch im politischen Leben des Christen auswirken. Wir werden also je in unserem eigenen Lager die selbstkritischen Stimmen sein müssen, über deren Vorhandensein im anderen Lager man sich gewöhnlich außerordentlich freut. Die gehässige Einrede, daß wir damit das Geschäft der anderen Seite betreiben, den Gegnern Material liefern usw., darf uns nicht imponieren. Sie ist töricht, wenn man bedenkt, daß wir heute in einem Boot sitzen, beide Lager in ein und demselben gebrechlichen Kahn auf stürmischer See sich befinden; auf die Fehler der anderen Seite haben wir nur beschränkten Einfluß, auf unserer eigenen Seite müssen wir deshalb um so mehr nach dem Rechten sehen.

Gollwitzer argumentiert mit Analogien:

1. Gott hat in Jesus Christus Frieden mit den Menschen schon geschlossen.

2. Also hat der Mensch den Frieden mit seinen Mitmenschen zu suchen. Dieser Frieden meint sowohl
- den Frieden mit dem unmittelbaren Nächsten,
 - den Frieden im Staat,
 - als auch den Frieden zwischen den Staaten.

Gollwitzer spricht sich nicht pazifistisch gegen Militär aus. Ein ordentlicher Staat schützt den Frieden im Inneren mit Polizei und Justiz und mit dem Militär nach außen. Sowohl nach innen als auch nach außen verfolgt solch ein Staat eine Politik der Verminderung der Spannungen und der Gewalt. Militärische Einsätze können dann gerechtfertigt werden, wenn mit ihnen die eigene Bevölkerung geschützt wird.

Die Atomwaffen haben das Wesen des Kriegs jedoch grundlegend verändert: Werden Atombomben eingesetzt, noch dazu in Massen, wird im Krieg genau jenes zerstört, das mit Krieg geschützt werden soll. Deshalb sind Atomwaffen grundsätzlich zu verwerfen¹³, sie können aber für eine Übergangszeit noch geduldet werden, in der Vereinbarungen über ihre Abschaffung getroffen und realisiert werden.

Die im engeren Sinn theologische Grundlegung einer christlichen Friedensethik kann man wohl so stehen lassen. Andererseits haben auch die Politik und das Militär verstanden, dass Waffen, deren Einsatz zerstört, was mit ihnen verteidigt werden soll, militärisch nicht sinnvoll sind. Die Strategie der „Massiven Vergeltung“ wurde durch die „Flexible Response“¹⁴ ersetzt, Krieg unterhalb der Nuklearschwelle wurde nicht nur gedacht, nicht nur ermöglicht, sondern auch geführt. An der Verfeinerung militärischer Möglichkeiten wird ständig gearbeitet¹⁵.

Hier wäre neu nachzudenken.

¹³ S. auch Gollwitzer: „Gründe, weshalb ein Christ die Atomrüstung nicht bejahen kann“

¹⁴ Wikipedia: *Massive Vergeltung*, Wikipedia: *Flexible Response*, Walpuski und Wolf: „Zur Entwicklung der internationalen Politik“, 20f, 27f, Rosenkranz und Wolf: „Theorie der Strategien im Ost-West-Konflikt“, S. 87-91

¹⁵ Es gibt immer „operative Fähigkeitslücken“, s. Richter: „Stationierung von US-Mittelstreckensystemen in Deutschland“, S. 20. Ist die eine Lücke geschlossen, wird die nächste gefunden.

2 Vorklärungen für eine Denkschrift zu Krieg und Frieden

Der Rat der EKD möchte mit diesem Text

- „zur **Gewissensbildung** beitragen und Orientierungspunkte geben für ein Leben aus dem Geist der Versöhnung“, dazu geht der Text¹⁶ den
- „aus der Sozialethik bekannten Dreischritt **Sehen – Urteilen – Handeln** und skizziert stets zuerst die neuen Herausforderungen, nimmt sodann eine Bewertung aus der Perspektive des Leitbilds des Gerechten Friedens vor und spricht dann konkrete Handlungsempfehlungen aus, für Politik und Zivilgesellschaft, aber gerade auch für das konkrete friedensethische Engagement der Kirche.“

Es geht also nicht um die fachpolitische Frage „Bau eines Abwasserkanals“, die man so oder andersherum behandeln könnte, ohne dass sie ethisch-moralisch Ansprüche an die Entscheider oder die anderen Beteiligten aufwirft. Krieg und Frieden sind in der Tat Gewissensfragen, denn es geht um das Leben und Sterben von Menschen.

Ein Gewissen kann irren¹⁷, schon weil der Mensch, der eine Gewissensentscheidung treffen will, sich über den Sachverhalt nicht im Klaren ist. Soll eine Gewissensentscheidung von einem akademischen Gremium, egal ob kirchlich oder nicht, vorbereitet werden, ist deshalb nicht nur Normenklarheit erforderlich, so es sie denn geben sollte, sondern auch die äußerst mögliche Sachkunde. Entscheidungen, die den Einzelnen in seiner Person betreffen, dürfen nicht auf ein Hören-Sagen gegründet werden.

Genau deswegen ist das „Sehen“ so wichtig: Was überhaupt ist die Frage, um die es geht? Welches ist der Sachverhalt? Einfach gesagt: Der Konflikt muss von allen Seiten betrachtet werden.

Politische Fragen sind immer umstritten. Geht es um politische Fragen von Leben und Tod, dürfte der Streit noch heftiger sein. Soll aufgrund des „Sehens“ eine Entscheidung getroffen werden, sind alle Seiten des Problems zu erfassen und zur Darstellung zu bringen¹⁸. – Noch schwieriger steht es mit dem „Urteilen“. Beim theologisch-ethischen Urteil fängt der mögliche Irrtum schon damit an, dass der Bibel nichts über die politischen Probleme der Gegenwart zu entnehmen ist, auch nicht durch Analogie-Schlüsse oder andere Auslegungsverfahren. Das Neue Testament ist durch die Erwartung des nahen Reiches Gottes geprägt, in dem die Herrschaft von Gott selbst ausgeübt wird, von seinem Sohn und dem Heiligen Geist; Krieg und Frieden waren keine ethischen Herausforderungen, weder für die junge Gemeinde noch für den Einzelnen, denn die Welt ist eh morgen zu Ende.

Dass die Erfüllung dieser Reich-Gottes-Erwartung noch ein paar Tausend Jahre ausbleiben könnte, ist in der Bibel nicht vorgesehen.

Alles änderte sich, als die Kirche Staatskirche wurde, die sogenannte „Konstantinische Wende“¹⁹. Der römische Staat führte Kriege, absichtlich oder notgedrungen, er brauchte Soldaten, wollte er nicht untergehen. Aber damit wurde das Christentum eine Religion gegenwärtiger politischer Herrschaft, das Reich Gottes verschwand in den Gottesdienst.

Nach 2000 Jahren bleibt ein sehr weit gespanntes christliches Erbe: Vom Pazifismus der Gewaltfreiheit Jesu bis zur christlichen Armee. Was hier und heute der Maßstab des Urteils

¹⁶ Genau genommen wird dieser methodische Anspruch nur für das zweite Kapitel formuliert.

¹⁷ EKD: *Gewissensentscheidung*

¹⁸ Seit Schleiermacher auch in der Theologie eine Selbstverständlichkeit, in der Politik sowieso, s. Nowak: *Schleiermacher – Leben, Werk und Wirkung*, S. 286. Einfach gesagt: Niemand weiß alles, das Wissen entsteht in Rede und Gegenrede.

¹⁹ Wikipedia: *Konstantinische Wende*

sein könnte, dürfte auch unter Christen unklar bleiben. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass das Urteil Folge eines schon bestehenden politisch-weltanschaulichen Verhältnisses zur gegebenen Welt ist. Dieses Verhältnis bestimmt die Wahrnehmung und Beurteilung der Herausforderungen. – Das Handeln wiederum scheint zwar logisch aus den Sehen und Beurteilen zu folgen, aber es sind viele Randbedingungen sind zu klären.

Natürlich ist es völlig richtig, die Haltung zu Krieg und Frieden vom Gewissen bestimmen zu lassen. Eine kirchliche Denkschrift kann eine außerordentliche Hilfe sein. Aber nur wenn sie die Vielfalt der möglichen Analysen und Entscheidungen ausbreitet, die der Einzelne für sich verarbeiten sollte.

Wenn diese Kirche dann noch der Demokratie einen Dienst erweisen will, muss sie sich auf die demokratischen Kontroversen einlassen und für diese Vielfalt Kriterien, Maßstäbe erarbeiten und sie dem Publikum, dem christlichen und dem nichtchristlichen, vorstellen und ihre Bedeutung für die verschiedenen Sichtweisen auf die Welt öffentlich zeigen. Ein quasi offizieller Text der Kirche wie eine Denkschrift des Rates der EKD zu politischen Herausforderungen muss den anerkannten Kriterien der politischen Bildung entsprechen²⁰.

Es geht nicht unter einem kirchlichen „Beutelsbacher Konsens“²¹, alles andere wäre nur obrigkeitlich-kirchliche Abkündigung.

Dann erst kann aus der Denkschrift der Maßstab zu ihrer Beurteilung gewonnen werden: Entfaltet sie die Probleme des „Sehens – Urteilens – Handelns“, um dem Einzelnen Denk- und Prüf-Material für seine Gewissensentscheidung die Hand zu geben. Anderfalls lenkt sie ihn zu einem bestimmten politischen Standpunkt?

Vorweg gesagt: Eine kurze, aber völlig ausreichende Kritik könnte sich auf ein einzige Hauptmerkmal des Textes konzentrieren: Entspricht der politische Teil der Denkschrift dem Kontroversgebot der politischen Bildung? Antwort: Die politische Analyse, die dieser Text enthält, ist 1 zu 1 mit irgendwelchen Regierungs- und/oder Bundeswehrtexten kompatibel. Es fehlt auch nur der Hauch einer anderen Sicht auf die Dinge²². Der Text erfüllt also nicht den minimalsten Standard politischer Bildung.

Damit ist der Text unter dem Aspekt, die Urteilsfähigkeit seiner Leser zu erweitern, die Gewissensbildung zu schärfen, schon im Ansatz gescheitert.

Aber der Text wird seine Wirkung entfalten. Also muss er sowohl in seinen Hauptlinien als

²⁰ Ein Buch wie Gronemeyer: *Frieden* von Reimer Gronemeyer, Theologe und Sozialwissenschaftler, Wikipedia: *Reimer Gronemeyer*, theologisch und politisch/politikwissenschaftlich völlig neu gearbeitet, sollte es begleiten können: Gründlich nach allen Seiten, einen eigenen Standpunkt in den Kontroversen ermöglichend.

²¹ Bundeszentrale für politische Bildung: *Beutelsbacher Konsens*

²² Alternative Sichtweisen wären Dohnanyi: *Nationale Interessen – Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche* oder Verheugen und Erler: *Der lange Weg zum Krieg – Russland, die Ukraine und der Westen Eskalation statt Entspannung*. Helmut Schmidt sah die Russland-Ukraine-Politik des Westens sehr kritisch. Nichts davon wird in die Denkschrift aufgenommen, geschweige denn diskutiert. – Man muss ja nicht gleich so weit gehen wie Fabian Scheidler: „Die Welt ist tatsächlich aus den Fugen. Wenn wir genauer hinschauen, haben wir es mit drei ineinander verschränkten Krisenprozessen zu tun: erstens einem Niedergang der Vorherrschaft des Westens, der über Jahrhunderte dem größten Teil der Welt seinen Willen aufgezwungen hat; zweitens einem inneren Zerfall westlicher Gesellschaften, die durch Jahrzehnte neoliberaler Politik zerrüttet sind. In den USA ist das besonders deutlich, aber auch in Ländern wie Deutschland sind die Infrastrukturen ruiniert, Massenarmut hat Einzug gehalten. Und drittens handelt es sich um eine Krise der lebenserhaltenden Systeme der Erde, von denen das sich anbahnende Klimachaos nur ein Aspekt ist. Der permanente Ausnahme- und Kriegszustand ist ... ein Versuch, diese Krisenprozesse autoritär und militärisch zu beherrschen.“ Zitiert nach Klöckner: *„Wir erleben in Deutschland eine Militarisierung, die in mancher Beziehung an das Kaiserreich erinnert“*.

auch in vielen Einzelheiten kritisiert werden. Das wird – jedenfalls in diesem Rahmen – nur an einzelnen Textteilen möglich sein. Sie werden herausgegriffen und exegisiert. (Die Auswahl mag man kritisieren.)

3 Der Titel: „Welt in Unordnung“

Ein Vorwort kann als Begründung und als Versprechen gelesen werden: Warum gibt es diesen Text und was erwartet den Leser?

Vorwort der Bischöfin Kirsten Fehrs –

Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) weiß sich in besonderer Weise dem Frieden verpflichtet. Im Vertrauen auf den Frieden Gottes setzt sie sich dafür ein, dass ein Zusammenleben in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit möglich wird. Sie versteht diesen Einsatz als Teil ihrer öffentlichen Verantwortung. Mit dieser Denkschrift möchte sie daher zur Gewissensbildung beitragen und Orientierungspunkte geben für ein Leben aus dem Geist der Versöhnung.

Inwiefern ist die Kirche „in besonderer Weise dem Frieden verpflichtet“? Unterscheidet sie das von solchen anderen Organisationen, die sich andere Aufgaben gestellt haben, oder ist die Pflicht zum Frieden im kirchlichen Dienst eine besonders hervorgehobene Aufgabe? Aus beidem folgt die Pflicht, sich der Sache mit nicht zu überbietender Sorgfalt anzunehmen.

Der Text kann also daraufhin überprüft werden, ob sich die Autoren dieser äußersten Anstrengung unterzogen haben.

Die Welt ist in Unordnung: Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine geht ins vierte Jahr. Seit dem Terrorakt der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 verschärft sich die Situation im Nahen Osten immer weiter – mit grausamen humanitären Folgen. Die Subsahara-Region Afrikas bleibt Brennpunkt gewaltsamer Auseinandersetzungen, mehr als die Hälfte der weltweiten Gewaltkonflikte werden hier ausgetragen. Demokratien weltweit stehen unter Druck. In den USA kann man beobachten, wie autoritäre Umstrukturierungen erfolgreich sein können. Der Wille zur Verständigung schwindet, Interessenskonflikte und das kaum mehr kaschierte Bemühen, die eigenen Interessen durchzusetzen, sind unübersehbar.

Dieser Absatz sollen sicher nur schlaglichthaft die gegenwärtige Situation verdeutlichen und keine Analyse sein. Aber stimmen diese Schlaglichter? Der russisch-ukrainische Krieg hat seinen politischen Zusammenhang²³ ebenso wie der Angriff der Hamas. Vorgeschichte verschwindet in

²³ Eines Tages wird man womöglich über den russisch-ukrainischen Krieg so ähnlich sprechen wie Krippendorff 1985 über den zehn Jahre früher beendeten Vietnamkrieg: „Die Staatsraison wird erst in dem Maße zur politischen Praxis, wie sie von den für die Staatserhaltung Verantwortlichen verinnerlicht, ihnen zur zweiten - bzw. ersten - Natur wird, indem der »Staatsmann« in ihr seine Berufs-(oder Klassen-)ethik erlernt und nicht mehr in Frage stellt. ... Überhaupt Vietnam: mehr als 20 Jahre Jang führten die USA dort einen - heute schon fast wieder vergessenen oder bewußt Bedrängten - Krieg, der allein auf seiten derer, um die da gespielt wurde, mindestens 1,6 Millionen Tote, 360 000 Invaliden, 10 Millionen Vertriebene und ein verwüstetes, ökonomisch-ökologisch zerstörtes Land kostete - und auch der war begonnen worden als nichts weniger als eine Art Fingerübung selbstsicheren Machtspiels: »Glücksspiel mit begrenztem Risiko« hieß das zunächst intern, wörtlich: ein »limited-risk gamble.« Man muß sich diesen ungeheuerlichen - und doch historisch so typischen - Vorgang wieder in Erinnerung rufen, wie hier, anfangs unter Ausschluß jeglicher Öffentlichkeit, dann durch bewußtes Lügen und Falschmeldungen, schließlich durch gezielte Appelle an patriotische Gefühle und Stereotypen, das Ganze überhöht durch globale, in strategiewissenschaftliche Terminologie gekleidete Begründungen angeblich vital bedrohter nationaler Sicherheit, der gewaltige amerikanische Militär- und Rüstungskomplex von einer Handvoll selbstsicher-arroganter Politikspieler mobilisiert und Hunderttausende eigener Landsleute in den Tod geschickt wurden. Und zwar für buchstäblich nichts, für eine wegen ihrer Dimensionen (fast) nicht mehr als solche erkennbare Dummheit. In der wissenschaftlich kastrierten Sprache wird das als Wahrnehmungs- bzw., besser klingend, als »Perzeptionsverzerrung« beschrieben; in der (erst sehr viel später kritisch gewordenen) Journalistik nannte man das Ganze dann eine »Tragödie« oder auch ein »Dilemma«. Denn daß durch den schließlichen »Verlust« Vietnams die heutige politische, militärische

diesen Formulierungen. Der Akt der Hamas hat „grausame humanitäre Folgen“. diese Folgen scheinen von ganz allein aus dem Handeln der Hamas entstanden zu sein, ohne jedes weitere tätige Subjekt.

Und wenn Demokratien „unter Druck“ stehen: Will ein äußerer Feind diese Demokratien beseitigen, oder haben diese Demokratien sich mit ihrer Politik im Inneren selbst unter Druck gesetzt? „Der Wille zur Verständigung schwindet“, wenn Russland eine Beachtung seiner (selbstdefinierten) Sicherheitsinteressen verlangt und der Westen sie demonstrativ verweigert in der Hoffnung, Russland werde schon klein begeben?

Keine Frage, dass es sich um sehr ernste Gegenstände handelt. Allerdings kommen diese Schlaglichter kommen aus einem einzigen gerichteten Scheinwerfer. Einen anderen scheint es nicht zu geben. Und was dann im Dunkeln bleibt, gibt es nicht. – Kein guter Start.

Orientierung will diese Denkschrift für zentrale Themen unserer Zeit geben: Es geht um friedensethische Güterabwägungen in Bezug auf konventionelle und nukleare Abschreckung, um Waffenlieferungen, um Wehr- und Dienstpflicht, um die Herausforderungen hybrider Kriegsführung und Terrorismus. Die Denkschrift bietet keine fertigen Antworten an, erst recht keine einfachen Patentrezepte, sondern sie lädt dazu ein, Fragen neu zu stellen, die eigenen Positionen zu prüfen und das Gewissen zu schärfen. Denn erst auf der Grundlage einer eigenen, reflektierten Position ist eine Verständigung über den besten Weg zur dauerhaften Sicherung des Friedens möglich. . . .

In dieser Denkschrift findet sich eine weiterentwickelte friedensethische Akzentsetzung der Evangelischen Kirche in Deutschland. So werden neben der Betonung der bleibenden prinzipiellen Orientierung evangelischer Friedensethik an Jesu Predigt der Gewaltfreiheit zugleich die vier Dimensionen neu profiliert, die in ihrem Zusammenspiel den Gerechten Frieden auszeichnen: Nun ist von dem Schutz vor Gewalt, der Förderung von Freiheit, dem Abbau von Ungleichheiten sowie dem friedensfördernden Umgang mit Pluralität die Rede. Darüber hinaus gilt der Schutz vor Gewalt als grundlegendes Gut, auf dem die anderen drei Dimensionen aufbauen. Ohne den Schutz vor Gewalt kann es weder eine Förderung von Freiheit noch den Abbau von Ungleichheiten oder einen friedensfördernden Umgang mit Pluralität geben – und umgekehrt ist ein Friede, der nur auf die Abwesenheit von Gewalt setzt, die anderen Dimensionen aber vernachlässigt, nicht dauerhaft stabil. Neu akzentuiert werden außerdem u. a. das Zusammendenken von Friedensethik und Sicherheitspolitik, die Bedeutung von Konflikten im digitalen Bereich, von Kriegsverbrechen im Kontext der sexualisierten Gewalt, von Fragen des Klimaschutzes sowie die bildungspolitische Verankerung friedensethischer Fragestellungen und der Schöpfungsbewahrung als Querschnittsthemen der gesamten Friedensethik.

Dagegen kann man nichts sagen. Man kann nur hoffen, dass dieser Anspruch eingelöst wird.

Im Hintergrund dieser Akzentsetzungen steht das Bemühen, grundlegende normative

oder ökonomische Sicherheit der USA beeinträchtigt worden sei, das behauptet inzwischen wohl niemand mehr. Aber die damaligen Protagonisten hatten das selbst nicht einmal wirklich geglaubt: für sie ging, es primär um »Machbarkeit«, um die Machbarkeit des Anti-Guerillakrieges, um den Beweis amerikanischer Omnipotenz bei genügend klarem Entscheidungswillen, darum, den Kleinen Leuten überall in der Welt zu zeigen, daß die Großen Leute zu bestimmen haben, von wem und wie sie regiert werden.“ Krippendorff: *Staat und Krieg – die historische Logik politischer Unvernunft*, S. 76f Im Westen wird die eine Kriegsursache der Nato-Ostexpansion weggedrückt, der ukrainische Ethnonationalismus als andere Ursache schlicht weggelogen. Was aus Russland gesagt wurde, wurde nicht ernst genommen. Und in Russland schätzten die politische und die militärische Führung die Kräfteverhältnisse und damit ihre Handlungs- und Erfolgsmöglichkeiten vollständig falsch ein. – Wer sich über internationale Politik und das Militär äußert, muss sich immer klar machen, dass er allergrößten Dummheiten und unfassbaren Fehl- und Falschurteilen begegnet. Das hört auch nicht auf, ob mit oder ohne Beratung durch Politikwissenschaft. Der gegenwärtige Krieg der USA gegen Iran zeigt das wieder einmal.

Maßstäbe und konkrete politische Herausforderungen aufeinander zu beziehen.

In dieser Allgemeinheit sicher richtig. Aber welches sind die Herausforderungen und wie bestimmt man sie?

Dies zeigt sich etwa in der Einschätzung der Anwendung von Gegengewalt im Fall eines Staates, der einem völkerrechtswidrigen Angriff ausgesetzt ist. Trotz des grundsätzlichen Vorrangs der Gewaltfreiheit, so die Argumentation, ist hier nicht nur völkerrechtlich, sondern auch ethisch die Anwendung von Gegengewalt legitim.

Es scheint so gewesen zu sein, dass die russische Regierung eines Tages zum Frühstück beschlossen hat, die Ukraine zu überfallen. Einfach so. Aus Jux oder aus Verblendung. Jedenfalls aus einem unverständlichen, nicht nachvollziehbaren Motiv. Gegengewalt geht völlig in Ordnung, ihre Unterstützung damit auch. Allerdings wäre vielleicht noch zu klären, wer diese Gegengewalt ausüben darf. Könnte es sein, dass neben dem Betroffenen, der in keinem Bündnis ist, auch andere Staaten eingreifen dürfen, wenn sie es wollen, um Klarheit zu schaffen? Dieser Gedanke hat evangelische Tradition.

Falsche Analysen aber führen zu falschen Schlussfolgerungen. Es könnte ja sein, dass der Ursprung dieses Kriegs komplexer ist und eine offenkundig scheinende Handlung alles nur schlimmer macht.

Schwieriger stellt sich die Lagebeurteilung in Spannungsverhältnissen bei Staaten dar, die mit der Bedrohung durch die atomare Aufrüstung anderer konfrontiert sind, wie im Fall von Israel und dem Iran. In solchen Konstellationen ist es mitunter notwendig, zwischen der ethischen Beurteilung und der politischen Einschätzung zu unterscheiden. Dann gilt: In solchen Konstellationen gibt es keine „guten“ Lösungen im ethischen Sinn, wohl aber Optionen, die unter den gegebenen Umständen als am wenigsten problematisch erscheinen. Das ist besonders im Blick auf Atomwaffen der Fall: Der ethisch gebotene Verzicht bleibt orientierend, ist angesichts der politischen Konstellation im Blick auf die Folgen aber politisch schwer zu vertreten – ein Zustand, der sich wiederum für eine friedensethische Perspektive nur als eine zu überwindende Übergangslösung denken lässt.

Auch hier wieder eine Aussage, die den Kern des Problems nur streift, auch nur streifen will.

Christliches Ringen um den Frieden geht im ethischen und politischen Engagement nicht auf. Es ist getragen und geleitet vom Glauben an den Gott des Friedens.

Was mag „geht im ... Engagement nicht auf“ bedeuten? Worin besteht ein Wirkungs-Mehr, ein Mehrwert der Wirkung? – Es gibt ihn nicht. – Aber so kann eine Entschuldigung vorbereitet werden:

Als Ausblick möchte ich all unser menschliches Bemühen um eine verantwortbare evangelische Friedensethik unter den Frieden Gottes stellen, der höher ist als alle Vernunft. Er richtet unsere ethische Theoriebildung ebenso aus wie unser friedenspraktisches Handeln und hält uns an, an einer Überwindung aller Gewalt zu arbeiten.

Wenn die Theorie nicht ordenlich ist, hat Gott schlecht mitgearbeitet. Aber vielleicht haben wir uns auch nicht richtig angestrengt.

4 Abstract: „Zehn Kernaussagen dieser Denkschrift“

1.- Angesichts der Grausamkeit von Tod, Vergewaltigung, Verletzung und Traumatisierung durch bewaffnete Konflikte muss der Schutz vor Gewalt im Zentrum der Bemühungen von Politik, Zivilgesellschaft und Kirche stehen. Schutz vor Gewalt beinhaltet die Garantie der territorialen Integrität eines Landes. Einem rein sicherheitspolitischen Friedensverständnis ist zu widersprechen. Denn Gerechter Friede entsteht erst dort, wo neben der Waffenruhe auch Freiheit, Gerechtigkeitsperspektiven und ein friedensfördernder Umgang mit Pluralität aufscheinen. Verteidigungsfähigkeit als Teil einer umfassenden Sicherheitspolitik erhält ihre Berechtigung, ihr Ziel und auch ihre Grenze aus der Friedenslogik. Umgekehrt kann die Friedenslogik nur dort Raum gewinnen, wo die Sicherheitslogik Bedingungen dafür schafft. In Verteidigung muss investiert werden, denn sie dient dem Schutz von Menschen, Rechten und öffentlicher Ordnung. So wichtig dieser Schutzauftrag ist, so sehr bedarf es des richtigen Augenmaßes beim Ausbau der militärischen Kapazitäten. Verteidigung muss rechtsstaatlich eingehegt, ethisch begründet und parlamentarisch legitimiert bleiben. Es braucht Rüstungskontrolle, Abrüstungsperspektiven und größtmögliche Transparenz.

Von einer [globalen Welt des Friedens und der Gerechtigkeit](#) wie in der Denkschrift von 2007²⁴ ist in diesem Text nicht mehr die Rede, sondern von den Bedingungen der eigenen Lage. Das ist keine politische Belanglosigkeit, sondern greift schon in den Kern des Evangeliums. Es ist – nach Gollwitzer – ein Text der Ängstlichen²⁵.

Sprechen wir von der Kirche in der zerspaltenen Welt, so bekennen wir die Botschaft von dieser umfassenden und einenden Liebe. Gilt jenes „alle“ und jenes „einer“, so gibt es also schlechthin keinen Grund mehr, andere Menschen als außerhalb dieser Umfassung befindlich anzusehen, keinen Grund mehr, das Miteinander einzuschränken oder ganz aufzuheben, keinen Grund mehr, jenen Unterschieden eine Geltung und Kraft zuzuschreiben, durch die die Realität dieser Einung irgendwie beschränkt oder spiritualisiert oder unsichtbar gemacht würde.

Würde ich aber irgendeinem Unterschied auf Erden, einem Unterschied der Rasse, der Nation, der Klasse (oder des Sicherheitsbedürfnisses; HL) und der Ideologie eine Kraft der Trennung zubilligen, die jene Kraft der Einung überträte oder ihr mindestens eine Bedeutung nur noch für den Himmel, aber nicht für die Erde, nur noch für das Jenseits, aber nicht für das Diesseits, nur noch vor Gott, aber nicht unter den Menschen ließe, so hätte ich damit sofort bekannt, daß ich mindestens hier auf Erden nicht von jener umfassenden Liebe lebe, sondern von den Gütern und Werten, um die es sich bei jenen Unterschieden handelt, daß also das Evangelium vielleicht für die Ewigkeit, sicher aber nicht für die Zeit, vielleicht für den Himmel, sicher aber nicht für die Erde taugt; ich hätte eine Platonisierung des Christentums vollzogen, mit der die Leiblichkeit der Inkarnation, die historische Realität des Kreuzes, die Leiblichkeit der Auferstehung und die Hoffnung der neuen Welt als einer wirklichen Welt, also der ganze Inhalt des christlichen Bekenntnisses durchgestrichen wäre.

²⁴ Aus der Denkschrift von 2007: „Übereinstimmend werden in dieser Denkschrift Grundsätze und Maximen vertreten, die ebenso einfach wie überzeugend sind: Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten. Wer aus dem Frieden Gottes lebt, tritt für den Frieden in der Welt ein. Gerechter Friede in der globalisierten Welt setzt den Ausbau der internationalen Rechtsordnung voraus. Staatliche Sicherheits- und Friedenspolitik muss von den Konzepten der »Menschlichen Sicherheit« und der »Menschlichen Entwicklung« her gedacht werden.“ EKD: *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*, S. 9, Brummer, Andreas u.a. im Auftr. der Kirchenleitung der VELKD: *Evangelischer Erwachsenenkatechismus – suchen - glauben - leben*, S. 554-569, so auch Evangelisch-reformierte Kirche: *Um Gottes Willen. Frieden fördern - Gewalt unterbinden*

²⁵ Gollwitzer: *Gollwitzer Brevier*, S. 453f

Die Rede ist hier vom Verhältnis von Außen- und Militärpolitik. Das Konzept ist radikaler als die traditionelle Nato-Politik des Harmel-Berichts von 1967²⁶.

Die NATO sollte als ein Faktor des dauerhaften Friedens gestärkt werden. Sie sollte:

1. Einerseits durch ausreichende militärische Stärke abschreckend wirken, um die militärische Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten eindeutig und zweifelsfrei zu gewährleisten
2. Andererseits sollten unter dem Vorzeichen gesicherten militärischen Gleichgewichts dauerhafte Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts hergestellt werden, um grundlegende politische Fragen lösen zu können.

Vom „Gemeinsamen Haus Europa“ (Gorbatschow)²⁷ und einem Europa der „Charta von Paris“²⁸ ist nicht die Rede. Die Denkschrift beschäftigt sich mit beidem nicht.

Merkwürdigerweise ist der Schutz der Souveränität nicht Teil dieses gerechten Friedens. RegimeChange von außen in einem Bündnis mit illegitimen Kräften im Inneren, also der illegale Regierungswechsel in der Ukraine, ist möglich. – Neben der Waffenruhe muss auch „Freiheit, Gerechtigkeitsperspektiven und ein friedensfördernder Umgang mit Pluralität aufscheinen“. Was immer das nun genau heißen mag: Frieden mit Russland gibt es wohl erst, wenn Russland in sich selbst so ist, wie die Nato-Staaten behaupten, es zu sein. Unter der Kapitulation geht es nicht²⁹.

Dazu muss aufgerüstet werden, ideologisch und militärisch, rechtstaatlich natürlich.

Aber Frieden und Sicherheitspolitik haben – nach D. Bonhoeffer – nicht unbedingt was miteinander zu tun³⁰

Wie wird Friede? Durch ein System von politischen Verträgen? Oder durch eine allseitige friedliche Aufrüstung zum Zweck der Sicherstellung des Friedens? Nein, durch dieses alles aus dem einen Grunde nicht, weil hier überall Friede und Sicherheit verwechselt wird. Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muß gewagt werden. Friede ist das Gegenteil von Sicherung. Sicherheiten fordern heißt Mißtrauen haben, und dieses Mißtrauen gebiert wiederum Krieg. Sicherheiten suchen heißt sich selber schützen wollen. Friede heißt sich gänzlich ausliefern dem Gebot Gottes, keine Sicherung wollen, sondern in Glaube und Gehorsam dem allmächtigen Gott die Geschichte der Völker in die Hand legen und nicht selbstsüchtig über sie verfügen wollen. Kämpfe werden nicht mit Waffen gewonnen, sondern mit Gott. Sie werden auch dort noch gewonnen, wo der Weg ans Kreuz führt.

Dieser Abschnitt der Denkschrift lässt schon das ganze Elend dieses Textes erkennen: Das (von sonstwo her) vorgegebene Konzept politischer Analyse und Herausforderung modifiziert die theologischen und ethischen Postulate bis zur Brauchbarkeit.

2.- Hybride Kriegsführung, digitale Desinformation und Cyber-Operationen fordern ein breites Verständnis von Sicherheit. Die staatliche Verteidigungsfähigkeit ist sowohl in Bezug auf hybride Kriegsführung als auch auf Cyber-Angriffe im europäischen

²⁶ Wikipedia: *Harmel-Bericht* [fn:6]Die Nato-Strategie der „flexible response“, die „Nukleare Teilhabe“, in der deutsche Piloten US-Atombomben womöglich auf Ziele in Deutschland abwerfen.

²⁷ Jäger: „Gorbatschow reloaded: ‚Gemeinsames Haus Europa‘ als Alternative zum Krieg“

²⁸ Konrad-Adenauer-Stiftung: *Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. 11. 1990*

²⁹ Kiesewetter und Worschech: *Europa muss auf die Kapitulation Russlands hinarbeiten*

³⁰ Bonhoeffer: *Gegenwart und Zukunft der Kirche 1933-1936*, S. 121

Netzwerk zu denken. Demokratien, die angewiesen sind auf mündige Bürgerinnen und Bürger, sind besonders anfällig für hybride Kriegsführung. Zivilgesellschaftliche Resilienz, Bildung und der Schutz demokratischer Diskurse sind daher neben Verteidigungsfähigkeit zentrale Aufgaben einer präventiven Friedenspolitik. Die Kirche ist in der Pflicht, zur Aufklärung beizutragen und gegen gesellschaftliche Polarisierung und (algorithmisch verstärkte) Radikalisierung Stellung zu beziehen.

Die Demokratie muss das Denken sich für mündig haltender Bürger so betreuen, dass sie denken, was sie denken sollen. Alles andere ist Desinformation, russische natürlich. Und die Kirche hat die Pflicht, an der Herstellung der politischen und auch kriegerischen Folgebereitschaft ihrer Mitglieder mitzuwirken. – Der Einzelne ist Teil einer zu lenkenden Masse. – Dass auch der Westen, gar die NATO desinformieren könnte, wird noch nicht mal gedacht.

Dass christlich gesehen der Mensch als Einzelner sich vor seinem Gott zu verantworten hat, ist auf diese Weise politisch und christlich uninteressant. Ebenso ist gleichgültig, dass das GG dem Einzelnen das Recht auf freie Meinungsbildung gewährt.

GG Art 5 Abs 1 Satz 1: Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.

Denn wir leben in einem mentalen Belagerungszustand. Da muss man es mit dem Recht, das sonst so zentral in diesem Text ist, ausnahmsweise mal nicht so ernst nehmen³¹. Denn, Prinzip 10 der Kriegspropaganda nach Lord Ponsoby³²:

Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.

Grundrechte gelten unter dem Vorbehalt der politischen Lage. Die politische Freiheit des einzelnen Christenmenschen setzt ihre kirchlich bestätigte Richtigkeit voraus.

4.- Politisches Handeln muss einer Herrschaft des Rechts statt der Macht des Stärkeren dienen. Die internationale regelbasierte Ordnung steht unter Druck. Politik, die sich von ethischen Prinzipien geleitet versteht und die Menschenrechte ins Zentrum ihres Handelns stellt, wird von zahlreichen politischen Akteuren auch in Demokratien bewusst verneint, ignoriert oder instrumentalisiert. Das gilt auch für das Völkerrecht. Die evangelische Friedensethik steht klar für die Bindung politischen Handelns an das Recht und für eine menschenrechtsgeleitete Außenpolitik. Dazu gehört auch die Unterstützung multilateraler Organisationen sowie der Einsatz für Verbindlichkeit in der globalen Rechtsdurchsetzung.

Das Völkerrecht ist zweifellos eine große Errungenschaft. Es wird jedoch schwierig, wenn man die „regelbasierte Ordnung“ mit dem Völkerrecht identifiziert. Nicht, weil dieses Völkerrecht keine Ordnung der Regeln wäre, sondern weil dieser Begriff mehr und teils auch anderes beinhaltet.³³ Es ist ein Kampfbegriff, der Russland und China aus dem Völkerrecht ausschließen will. Menschenrechte gehören sicher in das Zentrum der internationalen Politik. Schwierig wird es jedoch, wenn Menschenrechte gegen Staaten instrumentalisiert werden (Farbrevolutionen³⁴),

³¹ Man darf auch die wirtschaftliche Existenz jener, deren Auffassungen zu weit von der vorgegebenen Linie abweichen, vernichten. Der Fall Hüseyin Dođru, Warweg: *Auswärtiges Amt als Sturmspitze im Kampf gegen unliebsame Journalisten und deren Berichterstattung* und Schmeller: *Der Fall Hüseyin Dođru: Wie die EU Demokratie und Pressefreiheit aushebelt*.

³² Morelli: *Die Prinzipien der Kriegspropaganda*, S. 121ff, zu Lord Ponsoby Wikipedia: *Arthur Ponsonby*.

³³ Robert: *Ein geopolitischer Kampfbegriff*

³⁴ Wikipedia: *Farbrevolutionen*

denn dann kann es geschehen, dass Menschenrechtspolitik den Frieden gefährdet³⁵. So weit muss aber nicht gedacht werden.

Eine Förderung der Menschenrechte ist letztlich nur kooperativ möglich. Staaten, die Menschenrechtspolitik als RegimeChange-Förderung sehen, haben kein Vertrauen in die Politik anderer Staaten und reagieren repressiv. – Was hier evangelische Friedensethik genannt wird, kann also für die Betroffenen katastrophal enden.

6.- Der Besitz und die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen widersprechen dem Geist des Gerechten Friedens. Ethisch ist die Ächtung von Atomwaffen aufgrund ihres verheerenden Potenzials geboten. Der Besitz von Nuklearwaffen kann aber angesichts der weltpolitischen Verteilung dieser Waffen trotzdem politisch notwendig sein, weil der Verzicht eine schwerwiegende Bedrohungslage für einzelne Staaten bedeuten könnte. Dies führt in ein Dilemma: Egal welche Option gewählt wird, die Verantwortlichen machen sich schuldig. Dieses Dilemma kann im Moment nicht aufgelöst werden. Die Denkschrift erkennt das Dilemma an. Sie spricht sich trotzdem dafür aus, innerhalb der NATO Initiativen zu entwickeln, wie Sicherheit dauerhaft ohne Nuklearwaffen gedacht und organisiert werden kann.

Dass diese Formulierung des Dilemmas auf gedanklicher Konfusion beruht, ist schon geklärt worden. Hier geht es darum, dass diese Atomwaffen, die die USA in die Weltpolitik und auch in Europa eingeführt haben, auf absehbare Zeit bleiben dürfen. Es gibt keine Gefahr, dass sich in absehbarer Zeit etwas ändert. Der Atomwaffenverbotsvertrag ist in der NATO und in der EU nicht aktuell. Deshalb könnten problemlos von der Denkschrift Initiativen für eine nuklearwaffenfreie Nato angeregt werden.

Ernstesten Fragen wird ausgewichen, Bonhoeffer 1934 auf Fanö³⁶:

Unsere theologische Aufgabe besteht darin hier allein darin, dieses Gebot als bindendes Gebot zu vernehmen und nicht als offene Frage zu diskutieren. „Friede auf Erden“, das ist kein Problem, sondern ein mit der Erscheinung Christi selbst gegebenes Gebot. Zum Gebot gibt es ein doppeltes Verhalten: den unbedingten, blinden Gehorsam der Tat oder die scheinheilige Frage der Schlange: sollte Gott gesagt haben? Diese Frage ist der Todfeind des Gehorsams, ist darum der Todfeind jeden echten Friedens. Sollte Gott nicht die menschliche Natur besser gekannt haben und wissen, daß Kriege in dieser Welt kommen müssen wie Naturgesetze? Sollte Gott nicht gemeint haben, wir sollten wohl von Frieden reden, aber so wörtlich sei das nicht in die Tat umzusetzen? Sollte Gott nicht doch gesagt haben, wir sollten wohl für den Frieden arbeiten, aber zur Sicherung sollten wir doch Tanks und Giftgase bereitstellen? Und dann das scheinbar Ernsteste: Sollte Gott gesagt haben, Du sollst dein Volk nicht schützen? Sollte Gott gesagt haben, Du sollst Deinen Nächsten dem Feind preisgeben? Nein, das alles hat Gott nicht gesagt, sondern gesagt hat er, daß Friede sein soll unter den Menschen, daß wir ihm vor allen weiteren Fragen gehorchen sollen, das hat er gemeint. Wer Gottes Gebot in Frage zieht, bevor er gehorcht, der hat ihn schon verleugnet.

Und ein Missbrauch von Theologie, mit Bonhoeffer³⁷:

³⁵ Katchanovski: *The Russia-Ukraine War and its Origins: From the Maidan to the Ukraine War*. Zur Bewertung Drewermann: *Sag Nein! Wie können wir den Frieden zurückgewinnen und wie können wir ihn bewahren?* – Es gibt zig Literatur zum gegenwärtigen Krieg; wenn es auch am einfachsten ist, sich an der Bundesregierung und am Mainstream von Presse, Funk und Fernsehen zu orientieren, sind jede Menge anderer Texte zugänglich. – Die Verfasser der Denkschrift haben es noch nicht einmal versucht. Sie haben damit ihren selbstgewählten Auftrag, den Lesern Orientierung zu geben, grundlegend verfehlt.

³⁶ Bonhoeffer: *Gegenwart und Zukunft der Kirche 1933-1936*, S. 120

³⁷ Bonhoeffer: *Entscheidungen 1936-1939*, S. 50

Das ist billige Gnade als Rechtfertigung der Sünde, aber nicht als Rechtfertigung des bußfertigen Sünders, der von seiner Sünde läßt und umkehrt; nicht Vergebung der Sünde, die von der Sünde trennt. Billige Gnade ist die Gnade, die wir mit uns selbst haben.

Dass der Einzelne sich immer schon in Sünde befindet, wird zur bequemen Entschuldigung. Billige Gnade mit Vorweg-Rabatt.

7.- Es gibt – jenseits von Bündnisverpflichtungen – keine generelle ethische Pflicht zur Nothilfe durch Waffenlieferung, wohl aber die Notwendigkeit der Einzelfallabwägung. Eine solche Abwägung muss die politische Situation einbeziehen und bedenken, dass die Gefahr besteht, dass das Beistandsargument auch für andere politische Ziele missbraucht werden kann. Die Auswirkungen gegenüber der eigenen Bevölkerung sowohl eines Beistandes als auch eines Nicht-Beistandes müssen in die ethische Urteilsabwägung einbezogen werden. Sollten Waffenlieferungen erfolgen, sind die Kriterien rechtserhaltender Gewalt analog anzuwenden. Die Entscheidung für Waffenlieferungen und Rüstungsexporten wird sich daran messen lassen müssen, dass eine Eskalation der Gewalt vermieden wird.

Der Artikel 5 des Nato-Vertrags³⁸ enthält, anders als gerne gesagt wird, praktisch keine Beistandsverpflichtung:

Artikel 5

Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.

Statt sich von der Oberfläche des Wortlauts täuschen zu lassen: Der Beistandspflicht genügt ein Mitgliedstaat mit einem Solidaritätstelegramm für den Angegriffen³⁹, mehr sei momentan nicht möglich und außerdem sei es alles gar nicht so schlimm. Art 5 ist so formuliert, dass sich jeder Staat nach seinem Belieben jederzeit zurückziehen kann. Anders wäre eine Zustimmung zu diesem Vertrag im US-Senat nicht möglich gewesen.

Aber dieser Abschnitt der Denkschrift meint Waffenlieferungen an die Ukraine. Sie sollen dem Kriterium unterworfen werden, dass mit ihnen eine Eskalation vermieden wird. Als diese Lieferungen 2022 begannen, wurden sie mit zwei Argumenten gerechtfertigt: Sie würden erstens die ukrainische Bevölkerung schützen und sie würden zweitens der Ukraine eine stärkere Positionen bei Friedensverhandlungen geben. Nichts davon ist eingetreten, die Lieferungen haben den Krieg nicht nur faktisch verlängert, ihr Sinn ist, wie Johnsons Eingreifen bei den Istanbuler Verhandlungen 2022 zeigt, geradezu die Verlängerung des Kriegs.

Dieser Abschnitt ist frei von jedem seriösen Realitätsbezug. – Bündnisverpflichtungen sind übrigens nicht per se ethisch gerechtfertigt. Auch dann kann nur im Einzelfall entschieden werden. – Der erste Satz dieser Kernaussage zeigt also eine abstruse Sicht auf die Nato als einer von vornherein ethisch einwandfreien Organisation. Bundeswehrangehörige mögen von Berufs wegen so denken müssen, Christenpflicht ist das gewiss nicht.

³⁸ *Nordatlantikvertrag (1949)*

³⁹ Gasche: *Die grossen Löcher im US-Sicherheitsschirm für Europa*, Ewers-Peters: *Der Bündnisfall der NATO*

8.- Gemeinschaftliche Sicherheit braucht den Einzelnen. In der Frage einer allgemeinen Dienstpflicht – etwa in Form eines sozialen, zivilen Friedensdienstes oder eines alternativen Militärdienstes – regt die Denkschrift eine gesellschaftliche Debatte an. In einer zunehmend individualisierten Gesellschaft wird neu zu bedenken sein, wie gemeinschaftliche Verantwortung für Schutz, Versorgung und soziale Kohäsion organisiert werden können. Die evangelische Friedensethik sieht hier eine Chance, ein neues Bewusstsein für den Zusammenhang von Freiheit und Gemeinsinn zu stärken.

Viele dieser Dienste sind zweifellos nützlich für die Allgemeinheit und fördern obendrein die Persönlichkeitsentwicklung junger Leute. Weil die Bundeswehr sich aufgrund einer falschen Analyse und falscher Politik erweitern will, kann der Wehrdienst nicht in die Reihe dieser Dienste gestellt werden.

9.- Das Engagement für Friedensbildung und Friedensarbeit ist für Christinnen und Christen ein unverzichtbarer Beitrag zu einer friedensfähigen Gesellschaft. Friedensbildung vermittelt nicht nur Wissen über Konflikte und Frieden, sondern stärkt die Fähigkeit zur ethischen Urteilsbildung, zur Achtsamkeit im Miteinander und zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Friedensarbeit macht exemplarisch deutlich, dass und wie friedensförderndes Handeln möglich werden kann. Sie lädt dazu ein, die Friedensbotschaft des Evangeliums im Alltag zu leben und fördert gemeinsam mit der Friedensbildung Haltungen, die Gewalt überwinden helfen und Versöhnung ermöglichen – im Kleinen wie im Großen.

In dieser Pauschalität sicher richtig. Allerdings kann Friedensbildung letztlich nur auf der Grundlage des Beutelsbacher Konsenses gelingen. Damit hat diese Denkschrift aber nichts zu tun.

10.- Die Kirche spricht von Hoffnung. Die Kirche ist keine politische Entscheidungsinstanz, aber sie begleitet das öffentliche Ringen um Orientierung mit theologischer Stimme. Sie bringt das Evangelium als Perspektive der Hoffnung ins Gespräch: nicht als fertige Lösung, sondern als Einladung zum verantwortlichen Handeln. Die Kirche erinnert an die Grenzen des Machbaren und an die bleibende Aufgabe, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zusammenzudenken.

Sie stärkt all jene, die sich in Politik, Gesellschaft und Zivilgesellschaft für ein Leben in Würde einsetzen. Und sie erinnert: Friede ist mehr als Sicherheit. Er beginnt mit der Haltung des Herzens – und wächst dort, wo Menschen gemeinsam für eine gerechte und vielfältige Gesellschaft eintreten.

Die Christentumsgeschichte kennt zwei Arten von Hoffnung:

1. Die eine sieht die Erde völlig unter der Herrschaft der Sünde, der Mensch kann nur auf die jenseitige Zukunft hoffen.
2. Die andere sieht immer wieder das Reich Gottes in die Geschichte hineinbrechen, versucht, ein Stück dieses Reiches im Jetzt schon zu verwirklichen, ohne außer Acht zu lassen, dass die Vollendung bei Gott selbst liegt.

Um welche geht es hier? Die erste Art von Hoffnung bleibt letztlich quietistisch: Bete und überlass alles andere Gott. In einer Zeit von Herausforderungen, die nur gemeinsam bewältigt werden können, unabhängig von Weltanschauungen, Religionen, besonderen wirtschaftlichen Interessen und verschiedenen, gar gegensätzlichen politischen Systemen, würde diese Haltung den Anforderungen der Zeit nicht entsprechen. Andere gehen die Probleme handfest-politisch an: Sie haben zum Beispiel die Gottesfriedenbewegung im Mittelalter ausgerufen⁴⁰, damit der

⁴⁰ Wikipedia: [Gottesfriede](#)

HErr Jesus Christus bei seiner Wiederkunft sehen kann, dass und wie die Gläubigen sich bemüht haben. Die Welt kann langsam zu einem besseren Ort gestaltet werden, allen Rückschlägen zum Trotz.

Welche dieser beiden Hoffnungen meint die Denkschrift?

5 Hauptteil – „Ein Beitrag zur Gewissensbildung: Anlass, Kontext und Aufbau dieser Denkschrift im Horizont evangelischer Friedensethik“

Diese Denkschrift versteht sich als protestantischer Beitrag zur Orientierung in den kontroversen Fragen zu Frieden und Krieg. Sie setzt dabei auf die Bildung des Gewissens und die Schärfung der ethischen Urteilskraft von Christinnen und Christen. Auf der Grundlage der biblischen Überlieferung, der reformatorischen Tradition und einer theologischen Deutung gegenwärtiger Krisenerfahrungen stellt sie ethische Kriterien bereit, die Einzelne in ihrem Urteil und Handeln in Kirche, Politik und Gesellschaft unterstützen sollen. Sie will damit auch einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion leisten. Dabei werden komplexe politische Lagen in ihren Ambivalenzen ernst genommen. Die Denkschrift gibt keine einfachen Antworten. Sie lädt zum informierten Durchdenken ein und ermutigt zur verantwortlichen Entscheidung. Diese Fähigkeit zur eigenverantwortlichen Urteilsbildung steht zugleich all jenen entgegen, die meinen, mit vereinfachenden Formeln und populistischen Zuspitzungen Klarheit schaffen zu können. Demgegenüber setzt die Denkschrift auf die Kraft des persönlichen Gewissens und der gemeinsamen Verantwortung. Denn es ist Aufgabe aller Christinnen und Christen, dem Frieden je nach eigenen Möglichkeiten zu dienen: im privaten, gesellschaftlichen und politischen Raum.

Die Lektüre der zusammenfassenden Aussagen hat schon deutlich gemacht, dass der Text die selbstgesetzten Ziele nicht erreichen kann. Orientierung *in* den Kontroversen heißt nicht, Orientierung *durch* die Kontroversen. Politische Kontroversen werden weder erwähnt noch bewertet. Die politischen Lagen werden dort gerade nicht in ihrer Komplexität wahrgenommen und zum eigenen Durchdenken der politischen Fragen wird nicht angeregt. Nur theologisch-ethische Differenzen werden angesprochen und eingeordnet.

Die weitere Gliederung des Textes:

... Denn gerade in der evangelischen Theologie ist immer festgehalten worden, dass zwar die Grundkoordinaten des Glaubens gleich bleiben – also das Bekenntnis zu Gott dem Schöpfer, Versöhner und Erlöser; die Unterscheidung von Gottes Handeln und dem Handeln des Menschen; der Mensch als Gottes Ebenbild wie als der der rechtfertigenden Gnade bedürftige Sünder –, dass aber die konkreten Bedeutungen dieser grundlegenden Überzeugungen für jede Zeit neu gefunden werden müssen. Dementsprechend ist das erste Kapitel darum bemüht, ein orientierendes theologisch-ethisches Fundament für die Urteilsbildung zu legen. Insbesondere präzisiert dieses Kapitel auch das Leitbild des Gerechten Friedens, das seit 2007 als heuristisches Modell im Zentrum der friedensethischen Urteilsbildung der EKD steht.

Kapitel 2 widmet sich ausführlich den neuen Entwicklungen und Konstellation, die eine Anpassung und Fortschreibung der bisherigen Friedensethik notwendig machen. Dazu orientiert es sich maßgeblich an dem aus der Sozialethik bekannten Dreischritt Sehen – Urteilen – Handeln und skizziert stets zuerst die neuen Herausforderungen, nimmt sodann eine Bewertung aus der Perspektive des Leitbilds des Gerechten Friedens vor und spricht dann konkrete Handlungsempfehlungen aus, für Politik und Zivilgesellschaft, aber gerade auch für das konkrete friedensethische Engagement der Kirche.

Kapitel 3 geht demgegenüber anders vor. Hier werden diejenigen konkreten Fragestellungen adressiert, die schon seit geraumer Zeit die evangelische Friedensethik beschäftigt haben: die Frage der nuklearen Abschreckung, der Waffenexporte und der Rüstungslieferungen, des Wehrdienstes und der Kriegsdienstverweigerung sowie der Rolle von Christinnen und Christen in den Streitkräften. Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen liegt hier der Akzent darauf, die kirchlich etablierten Orientierungspunkte

fortzuschreiben und auf aktuelle Herausforderungen zu beziehen.

In Kapitel 4 wendet sich die Argumentation dem besonderen Beitrag zu, den Kirche und Christentum, Christinnen und Christen zu einer friedlichen Gesellschaft leisten können. Dabei wird auch auf die Möglichkeiten christlicher Spiritualität eingegangen.

5.1 Der theologische Teil

Hier wird im Kern protestantisches Gemeingut vorgetragen, etwas lutherisch, etwas reformiert, eingebettet in die ökumenische Diskussion zum „gerechten Frieden“⁴¹. Die Änderung in der Reihenfolge der vier Parameter eines gerechten Friedens, die den Schutz vor Gewalt nach vorne schiebt, erinnert an einen Sicherheitsbegriff, wie er in den Weißbüchern der Bundesregierung verwendet wird⁴². Das kann man für einen Fehlgriff halten, weil es die Komplexität verkürzt und auch zu missverständlichen Textabschnitten führt; es ist nicht immer klar, ob von den innenpolitischen Verhältnissen der Staaten gesprochen wird oder von der internationalen Gemeinschaft der Staaten⁴³.

Vielleicht kann man den Kern mit Helmut Gollwitzer akzeptieren⁴⁴:

Wir Christen tragen Verantwortung dafür, daß die Staatsmacht ihre Grenzen und ihre Bindung anerkennt. Wo wir in einem Staate leben, der sich als Rechtsstaat bekennt, das heißt, der diese Grenzen und diese Bindung anerkennt, da sind wir mitverantwortlich dafür, daß er Rechtsstaat bleibt. Das heißt einmal: wir sind mitverantwortlich dafür, daß er nicht einer Unrechtsmacht, die ihn von außen angreift und die anstelle des Rechtes die Willkür der Macht setzen will, zum Opfer fällt. Wir sind also mitverantwortlich für die Verteidigung des Rechtsstaates, und in dieser Verantwortung kann es wohl geschehen, daß auch die bewaffnete Verteidigung, auch der Waffengebrauch zum Gehorsam gegen Gottes Gebot gehört. Gottes Gebot erlaubt uns darum m. E. nicht, grundsätzliche Pazifisten zu sein. Der gleiche Christ, der ein Mensch des Friedens ist, wird die Verantwortung seiner Regierung für die Verteidigung des Rechtsstaates bejahen und sie dabei unterstützen; er wird also sich auch im Dienst der Waffen ausbilden und sich nötigen-falls, das heißt dann, wenn es wirklich um die Verteidigung des Rechtsstaates geht, zu den Waffen rufen lassen.

Die Denkschrift kennt jedoch naturgemäß keinen theologischen Grund, weshalb sie der Politik dieser deutschen Regierung besonders vertrauen sollte. Weshalb das folgende politische Kapitel, so eine Art Zeitanalyse, purer politischer Dezinionismus ist.

Gegen Schluss dieses Kapitels wird jedoch noch ein Problem des ganzen Textes deutlich: Er unterstellt, dass die deutsche Politik sich im Prinzip so verhält, wie diese theologische Ethik sagt, dass sich ein Staat zu verhalten habe. Deshalb muss sich die Kirche in diese Politik auch politisch-ideologisch und organisatorisch einordnen.

⁴¹ Viele christliche Kritiken vermissen hier einen theologischen Überschuss, der den Pazifismus präferiert. Das ist kirchlich-intern natürlich von großer Bedeutung, s. Käßmann: *Ausgebürgert* und Franz: *Die EKD rückt den Pazifismus an den Rand – ein Fehler*.

⁴² S. etwa Bundesministerium der Verteidigung: *Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*, S. 16ff

⁴³ Siehe die Abschnitte 39ff, insbesondere Abschnitt 44, der auch als permanente Kriegserklärung an alle missfallenden Staaten gelesen werden kann.

⁴⁴ Gollwitzer: „Was geht den Christen die Politik an?“, S. 66

5.1.1 (Pädagogik der Resilienz)

(60) - Die Verteidigungsfähigkeit umfasst nicht nur die Streitkräfte. Alle Bürgerinnen und Bürger sollten im Sinne einer umfassenden sicherheitspolitischen Widerstandsfähigkeit verteidigungsfähig sein. Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen leisten dafür einen wichtigen Beitrag. Sie sensibilisieren für die Aufgaben und bieten zugleich die Chance, der Gefahr einer schleichenden Militarisierung entgegenzutreten. **Die Friedenserziehung als Teil der Friedensarbeit bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil der sicherheitspolitischen Widerstandsfähigkeit.** Mit ihrer vielfältigen Bildungsarbeit, etwa im Religions- und Konfirmandenunterricht oder in der Erwachsenenbildung, aber auch über Verlautbarungen und öffentliche Stellungnahmen sowie ihre Präsenz in der zivilen Friedensarbeit und in der Militärseelsorge leisten die Kirchen hierzu einen maßgeblichen Beitrag.

Alle Bürger sind Soldaten, irgendwie⁴⁵. Und in der Schule sollen die Kinder und Jugendlichen in der „Friedenserziehung als Teil der Friedensarbeit“ per Religionsunterricht zur „sicherheitspolitischen Widerstandsfähigkeit“ erzogen werden⁴²; mal sehen, wann die Kirchen über ihre Mitbeteiligung an den Lehrplänen der staatlichen Schulen entsprechende Akzente setzen werden. Und der Konfirmandenunterricht soll vormilitärische Mindset-Schulung werden.

Zum Vergleich die „Grundsätze zur Friedenserziehung für Hamburger Schulen“ von 1983⁴⁶:

Die Erziehung soll die Heranwachsenden befähigen, als mündige demokratische Bürger zu einer aktiven und kritischen Mitgestaltung der Friedenspolitik in der Lage zu sein. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit Fragen der Sicherheitspolitik. Schüler müssen in die Lage versetzt werden, sich auf der Grundlage möglichst umfassender Sachkenntnis und aktueller Information mit der Bundeswehr und ihrer zentralen Aufgabe der Friedenssicherung und Landesverteidigung zu befassen.

Das schließt ein, daß Schülerinnen und Schüler in einem problemorientierten Arbeitsprozeß Informationen über die Grundlagen und Grundfragen der

⁴⁵ Ein alter Wunsch militaristischer Thinktanks geht in Erfüllung. Aus der Studie „Neue Macht – Neue Verantwortung“ von 2013, mit der die Wende in der deutschen Außenpolitik Frühjahr 2014 eingeleitet wurde: „Risikomanagement stellt hohe Anforderungen an die Kommunikation zwischen Staat und Öffentlichkeit. Risikoeinschätzungen, Priorisierungen und die daraus zu ziehenden Folgerungen müssen den Bürgern überzeugend erklärt und begründet werden. Dabei gibt es in einer offenen Gesellschaft keinen allumfassenden Schutz. Nicht alle Risiken können vermieden, nicht alle Gefahren abgewehrt werden. Und das neue strategische Umfeld führt die Grenzen der Steuerbarkeit von Sicherheitspolitik durch Staaten oder mithilfe hoheitlicher Instrumente vor. Deshalb gehört zum Risikomanagement, dass Staat, Wirtschaft und Gesellschaft lernen, mit der eigenen Verwundbarkeit umzugehen und Widerstandsfähigkeit (Resilienz) aufzubauen, und zwar so dezentral wie möglich.“ SWP und GMF: *Neue Macht – Neue Verantwortung*, S. 39 – Die vorgestellte Staatsräson muss über alle dem Staat zu Verfügung stehenden Einrichtungen durchgesetzt werden, „wo sie dann als naturgegebene Selbstverständlichkeit – heute noch dazu wissenschaftlich «erforscht» und bestätigt erscheint: Staat hat es immer gegeben, Militär ist notwendig, Kriege gehören zur Natur und Politik des Menschen . . .“ Krippendorff: *Staat und Krieg – die historische Logik politischer Unvernunft*, S. 29 – Was bleibt: „Im Leben versteht man unter einem dummen Menschen gewöhnlich einen, der »ein bißchen schwach im Kopf« ist. Außerdem gibt es aber auch die verschiedenartigsten geistigen und seelischen Abweichungen, von denen selbst eine unbeschädigt eingeborene Intelligenz so behindert und durchkreuzt und irreführt werden kann, daß es im ganzen auf etwas hinausläuft, wofür dann die Sprache wieder nur das Wort Dummheit zur Verfügung hat. Dieses Wort umfaßt also zwei im Grunde sehr verschiedene Arten: eine ehrliche und schlichte Dummheit und eine andere, die, ein wenig paradox, sogar ein Zeichen von Intelligenz ist. Die erstere beruht eher auf einem schwachen Verstand, die letztere eher auf einem Verstand, der bloß im Verhältnis zu irgend etwas zu schwach ist, und diese ist die weitaus gefährlichere.“ Robert Musil, nach Krippendorff: *Staat und Krieg – die historische Logik politischer Unvernunft*, S. 31, der ganze Text Musil: *Über die Dummheit*. – Über die daraus folgende „Verkrüppelung des politischen Denkens“ s. Krippendorff: *Staat und Krieg – die historische Logik politischer Unvernunft*, S. 68.

⁴⁶ Behörde für Schule und Berufsbildung: *Grundsätze zur Friedenserziehung für Hamburger Schulen*, S. 5

Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und der NATO erhalten und dadurch die Fähigkeit und Bereitschaft zur offenen Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen entwickeln. Zu den Zielen eines solchen Unterrichts gehört es, den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, daß der Bundeswehr ein fester Platz in unserem Staat als Instrument der Verteidigung zugewiesen wurde. Diesem Auftrag ist sie durch das Grundgesetz ausdrücklich verpflichtet. . . .

Die Schülerinnen und Schüler sollen erfassen, daß sich die gegenwärtige Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland von vier Elementen leiten läßt:

- einer Politik des politischen, des strategischen und auch des militärischen Gleichgewichts, zu der Verteidigungs-fähigkeit und Verteidigungsbereitschaft gehören,
- einer Politik der Entspannung, der Konflikteindämmung und des Interessenausgleiches,
- der Fähigkeit zu wirksamer Krisenbeherrschung,
- der Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit des politischen Verhaltens für alle.

Für eine Diskussion bieten sich folgende Thesen und Gegenthesen an:

einerseits

- zur Sicherung und Verteidigung der freiheitlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, des Lebens des einzelnen sowie zur Abwehr eines durch den Druck oder Gewaltandrohung aufgenötigten fremden Willens sind militärische Mittel unverzichtbar und legitim,
- die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts war bislang Voraussetzung für die Verhinderung kriegerischer Auseinandersetzungen und die Sicherung einer selbstbestimmten gesellschaftlichen Entwicklung vor allem in Europa,
- durch militärische Abschreckung wird die Wahrscheinlichkeit eines Krieges verringert,
- militärisches Gleichgewicht ist günstig für Stabilität und damit Frieden,
- im Verteidigungsfall ist für die Bundesrepublik Deutschland eine Abwehr möglich,
- Abschreckung und Verteidigung sind nur im Rahmen des NATO-Bündnisses zu gewährleisten,

andererseits

- die Abschreckung mit militärischen Mitteln hebt das Kriegsrisiko aber grundsätzlich nicht auf,
- die Abschreckung beinhaltet Bedrohung und ruft immer wieder Instabilität hervor: Der Rüstungswettlauf selbst ist ein Sicherheitsrisiko, und er gefährdet den Frieden,
- Möglichkeiten von Fehleinschätzungen und irrationalen Verhalten sowie wechselseitige Bedrohtheitsvorstellungen und Feindbilder können zu unkalkulierbaren Reaktionen führen,
- die Overkill-Waffenpotentiale der Weltmächte stellen das Prinzip des militärischen Gleichgewichts in Frage,
- im Verteidigungsfall ist das Risiko einer totalen oder zumindest weitgehenden Zerstörung unseres Landes sehr hoch,

Es ist der Unterschied zwischen einem Unterricht, der ein inhaltlich bestimmtes Ergebnis in den Köpfen und den Herzen der Schülerinnen und Schüler erreichen will, – Überwältigung und

Indoktrination wären hier die Stichworte⁴⁷ –, und einem Unterricht, der die Urteilsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler in einer schwierigen Situation stärken will. Ein Unterricht, der dieser Denkschrift folgt, wäre nach dem gegenwärtigen Stand der pädagogischen und didaktischen Diskussion illegitim und – vermutlich – nach den Richtlinien der meisten Bundesländern nicht richtlinienkonform, gar ungesetzlich⁴⁸.

5.1.2 (Kriegstüchtige Kirche)

(61) - Seit Jahrzehnten haben die Kirchen ein Netz von Notfallseelsorge, Krankenseelsorge, Seelsorge in Blaulichtorganisationen und in den Streitkräften mit einem umfassenden Angebot an seelsorglichen Aktivitäten, gottesdienstlicher Begleitung und Ausbildungskonzepten aufgebaut. **Es geht darum, Resilienz in einer konfliktreichen Welt aufzubauen. Die etablierten Strukturen und Netzwerke der Seelsorge müssen so ausgebaut werden, dass die Kirchen für den Krisenfall handlungsfähig sind.** Es ist notwendig, dies schon im Vorfeld zu tun, damit entsprechende Strukturen im Ernstfall zur Verfügung zu stehen. Dabei ist es wichtig, dass sich die Kirchen als Teil der Gesellschaft verstehen, die verteidigungswürdig ist, ohne aber als Instrument der Systemstabilisierung zu dienen.

Die Denkschrift bereitet den „Seelsorgerahmen“⁴⁹ (gemeinsam mit der katholischen Kirche) vor⁵⁰, s. EKD: *Ökumenisches Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall* – Ein internes Arbeitspapier der evangelischen und katholischen Kirche.

5.2 „Aktuelle Herausforderungen evangelischer Friedensethik in einer Welt im Umbruch“

5.2.1 (Kirche, innere Repression und Sozialabbau)

(63) - Mit Russlands Angriff auf die Ukraine Ende Februar 2022 hat sich das Bewusstsein für Krieg im Raum der EU verändert. Obgleich bereits seit der Annexion der Krim 2014 ein militärischer Konflikt in Europa schwelte, hat die Grausamkeit des Krieges mit dem Februar 2022 eine neue Präsenz gewonnen. Zusätzlich hat der Krieg im Nahen Osten als Reaktion auf den brutalen Terrorakt und die Geiselnahme israelischer Zivilisten durch die Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 wegen der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel die Präsenz des Krieges noch mehr in die Mitte der Gesellschaft gerückt. **Dass diese Welt (auch) ein Ort gewaltvollen und brutalen**

⁴⁷ S. Bundeszentrale für politische Bildung: *Beutelsbacher Konsens*.

⁴⁸ Behörde für Schule und Berufsbildung: *Hamburgisches Schulgesetz*, § 2 Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule, Abs 2: „Unterricht und Erziehung sind auf die Entfaltung der geistigen, körperlichen und sozialen Fähigkeiten sowie auf die Stärkung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler auszurichten. 2 Sie sind so zu gestalten, dass sie die Selbstständigkeit, Urteilsfähigkeit, Kooperations-, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit sowie die Fähigkeit, verantwortlich Entscheidungen zu treffen, stärken.“ Ein Unterricht, wie ihn die Denkschrift vorschlägt, würde eine Änderung des Schulgesetzes voraussetzen, die die Erziehungsziele illiberal ändern müsste.

⁴⁹ Dieser Rahmen lässt sich so dem „Operationsplan Deutschland“ (Kirsch: *Operationsplan Deutschland*) zuordnen.

⁵⁰ Pax Christi hat dazu eine Stellungnahme veröffentlicht (Pax Christi: *Das „Ökumenische Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall“* (auch bekannt als „Geistlicher Operationsplan Deutschland“)) und eine Petition (Pax Christi: *Seelsorge bleibt zivil - Nein zur Militarisierung kirchlicher und diakonischer Dienste!* - Online-Petition gestartet).

Tötens ist, ist damit überdeutlich geworden – so sehr, dass dies mittlerweile ein maßgeblicher Faktor auch der deutschen Innenpolitik geworden ist.

Dies ist genau keine Analyse, die die Welt in ihrer Komplexität wahrnimmt⁵¹. Es sind bestenfalls Schlaglichter. Vorgeschichten und Motivationen werden ausgeblendet, das Böse wird personifiziert, die Guten sind auch bekannt, ein manichäisches Bild, das gerade unter Christen, also Anti-Manichäern, unmöglich sein sollte. Nicht nur draußen ist Krieg, er bestimmt inzwischen auch das innere politisch-moralische Leben Deutschland. Auch hier gibt es den tödlichen Feind, in welcher verkappter Gestalt auch immer, der ausgeschaltet werden muss⁵².

(66) - Die Militärausgaben haben weltweit einen neuen Höchststand erreicht. Abrüstung und Rüstungskontrolle stehen derzeit nicht im Fokus der Weltpolitik. Eine verlässliche globale Architektur der Rüstungskontrolle existiert nicht oder nicht mehr. Es ist ein deutliches Zeichen gewachsener Spannungen, dass die Verträge zur nuklearen Rüstungskontrolle und der Abrüstung, die seit den 1970er Jahren zwischen Russland bzw. der Sowjetunion und den USA ausgehandelt wurden, durch beide Seiten infrage gestellt oder gekündigt wurden. Auch in Deutschland sind die Militärausgaben zuletzt gestiegen – und werden weiter steigen. **Der Mehraufwand für das Militär hat zur Folge, dass Geld für andere Investitionen fehlt oder Staaten sich hoch verschulden.** Diese Schulden belasten nachfolgende Generationen. Inwieweit diese Belastung durch Veränderungen auf der Einnahmeseite abgemildert werden können, ist eine Frage politischer Entscheidungen, sollte aber geprüft und transparent diskutiert werden.

Der Lebensunterhalt der Armen scheint also von den Rüstungsausgaben nicht betroffen zu sein, jedenfalls ist davon nicht die Rede. Gibt es überhaupt Arme⁵³? Die Autoren der Denkschrift haben die damalige haushaltspolitische Diskussion nicht zur Kenntnis genommen?

Ein Beispiel aus dem Handelsblatt⁵⁴, „Kanonen statt Butter“:

Nein, die Sicherheit Europas wird auf dem alten Kontinent entschieden, und zwar an der Staatskasse.

„Kanonen statt Butter“ – auf diese einfache Formel hat die Londoner Tageszeitung „The Times“ das Dilemma gebracht, in dem alle europäischen Volkswirtschaften

⁵¹ Wie man die Welt in ihrer Komplexität wahrnimmt, zeigte der Politikdidaktiker Hermann Giesecke, indem er eine Liste von Kategorien und Leitfragen formulierte, mit denen die Analyse eines Konfliktes gelingen kann, s. s. Giesecke: *Didaktik der politischen Bildung, 10. Aufl., Teil II*. Ein Politiklehrer würde an das Problem mit den „Giesecke-Kategorien“ herangehen: Interessen, Werte, Normen, Rollen, Institutionen, Ressourcen, Macht, Gefühle, Kommunikation, Geschichte, Identität, Recht, Moral) Solche Kategorien sind nicht nur für die Schule von Bedeutung, sondern für jeden, der einen politischen Konflikt verstehen will. Und wer beraten will, muss die Alternativen der Situation offen legen. Sonst sucht er nur Gefolgsleute. – Für die Angliederung der Krim an Russland könnten das diese Texte sein: Verheugen und Erler: *Der lange Weg zum Krieg – Russland, die Ukraine und der Westen Eskalation statt Entspannung*, S. 53ff, 85ff, Dohmanyi: *Nationale Interessen – Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche*, S. 98ff, Guérot und Ritz: *Endspiel Europa – warum das politische Projekt Europa gescheitert ist - und wie wir wieder davon träumen können*, S. 113-118, Kronauer und Später: *Ukraine über alles! ein Expansionsprojekt des Westens*, Kronauer: *Meinst du, die Russen wollen Krieg? Russland, der Westen und der zweite Kalte Krieg*, aber natürlich auch Kappeler: *Kleine Geschichte der Ukraine*, S. 282ff, 334ff, grundlegend Brzezinski: *Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, S. 177. – Sicherheitspolitik kann nur noch „umfassend“ verstanden und realisiert werden, s. Varwick: *Internationale Beziehungen für dummies® internationale Beziehungen verstehen: zentrale Konzepte, Themen und Perspektiven: aktuelle Problemfelder*, S. 115f.

⁵² Es handelt sich hier um die höflich-verschwimmelte Form der Ansage, jene, die die gegenwärtige Außen- und Militärpolitik nicht mitmachen wollen, seien allesamt Putin-Knechte, eine Liquidation des Streitigen in der Demokratie.

⁵³ Eine evangelische Sonntagszeitung hätte Auskunft geben können, s. Sander: *Immer mehr Menschen in Deutschland sammeln Pfandflaschen, um sich etwas dazuzuverdienen*.

⁵⁴ Riecke: *Globale Trends*, vorher in der FAZ Niall Ferguson: *Schuldenbremse und Verteidigung*.

stecken. Eine Aufrüstung auf 2,5, drei oder gar fünf Prozent der Wirtschaftsleistung lässt sich nur bezahlen, wenn anderswo hart gespart wird.

Auch Ifo-Chef Clemens Fuest benutzte vor einem Jahr die Aufrüstungsformel, die auch die Nazis schon gebraucht hatten, und stellte fest: „Kanonen und Butter – es wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland, das geht nicht.“

Der öffentliche Aufschrei war groß. Damals wurde jedoch noch um das Zwei-Prozent-Ziel der Nato und eine Lücke im deutschen Wehretat von 50 Milliarden Euro gerungen. Inzwischen hat Trump 2.0 die Welt verändert, der kommende Bundeskanzler Friedrich Merz verhandelt mit seinem Juniorpartner SPD angeblich über eine Aufrüstung von 200 Milliarden Euro.

Ob man deshalb gleich den Gürtel enger schnallen – sprich: weniger konsumieren – kann, sei dahingestellt. Sicher ist, dass sich die historische Lücke im europäischen Wehretat nicht allein und dauerhaft durch ein Sondervermögen und eine kluge Neuverschuldung schließen lässt. Insofern hatte Fuest durchaus recht, als er davor warnte, man könne nicht aufrüsten und bei den Staatsausgaben ansonsten nach dem Motto „Weiter so“ verfahren.

In den gegenwärtigen Diskussionen um Verschlechterungen der Alters- und der Krankenversorgung geht im Kern um die Finanzierung der Aufrüstung⁵⁵, auch wenn dieser Zusammenhang in der Regel ausgeblendet wird.

Rüstungsausgaben Deutschland nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums⁵⁶:

Deutschland investiert in Verteidigung und stärkt das Bündnis

Das BMVg hat für das Jahr 2026 Investitionen von mehr als 108 Milliarden Euro in die äußere Sicherheit vorgesehen. In den Folgejahren soll diese Summe bis auf rund 152 Milliarden Euro für den Haushalt des Verteidigungsministeriums im Jahr 2029 steigen. Gegenüber 2023 entspricht das einer Verdreifachung. . . .

Mit allen für 2029 geplanten Ausgaben für die Verteidigung beabsichtigt die Bundesrepublik bereits im Jahr 2029, die NATO-Zielquote von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erreichen. Diese Verteidigungsausgaben enthalten zusätzlich zum Haushalt des Verteidigungsministeriums auch Ausgaben aus anderen Einzelplänen der Bundesregierung, welche zum Beispiel den Soldatinnen und Soldaten als Fürsorgeleistung zu Gute kommen oder militärisch notwendige Baumaßnahmen ermöglichen. Das BMVg beabsichtigt den Beschluss des NATO-Gipfels, 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, sechs Jahre früher umsetzen, als von der NATO auf dem Gipfel gefordert. Die Berechnung und Veröffentlichung der „NATO-Quoten“ aller Alliierten nimmt die NATO selbst vor.

5.2.2 (Rüstung und Hunger)

Die Denkschrift hat kein Problem damit, dass Geld gänzlich unproduktiv ausgegeben wird. Er ist wirtschaftlich ohne Nutzen, es sei denn, fremde Ressourcen werden erobert⁵⁷.

„Krieg versteht sich von selbst, da er unmittelbar ökonomisch dasselbe ist, als wenn die Nation einen Teil ihres Kapitals ins Wasser würfe.“

⁵⁵ Bundesrechnungshof: *Rentenversicherung*, tagesschau.de: *Was sich mit dem Gesundheits-Sparpaket für gesetzlich Versicherte ändern soll*

⁵⁶ Bundesministerium der Verteidigung: *Deutschland investiert in Verteidigung und stärkt das Bündnis*

⁵⁷ Marx: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*. Der Fiskalmultiplikator wird auf höchstens 0,5 geschätzt, d.h. von 1 Euro Rüstungsausgaben kommen über den Wirtschaftskreislauf nur 50 Cent zum Staat zurück, während der Rücklauf bei Bildungs- und Investitionsausgaben 2 oder 3 mal so hoch sein kann, Krebs und Kaczmarczyk: *Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland*, S. 19, 23.

Rüstung ist wirtschaftlich letztlich nutzlos, ein parasitäres Geschäft⁵⁸. Dass sie politisch geboten sein kann, ändert daran gar nichts. Es gilt immer noch, was Gollwitzer dazu schon 1979 sagte⁵⁹:

... bevor wir noch an diesem Genozid (= im Weltkrieg; HL) sterben, werden wir an seiner Vorbereitung sterben, an der Rüstung. Jetzt schon sterben ungezählte Menschen daran. Würden die vielen Milliarden, die allein NATO und Warschauer Pakt für Rüstung und Waffenproduktion in die Luft jagen - in die Luft, denn es soll ja nach den Erklärungen beider Seiten nicht zum Ernstfall kommen! - würden diese Mittel für das Leben der Menschheit eingesetzt, die Sahara würde zu der Kornkammer, die sie früher einmal gewesen war; in Afrika, Asien und Lateinamerika würden nicht in dieser Stunde Hunderte von Menschen an Hunger sterben und durch Unterernährung verblöden; entwickelte Alternativenergien ließen uns dem Ende der Ölzeit unbesorgt entgegensehen; Gesundheitswesen, Umweltschutz, Sozialfürsorge würden nicht wegen der Kostenexplosion schrumpfen müssen.

An der Rüstung sterben unsere dringendsten Reformen, weil Geld und Menschen dafür fehlen. An der Rüstung stirbt unsere Demokratie; Heere, hierarchisch aufgebaut, und der militärisch-industrielle Komplex, von Geheimnissen umgeben und von Geheimdiensten geschützt, sind Fremdkörper in der Demokratie. Parlamentarische Kontrolle wird zur Farce, wie man es bei der Entwicklung des Milliardendings Tornado erlebt hat. Bei inneren Konflikten, wie wir sie durch zunehmend schärfer werdende Verteilungskämpfe auch bei uns erleben können, steigt die Versuchung der Mächtigen, für ihre Interessen dem Militär die diktatorische Macht zu übergeben, wie es in Brasilien, Chile, Argentinien usw. geschehen ist.

Das ist keine politische Belanglosigkeit, sondern greift schon in den Kern des Evangeliums. Es ist – nach Gollwitzer – ein Text der Ängstlichen²⁵. Gewaltige wirtschaftliche Ressourcen haben keinen wirtschaftlichen Nutzen für die weitaus größte Anzahl der Menschen, sie werden vielmehr von der Nutzung wirtschaftlicher Möglichkeiten ausgeschlossen.

Sprechen wir von der Kirche in der zerspaltenen Welt, so bekennen wir die Botschaft von dieser umfassenden und einenden Liebe. Gilt jenes „alle“ und jenes „einer“, so gibt es also schlechthin keinen Grund mehr, andere Menschen als außerhalb dieser Umfassung befindlich anzusehen, keinen Grund mehr, das Miteinander einzuschränken oder ganz aufzuheben, keinen Grund mehr, jenen Unterschieden eine Geltung und Kraft zuzuschreiben, durch die die Realität dieser Einung irgendwie beschränkt oder spiritualisiert oder unsichtbar gemacht würde. Glaube an die Geltung und Kraft der Unterschiede würde sofort Unglauben an die Geltung und Kraft der in Jesus Christus geschehenen Einung bedeuten und damit die Frage, ob nicht vielmehr ich, indem ich mich in irgendeinem Falle gegen das Miteinander an der Brust des Gekreuzigten sträube und den anderen als unreines Raubzeug und Gewürm (vgl. Apg 10, 9-16) ausschließe, der Ausgeschlossene sei, der außerhalb steht, indem er den anderen außerhalb stellt.

Würde ich aber irgendeinem Unterschied auf Erden, einem Unterschied der Rasse, der Nation, der Klasse und der Ideologie eine Kraft der Trennung zubilligen, die jene Kraft der Einung überträte oder ihr mindestens eine Bedeutung nur noch für den Himmel, aber nicht für die Erde, nur noch für das Jenseits, aber nicht für das Diesseits, nur noch vor Gott, aber nicht unter den Menschen ließe, so hätte ich damit sofort bekannt, daß ich mindestens hier auf Erden nicht von jener umfassenden Liebe lebe, sondern von den Gütern und Werten, um die es sich bei jenen Unterschieden

⁵⁸ Militär kann allerdings als parasitäre soziale Gruppe selbst von immenser politischer Bedeutung sein, Krippendorff: *Staat und Krieg – die historische Logik politischer Unvernunft*, S. 206f.

⁵⁹ Gollwitzer: „Wie kommt Ihr das zulassen? – Rede zum Antikriegstag am 1. September 1979 in Mainz“, S. 9f

handelt, daß also das Evangelium vielleicht für die Ewigkeit, sicher aber nicht für die Zeit, vielleicht für den Himmel, sicher aber nicht für die Erde taugte ...

Der Gedanke von Jean Ziegler⁶⁰

Die Weltlandwirtschaft könnte problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren. Das heißt, ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet.

scheint absurd übertrieben zu sein. Aber er trifft eine Welt, die den Hunger beseitigen könnte, aber Summen an Geld ausgegeben werden, die die Vorstellungskraft übersteigen⁶¹.

Die Regierungen der Welt geben so viel Geld für ihr Militär aus wie nie zuvor. Laut dem Internationalen Friedensforschungsinstitut Sipri haben die globalen Militärausgaben 2025 ein Rekordhoch von 2.887 Milliarden US-Dollar erreicht - ein Anstieg von 2,9 Prozent gegenüber 2024 und der elfte jährliche Zuwachs in Folge.

Das sind 2.887.000.000 Dollar ohne wirklichen produktiven Nutzen. Obwohl es natürlich keinen unmittelbaren Zusammenhang gibt, kann man eine Zahl aus der Ernährungsstatistik daneben stellen⁶².

Laut dem Bericht „Stand der Ernährungssicherheit und Ernährung in der Welt“ aus dem Jahr 2025 litten im Jahr 2024 schätzungsweise 8,2 % der Weltbevölkerung – etwa 673 Millionen Menschen – unter Hunger.

Die Denkschrift bezieht diese weltweiten Folgen des Rüstungswachstums weder in ihre politischen und wirtschaftlichen noch in ihre theologischen Überlegungen mit ein. Aber der Evangelische Erwachsenen Katechismus von 2010, der mit auf der Denkschrift von 2007 beruht, bietet hier eine Möglichkeit zu theologischen Überlegungen⁶³:

Weder im Blick auf individuelle Verletzungen Einzelner, noch bei Akten internationaler Kriminalität sprechen wir von Sünde. Wo Menschen sich gegenseitig ausbeuten und verbrauchen, Eheleute einander, Eltern ihre Kinder, Jugendliche ihre Lehrer, Besitzende die, die nichts haben, und Machthaber die, die ihnen anvertraut sind, kommen wir gar nicht auf die Idee, das Wort Sünde zu gebrauchen, obwohl durchaus Schuld erkannt wird und Entsetzen über Gewaltausbrüche und Menschenverletzungen lebendig ist.

Der Verlust des Wortes Sünde hat mit einer Verengung und Verarmung unserer Wahrnehmung zu tun: Wir sehen uns nicht mehr als Menschen, die vor Gott stehen und nur in der Rückbindung an ihn die Chance haben, zu einem gelingenden Leben zu finden. ...

Aus der Perspektive der Geschichte Gottes erweist sich Sünde letztlich gegen Gott gerichtet. Sie steht jenseits von Moral und Gesetz als Verletzung des Lebens, der Liebe und Gottes, als Lebenswidrigkeit, Lieblosigkeit und Gottlosigkeit. Aus der Perspektive von Güte und Barmherzigkeit zeigt sich die Verhältnisslosigkeit der Sünde, der Bruch aller Beziehungen, die rücksichtslose Selbstperspektive mit tödlichem Trend.

Für die Denkschrift ist das letztlich kein Problem. Das skandalöse Verhältnis von Rüstungsmilliarden und millionenfachem Hunger scheint theologisch außerhalb des

⁶⁰ Ziegler: *Zitate*

⁶¹ ZDFheute: *Sipri-Studie: Rüstungsausgaben weltweit so hoch wie nie*

⁶² United Nations: *Food*

⁶³ Brummer, Andreas u.a. im Auftr. der Kirchenleitung der VELKD: *Evangelischer Erwachsenen Katechismus – suchen - glauben - leben*, S. 217, 222f

Sündenzusammenhangs⁶⁴ zu stehen. Sünde scheint zurechenbare Handlungen Einzelner vorauszusetzen. Gibt es solche nicht, oder können sie nicht erkannt werden, scheint es keine Sünde zu geben.

Er ist aber Teil von Sünde, Akt in Sünde, Folge von Sünde⁶⁵.

Paul Tillich übersetzte deshalb „Sünde“ teilweise mit „Entfremdung“⁶⁶.

Die bisherige Beschreibung der Entfremdung befaßte sich ausschließlich mit der Einzelperson, ihrer Freiheit und ihrem Schicksal, ihrer möglichen Schuld und Versöhnung. . . .

Im Gegensatz zum zentrierten Individuum, das wir „Person“ nennen, hat die soziale Gruppe kein natürliches, entscheidendes Zentrum. Eine soziale Gruppe ist eine Machtstruktur, und in jeder Machtstruktur hat bestimmen gewissen Einzelpersonen die Handlungen aller, die Teil dieser Gruppe sind. darin liegt immer die Möglichkeit zu Konflikten innerhalb der Gruppe, selbst dann, wenn die Gruppe als Ganze einheitlich handelt. Eine soziale Gruppe als solche ist nicht entfremdet und als solche nicht versöhnt. Es gibt keine Kollektivschuld. Es gibt wohl das universale Schicksal der Menschheit, das in einer sozialen Gruppe zum besonderen Schicksal wird, ohne jedoch damit seine Universalität zu verlieren. Jeder einzelne partizipiert an diesem Schicksal, ohne sich davon befreien zu können.

Und Schicksal ist untrennbar verknüpft mit Freiheit. Deshalb hat die persönliche Schuld Einfluß auf das Gesamtschicksal der Menschheit und auf das besondere Schicksal der sozialen Gruppe, zu der die Person gehört. Der einzelne ist nicht schuldig an den Verbrechen, die andere Glieder seiner Gruppe begangen haben, wenn er sie nicht selbst begangen hat. Die Einwohner einer Stadt sind nicht schuldig an den Verbrechen, die in ihrer Stadt begangen werden, sie sind jedoch in dem Sinn schuldig, daß sie teilhaben an dem Schicksal der Menschheit als Ganzer and an dem Schicksal ihrer Stadt im besonderen; denn ihre Handlungen, in denen Freiheit und Schicksal geeint sind, haben zu dem Gesamtschicksal beigetragen. Sie sind schuldig nicht an den Verbrechen, die innerhalb ihrer Gemeinschaft begangen wurden; sie sind schuldig, weil sie zu dem Schicksal beigetragen haben, in dem sich diese Verbrechen ereignen konnten. In diesem indirekten Sinne sind sogar in einem Volke die Opfer der Tyrannei mit schuldig an der Tyrannei. Aber in der gleichen Weise gilt das auch für die Angehörigen anderer Völker und für die Menschheit als Ganze. Für das Schicksal einzelner oder einzelner Völker ist negativ und positiv die Menschheit als Ganze mitverantwortlich.

Wie auch immer dieser Zusammenhang von Rüstung und Hunger, Sünde und Entfremdung verstanden wird: Der Sünder bedarf der Rechtfertigung, es gibt keinen Schonbereich, in dem man ohne Rücksicht auf die dieser Zusammenhang tun und lassen kann, was man will⁶⁷, auch dieses muss vor Gott vertreten werden können: „Wir konnten nicht anders, wenn wir nicht bereit sind, Millionen Menschen hungern und sogar verhungern zu lassen, müssen wir bereit sein, ein Geschehen zuzulassen, das sogar noch schlimmer ist.“ Dieses andere Geschehen müsste konkret erfasst werden.

Wie aber soll das in einem Text geschehen, der über Schlaglichter statt Analyse nicht hinauskommt? Es gibt kein Problem.

⁶⁴ Eine Unmöglichkeit, s. Vogel: *Gott in Christo – ein Erkenntnisgang durch die Grundprobleme der Dogmatik*, S. 481

⁶⁵ Vogel: *Die eiserne Ration eines Christen*, s. 87

⁶⁶ Tillich: *Systematische Theologie – I/II*, S. II 67

⁶⁷ S. \{S. 302ff\}{evkatechnismus}

5.2.3 (Frieden und Gemeinsame Sicherheit)

(73) - Die Suche nach Frieden geht in der gegenwärtigen Situation einer vernetzten und globalisierten Welt einher mit einem Ruf nach einem Mehr an Sicherheit. Gerade für betroffene Länder und Opfergruppen ist dieser Ruf nach Sicherheit nur allzu verständlich. Friede gibt es nicht ohne Sicherheit, Sicherheit nicht ohne Frieden. **Verteidigungsfähigkeit als Teil einer umfassenden Sicherheitspolitik erhält ihre Berechtigung, ihr Ziel und auch ihre Grenze aus der Friedenslogik. Umgekehrt kann die Friedenslogik nur dort Raum gewinnen, wo die Sicherheitslogik die Bedingungen dafür geschaffen hat.**

1990 wurde friedenslogisch ein großer Schritt nach vorn gemacht: Die Charta von Paris⁶⁸. Der Text ist dieser Denkschrift völlig unbekannt, so scheint es. Sie ist unwissend, um einseitig sein zu können.

Die Teilnehmerstaaten der KSZE haben in diesem Text beschlossen:

Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur friedlichen Beilegung von Streitfällen. Wir beschließen, Mechanismen zur Verhütung und Lösung von Konflikten zwischen den Teilnehmerstaaten zu entwickeln.

Nun, da die Teilung Europas zu Ende geht, werden wir unter uneingeschränkter gegenseitiger Achtung der Entscheidungsfreiheit eine neue Qualität in unseren Sicherheitsbeziehungen anstreben. Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden. Wir verpflichten uns daher, bei der Festigung von Vertrauen und Sicherheit untereinander sowie bei der Förderung der Rüstungskontrolle und Abrüstung zusammenzuarbeiten.

Nicht Verteidigungsfähigkeit – besser: Kriegsfähigkeit – ist in diesem Text die Grundlage der Sicherheit, sondern das sich langsam entwickelnde Vertrauen, dass von der Sicherheit aller Teilnehmer bestimmt ist. Genau deshalb ist Abrüstung möglich. Sicherheit entsteht durch die Qualität der Beziehungen zwischen den Staaten. Friedliche, vertrauensvolle und kooperative Beziehungen schaffen Sicherheit. Innerhalb der Bündnisse gilt das sowieso, sonst müsste sich Deutschland gegen Überfall durch Dänemark und Luxemburg wappnen, jeder gegen jeden. Militär ist nur für den Ausnahmefall erforderlich, wenn davon ausgegangen wird, dass dieser oder jener Krieg möglich sein könnte. Friedenslogik ist die Grundlage von Sicherheit, Sicherheitslogik bestenfalls eine Seitenstütze.

Warum aber ist dieser Weg verlassen worden? Wer hat ihn mit welcher Absicht verlassen? Die Denkschrift kann diese Fragen nicht stellen, weil sie den Text und die damaligen politischen Zukunftsvorstellungen und -wünsche in ganz Europa nicht kennt.

(77) - Die Erfahrungen des gewaltsamen Todes vieler Menschen im Krieg könnte aufgrund des Primats der Gewaltfreiheit zu der Forderung führen, auch in einem heißen Konflikt allein auf Verhandlungen zu setzen. Diese Sichtweise übersieht allerdings, dass solche Verhandlungen nur dann ethisch vertretbar sind, wenn sie sich innerhalb des internationalen Rechts bewegen, das heißt dem Schutz der territorialen Unversehrtheit und Selbstbestimmung dienen. Der Primat der gewaltfreien Lösung darf nicht gegen die Ethik rechtserhaltender Gewalt ausgespielt werden – wie umgekehrt jede rechtserhaltende Gewalt selbst auf ihre Vereinbarkeit mit dem Recht und auf die Überwindung von Gewalt ausgerichtet sein muss. **Aufgezwungene Verhandlungen sind kein Weg zum Gerechten Frieden.** Verhandlungen, die lediglich dazu dienen, die Ergebnisse

⁶⁸ Wikipedia: *Charta von Paris*, Konrad-Adenauer-Stiftung: *Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. 11. 1990*, <https://www.bundestag.de/resource/blob/189558/21543d1184c1f627412a3426e86a97cd/charta-data.pdf>

militärischer Kriegsführung abzusichern, sind abzulehnen. Wenn die Position der Verhandlungspartner primär durch militärische und ökonomische Macht bestimmt wird, besteht die Gefahr, dass Verhandlungsergebnisse Machtverhältnisse festschreiben, die keinem dauerhaften Frieden dienen. Eine ethisch reflektierte Friedenspolitik muss daher genau prüfen, unter welchen Bedingungen Verhandlungen friedensförderlich sind und welche Kriterien ein gerechtes Verhandlungsergebnis erfüllen muss. Sie muss ebenso sensibel dafür sein, wenn unter dem Vorwand des Schutzes vor Gewalt oder der Erhaltung des Rechts Freiheitsrechte missachtet und Menschen, aber auch Infrastruktur und natürliche Ressourcen vernichtet werden.

Das war im russisch-ukrainischen Krieg die Position des Westens während der Zeit, als es so schien, die Ukraine könne irgendwann aus der Position der Stärke mit Russland „verhandeln“. 2025 wandelte sich diese Auffassung unter dem Einfluss Trumps: Der Ukraine wird keine Chance auf einen Sieg gegeben, sie möge aber durchhalten, dazu solle Russland zu einem Waffenstillstand gedrängt werden, begleitet von Verhandlungen, der der Ukraine die Möglichkeit der Regeneration gibt. Jetzt, 2026 stellt sich diese Frage wieder anders. – Was hier von der Denkschrift als grundsätzliche Position ausgegeben wird, ist nur zeitweiliger Reflex täglich wechselnder Taktik. Man hat wohl vergessen, den Text den jeweiligen taktischen Gegebenheiten anzupassen.

5.2.4 (Der hybride Krieg)

(87) - Eine besondere Herausforderung stellt die internationale Zunahme hybrider Kriegsführung dar, deren Ziel es ist, die Handlungs- und Reaktionsfähigkeit des Gegners empfindlich einzuschränken.

Es folgen viele weitere Abschnitte zur hybriden Kriegsführung⁶⁹. Einer davon:

(90) - Eine besondere Zäsur bildete die Besetzung der Krim durch russische Soldaten ohne Hoheitsabzeichen 2014 mit dem sich anschließenden Scheinreferendum. Externe Angreifer arbeiteten mit internen Kräften zusammen, wodurch die Grenze zwischen Angreifer und Angegriffenen verschwamm. Seitdem ist der Begriff des hybriden Kriegs im allgemeinen Sprachgebrauch angekommen.

Dass der RegimeChange 2014 eine Folge und Maßnahme „hybrider Kriegsführung“ gewesen sein könnte, kann nicht gedacht werden, denn der Westen kommt als politischer Akteur nicht vor. Hier ist die Denkschrift über viele Seiten nur ein Nato-Propaganda-Text.

(96) - Die Komplexität moderner hybrider Kriegsführung, Klgestützter militärischer Einsätze, des Kriegs im Weltraum und des Terrorismus stellt die evangelische Friedensethik und das Christentum, in dessen Zentrum die Friedensbotschaft Christi steht, vor neue Herausforderungen. Die Grenzen zwischen Frieden und Krieg drohen ständig zu verwischen – anders als in biblischen Texten, die von Krieg handeln. Darauf müssen sich die evangelische Friedensethik und die evangelische Friedensarbeit einstellen. Zum einen gilt es, die Bedrohung durch gezielte Destabilisierungsstrategien, Desinformation, Cyberangriffe und andere Maßnahmen unterhalb der Schwelle klassischer militärische Gewaltanwendung ernst zu nehmen. Denn diese Formen können demokratische Institutionen untergraben und die gesellschaftliche Resilienz schwächen. Zum anderen bedarf es jedoch in diesem Feld auch der besonderen

⁶⁹ Verteidigung BMVg: *Was sind hybride Bedrohungen?* – Selbst die Formulierungen sind ähnlich. - „Hybride Kriegsführung“ dürfte wissenschaftlich ein Null-Begriff sein, der eine Durchblicker-Haltung nur vortäuscht, s. Klaus: *Informationsstelle Militarisierung (IMI)* » „Hybride Kriegsführung“ – Pseudowissenschaftliche Propaganda. – Ein Fall von Kriegspropaganda, s. Morelli: *Die Prinzipien der Kriegspropaganda*, Prinzip Nr. 3, S. 35ff.

Aufmerksamkeit gegenüber einer möglichen Instrumentalisierung. Der Fokus auf hybride Kriegsführung darf nicht dazu führen, dass die Schwelle dessen, was es bedeutet, im Krieg zu sein, ständig gesenkt wird und damit auch die Schwelle zur legitimen Anwendung von Gegengewalt. Schutz vor Gewalt hat eine herausgehobene Stellung als basales Gut. Der Weg zum Krieg ist aufgrund hybrider Kriegsführung fließend, und trotzdem wird man weiterhin klar bestimmen müssen, wann sich zwei Staaten im Krieg befinden. Auch hier muss die evangelische Friedensethik dazu aufrufen, an der engen ethischen und rechtlichen Begrenzung militärischer Gewaltanwendung, auch im Falle der Gegengewalt, festzuhalten.

Schlussendlich wird die evangelische Friedensethik selbst zum Teil der hybriden Kriegsführung, dagegen natürlich.

5.2.5 (Ein historischer Versuch)

(114) - Die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands, die insbesondere seit 1990 auf die Stärkung der internationalen regelbasierten Ordnung setzte, ist unter Druck geraten. Ihr Ziel war, dem sanktionsbewehrten Recht Anerkennung zu verschaffen und für den Konfliktfall das Militär zu einer Art „Weltpolizei“ umzuformen. Europa reduzierte in dieser Zeit seine Militärausgaben, während die USA durchgängig hohe Summen in ihr Militär investierten. Ohne diese Aufwendungen der USA wären internationale Einsätze kaum möglich gewesen. Fortschreitende Wirtschaftsverflechtungen und weitere Kooperationen sollten helfen, eine Lage herzustellen, die es für Staaten unattraktiv machen sollte, einen Krieg zu beginnen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist eine markante Disruption dieser international regelbasierten Ordnung. Erschwerend kommt hinzu, dass die USA, aber auch andere ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats sich als wenig verlässliche Ordnungshüter zeigen und ihre Mitgliedschaft in und ihre Mitwirkung an internationalen Organisationen teilweise aufgekündigt haben, wie etwa der WHO oder dem Weltklimarat.

Der Angriffskrieg der Nato gegen Jugoslawien, der Überfall der USA und ihrer Hilfwilligen auf den Irak und auf Libyen, die Unterstützung islamistischer Terroristen durch die USA in Syrien – all das kommt nicht vor⁷⁰. Die Kosten der Kriege der USA („Weltpolizei“, „internationale Einsätze“) fehlen⁷¹. Eine Ordnung, die Russland gestört hat. – Man muss sich sehr zusammenreißen, eine sachlich angemessene Kommentierung dieses Absatzes ist nur in einem Vokabular möglich, in dem man sich nicht äußern möchte. Und so geht es dieses ganze Kapitel der Denkschrift weiter⁷².

(118) - Die Überzeugung, dass das Recht das entscheidende Mittel zum Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen darstellt, bildet einen wichtigen Bestandteil des Leitbilds des Gerechten Friedens. Dem entspricht es, dass der Einsatz von Gewalt ethisch

⁷⁰ S. dazu Paech: „Neues Völkerrecht für neue Krieg?“

⁷¹ Über die Kosten dieser Kriege findet man Auskunft in Brown University: *Costs of War | Brown University*: Geschätzte vier Millionen Tote, 8000 Milliarden US-Dollar, weiträumige Umweltzerstörungen, die Zerstörung ganzer Volkswirtschaften und die Vertiefung sozialer Ungleichheit in den USA.

⁷² Es gilt schon im Frieden vor dem Krieg: „**Der Nörgler**: Denn der Krieg verwandelt das Leben in eine Kinderstube, in der immer der andere angefangen hat, immer der eine sich der Verbrechen rühmt, die er dem andern vorwirft, und in der die Rauferei die Formen des Soldatenspiels annimmt. Wenn Krieg ist, lernt man das Soldatenspiel der Kinder gering schätzen. Es ist eine viel zu frühe Vorbereitung auf die Kinderei der Erwachsenen. – **Der Optimist**: Das Soldatenspiel der Kinder empfängt jetzt im Gegenteil neue Anregungen. Kennen Sie das Spiel »Wir spielen Weltkrieg«? – **Der Nörgler**: Es ist die ebenso gemeine Kehrseite des Ernstes: Wir spielen Kinderstube.“ Kraus: *Die letzten Tage der Menschheit – Tragödie in fünf Akten*, S. 220

nur dann legitim sein kann, wenn sich dieser am Recht als einer für alle verbindlichen Ordnung sowie den dieses Recht tragenden ethischen Grundsätzen orientiert.

Wenn dem so wäre, enthielte der Text flammende Anklagen gegen die Zerstörung des Völkerrechts durch die USA und andere Nato-Staaten seit dem Krieg gegen Jugoslawien. Da findet man aber nichts. – Die schwer vorgetragenen folgenden theologischen Überlegungen verkommen so zur Heuchelei.

Man kann mit dem Abschnitt an dieser Stelle aufhören. Es wird nicht besser.

5.3 Bekannte friedensethische Fragen benötigen aktuelle Antworten

5.3.1 (Atomwaffen und Politik)

Zwischen politischer Verantwortung und dem ethischen Ziel einer atomwaffenfreien Welt: Nukleare Abschreckung als zu überwindendes Dilemma

(142) - **Eine besondere Aufmerksamkeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland galt der nuklearen Abschreckung, niedergelegt insbesondere in den Heidelberger Thesen 1959 und den Friedensdenkschriften 1981 und 2007. Die Mitgliedskirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR setzten sich ebenfalls intensiv mit diesem Thema auseinander. Auf ihrer Synode 1987 in Görlitz bekannten sie sich ausdrücklich zur „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ und formulierten ein theologisches und friedensethisches Bekenntnis, das als verbindliche Orientierung ihrer Kirchen festgeschrieben wurde. Deutschland besitzt zwar selbst keine Atomwaffen, aber es verfügt über Flugzeuge, die mit in Deutschland gelagerten Atomwaffen der USA bestückt werden können. Damit ist das Problem der „nuklearen Teilhabe“ angesprochen. Während vielen diese nukleare Teilhabe zu weit geht, werden derzeit Stimmen laut, die eine deutsche Beteiligung an einer europäischen Atombewaffnung fordern.**

Stimmt so.

(143) - **Atomwaffen sind eine existentielle Bedrohung für Menschen und ganze Lebensräume. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine macht beispielhaft die Problematik nuklearer Rüstung in heutigen Konflikten deutlich: Zum einen hat der Verzicht der Ukraine auf die auf ihrem Gebiet verbliebenen sowjetischen Atomwaffen wohl mit dazu beigetragen, dass sie Opfer eines konventionellen Angriffs geworden ist. Zum anderen sind die teils versteckten, teils offenen Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen durch die Russische Föderation ein Zeichen dafür, dass auch in einem konventionellen Konflikt die Drohung mit nuklearen Waffen eine entscheidende Rolle spielen kann. In einer Welt, in der nukleare Waffen existieren, ist eine ethische Auseinandersetzung mit dieser Bedrohung unabdingbar.**

Die Ukraine verfügte nach 1991 über keine Atomwaffen, sie waren weiterhin Teil der sowjetischen/russischen Streitkräfte. Sie verzichtete also auf etwas, das sie gar nicht besaß. Explizite offizielle russische Drohungen mit Atomwaffen gegen den Westen sind nicht bekannt⁷³. Allerdings haben sich in Russland seit Beginn des russisch-ukrainischen Kriegs die Atomkriegsdoktrin und die akademische Diskussion über die Funktion von Atomwaffen in gefährlicher Weise geändert⁷⁴.

⁷³ Man kann natürlich vieles interpretieren, vermutlich noch nicht einmal falsch.

⁷⁴ Rossijskaja Gaseta: *Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation vom 19. November 2024 Nr. 991 „Über die Genehmigung der Grundlagen der Staatspolitik der Russischen Föderation auf dem Gebiet der nuklearen Abschreckung“*; Trenin, Awakfjanz und Karaganow: *Von der passiven zur aktiven Abschreckung – Russlands neue Sicherheits- und Geopolitik*

Aber dennoch sind sie in diesem Krieg von Bedeutung. Die Eskalationen erfolgen schrittweise, weil sowohl Russland als auch der Westen eine atomare Eskalation fürchten und vermeiden wollen.

(145) - Die teils offenen, teils versteckten Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen durch die Russische Föderation sind jedoch ein Zeichen dafür, dass auch in einem konventionellen Konflikt nukleare Waffen eine entscheidende Rolle spielen können. In diesem Szenario würden alle Staaten, die nicht glaubwürdig auf eine nukleare Abschreckung verweisen können, zu potenziellen Opfern konventioneller Angriffe von Staaten oder Regimes, die über Atomwaffen verfügen. In dieser Konstellation auf nuklearen Schutz gänzlich zu verzichten, wäre sicherheitspolitisch kaum zu verantworten. So konturiert sich das ethische Dilemma: **Der Besitz von Nuklearwaffen kann sicherheitspolitisch notwendig sein, auch wenn ihr Einsatz durch nichts zu rechtfertigen ist. Eine ethisch richtige Option ist, einseitig auf Atomwaffen zu verzichten. Dies wäre im Blick auf die Folgen in der jetzigen konkreten politischen Situation wiederum kaum politisch zu vertreten. Auch die nukleare Teilhabe oder der Besitz von Nuklearwaffen kann also vor diesem konkreten Hintergrund eine ethisch begründbare Entscheidung sein. Egal welche Option sie wählen, die Verantwortlichen laden Schuld auf sich.**

Es ist richtig, dass die Atomwaffen auch dann von Bedeutung sind, wenn sie nicht in einem Krieg eingesetzt werden. Und deshalb muss ethische Reflexion mit dieser Art von „Einsatz“ der Atomwaffen beschäftigen.

Was jedoch stört, ist die FAZ-mäßige Engführung des Gedankens. Man könnte auch sagen, dass Nordkorea ohne Atomwaffen das Schicksal des Iraks, Libyens oder Syriens erfahren hätte, aber das geht wegen des impliziten politischen Weltbildes nicht.

5.3.2 (Präemptiver Krieg gegen eine Atommacht)

Ein rätselhafter Abschnitt⁷⁵:

(146) - **Die unvergleichlichen Gefahren, welche die nukleare Bewaffnung, aber auch andere Massenvernichtungswaffen mit sich bringen, werfen die Frage auf, ob die strengen Anforderungen an rechtmäßige Selbstverteidigung aufzuweichen sind, wenn es um die Zerstörung oder Verhinderung völkerrechtswidriger Bewaffnung geht.**

Geht es hier darum, ob der Westen mit einem vorbeugend Russland oder jeden anderen Staat angreifen darf⁷⁶? Dieser Abschnitt ergibt einen Sinn im Zusammenhang mit der 2025

⁷⁵ Dieser Abschnitt ist nur wenigen Lesern aufgefallen. Jakob Augstein: „Notwendig sei ‚eine Kirche, die an ihren unwandelbaren Werten festhält, die standhaft ist, und nicht eine, die sich anpasst‘, sagte der Publizist. In diesem Zusammenhang kritisierte er die Anfang des Monats veröffentlichte neue Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) als ‚Katastrophe‘. In dem Papier ‚verdammte die Kirche den Krieg, wie es sich gehört – aber dann findet sie ganz viele Gründe, ihn zu führen‘, kritisierte er. Sie rechtfertige den Besitz von Atomwaffen und rede sogar einem Präventivkrieg das Wort.“ epd: *Augstein: Kirche kann nicht politisch neutral sein*

⁷⁶ Es ginge womöglich um ein Verbrechen nach § 80a StGB. „Aufstacheln zum Verbrechen der Aggression - Wer im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten eines Inhalts (§ 11 Absatz 3) zum Verbrechen der Aggression (§ 13 des Völkerstrafgesetzbuches) aufstachelt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“ Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz: *StGB - nichtamtliches Inhaltsverzeichnis*. – „§13 Verbrechen der Aggression (1) Wer einen Angriffskrieg führt oder eine sonstige Angriffshandlung begeht, die ihrer Art, ihrer Schwere und ihrem Umfang nach eine offenkundige Verletzung der Charta der Vereinten Nationen darstellt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft. (2) Wer einen Angriffskrieg oder eine sonstige Angriffshandlung

(noch) geplanten Stationierung von weitreichenden Waffensystemen⁷⁷, eine Stellungnahme vor der öffentlichen Debatte.

(147) - Allerdings kann die Eigenart der abzuwendenden Gefahr eine Rolle bei der Anwendung der anerkannten Kriterien für rechtmäßige Selbstverteidigung spielen, also insbesondere der Unmittelbarkeit des bevorstehenden Angriffs sowie der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit militärischer Abwehrmaßnahmen. Das hängt mit den kaum vorstellbaren Folgen eines eventuellen Gebrauchs nuklearer Waffen zusammen. Daher kann sich in Extremszenarien die Frage stellen, ob bei der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen durch einen Staat bereits dann eine unmittelbare Angriffsgefahr vorliegt, wenn Trägersysteme und Einsatzbereitschaft absehbar sind, ohne dass ein konkreter Angriff direkt bevorsteht. Dazu muss auch gehören, dass das Ziel der Waffenentwicklung in einem entsprechenden Angriff besteht. Wenn friedliche Mittel der Konfliktbearbeitung ausgeschöpft sind und bewaffnete Gegenwehr die einzig verbleibende Möglichkeit zur Abwehr einer existenziellen Bedrohung darstellt, kann aus ethischer wie völkerrechtlicher Perspektive eine präventive militärische Reaktion gerechtfertigt sein.

Der Inhalt ist letztlich einfach: Dass Atombomben zur Vernichtung der Menschheit führen

im Sinne des Absatzes 1 plant, vorbereitet oder einleitet, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft. Die Tat nach Satz 1 ist nur dann strafbar, wenn 1. der Angriffskrieg geführt oder die sonstige Angriffshandlung begangen worden ist oder 2. durch sie die Gefahr eines Angriffskrieges oder einer sonstigen Angriffshandlung für die Bundesrepublik Deutschland herbeigeführt wird. (3) Eine Angriffshandlung ist die gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit der Charta der Vereinten Nationen unvereinbare Anwendung von Waffengewalt durch einen Staat. (4) Beteiligter einer Tat nach den Absätzen 1 und 2 kann nur sein, wer tatsächlich in der Lage ist, das politische oder militärische Handeln eines Staates zu kontrollieren oder zu lenken. (5) In minder schweren Fällen des Absatzes 2 ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren.“ Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz: *VStGB - nichtamtliches Inhaltsverzeichnis*. – Allerdings kann militärischer Einsatz immer vom einsetzenden Staat immer irgendwie gerechtfertigt werden. „Jede völkerrechtliche Rechtfertigung entzieht einen Militäreinsatz nämlich dem Anwendungsbereich des Art. 26 GG bzw. des Aggressionstatbestandes. Staaten versuchen daher stets, Verstöße gegen das Gewaltverbot zu rechtfertigen, zu legitimieren oder zumindest die ‚friedensstörende Absicht‘ zu ‚relativieren‘. Sie berufen sich bei militärischen Interventionen auf Ausnahmetatbestände wie z.B. auf die ‚präventive‘ Selbstverteidigung, auf den Schutz von eigenen Staatsangehörigen im Ausland oder auf die Rechtsfigur der sog. ‚humanitären Intervention‘. All diese ‚Ausnahmetatbestände‘ sind völkerrechtlich nicht nur ausgesprochen umstritten, sondern bergen auch die Gefahr einer gewohnheitsrechtlichen Weiterentwicklung. Vor allem das Rechtfertigungsargument der ‚Verteidigung‘ führt, wenn es ‚überdehnt‘ wird, tendenziell zu einer Erosion des völkerrechtlichen Gewaltverbots und damit des Kerns der Völkerrechtsordnung.“ Wissenschaftliche Dienste: *Zum Begriff des Angriffskriegs*. – Gibt es noch keine Rechtsprechung zu einem Tatbestand, kann man denken und tun, was man will. Bundeskanzler Schröder war sich von Anfang an der Völkerrechtswidrigkeit des Kriegs gegen Jugoslawien bewusst (Talmon: *At Last! Germany Admits Illegality of the Kosovo Intervention*), die deutsche Bundesanwaltschaft hat die Einleitung eines Verfahrens abgelehnt, Spanner: *„Strafanzeige gegen Schröder“* und Rath: *„Per Strafanzeige gegen den Krieg“*: „Nehm lehnte damals die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die Bundesregierung ab. Die Regierung habe nicht das friedliche Zusammenleben der Völker stören wollen, sondern „die Wiederherstellung des Friedens in der Krisenregion“ bezweckt. Ein Angriffskrieg im Sinne von Paragraph 80 des Strafgesetzbuches liege daher nicht vor, entschied Nehm einen Monat nach Beginn der Luftschläge. Trotz heftiger Kritik musste sich die Friedensbewegung damals mit Nehms Entscheidung abfinden. Ein Klageerzwingungsverfahren vor Gericht ist nicht vorgesehen. Auch gibt es kein Verfahren, das eine gezielte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts erlaubt, obwohl das Verbot des Angriffskrieges auch im Grundgesetz festgeschrieben ist.“ – Dieser Abschnitt der Denkschrift muss öffentlich skandalisiert werden.

⁷⁷ Varwick: *Die Debatte um US-Mittelstreckenraketen in Deutschland – sicherheitspolitische Weichenstellungen der Jahre 2024/2025*

können, müssen wir riskieren⁷⁸, sonst kommt der Russe⁷⁹. Also schlagen wir vorher zu.

Dass im Folgenden hohe ethische Anforderungen an die Eröffnung der Massenvernichtung gestellt werden, ist ohne Belang. In der Tageshetze der Politik wird das kaum von Bedeutung sein. Man kann aber festhalten: Ein Angriffskrieg des Westens gegen wen auch immer ist grundsätzlich erlaubt, mit welchen Folgen für die Menschheit auch immer.

(148) - Hinsichtlich der nuklearen Abschreckung und der nuklearen Teilhabe lassen sich keine eindeutigen, ethisch begründeten Vorgaben treffen, sondern lediglich die genannten Dilemmata festhalten. Denjenigen, die als Volksvertretung diese schwierige Abwägung vornehmen müssen, ist in dieser Entscheidung zur Seite zu stehen.

Obwohl solch eine Politik ethisch unmöglich ist, kann sie militärstrategisch notwendig sein. Und dann wird sie gemacht, wenn auch mit seelsorgerlicher Begleitung. So einfach löst sich das in den Heidelberger Thesen benannte Dilemma, über das jahrzehntelang in der EKD gerungen wurde⁸⁰.

Exkurs: Gollwitzer zum Heidelberger Dilemma⁸¹:

Zu Beginn einer wichtigen Synodalberatung über dieses Thema hat vor einigen Jahren ein namhafter Kirchenführer sofort eine verhängnisvolle Weichenstellung vorgenommen, indem er erklärte, die Kirche dürfe kein Nein sprechen, bei dem sie den verantwortlichen Politikern nicht zugleich sagen könne, wie sie das im politischen Handeln befolgen könnten. ... Er hat getan, als habe die Kirche Gottes Willen zu verantworten wie ihr eigenes Gutdünken, als handle es sich bei den Weisungen des Evangeliums um kirchliche Erlaubnisse und Verbote, die nach dem Maßstabe der Opportunität und der angebbaren Praktikabilität von der Kirche zu beschließen oder zu unterlassen sind. Die echte Frage nach Gottes Willen war damit erfolgreich sabotiert. An ihre Stelle tritt dann das Politisieren.

Des zum Zeichen wurde weithin in der Kirche die Atomwaffenfrage ohne Erröten zu einem politischen Problem erklärt, das mit dem Zentrum, der Versöhnungsbotschaft, nichts zu tun habe. Man tut, als habe die Kirche die freie Wahl, ob und was sie sagen soll. Sie hat aber keine Wahl.

Die Kirche hat Gottes Willen, wie er aus der biblischen Botschaft ihr kund wird, in konkretem Bezug zur jeweiligen Wirklichkeit zu verkündigen, sie hat also heute klar zu sagen, daß ein Atomkrieg nicht mit Glauben und Gehorsam gegen den lebendigen Gott vereinbar ist. Sie hat das aber nicht erst dann zu sagen, wenn sie ein Rezept

⁷⁸ Weil das Risiko „kaum vorstellbar“ ist, wird es gar nicht erst vorgestellt, noch nicht einmal mit einem Terminus eingeführt, auch keinem verschleiern: der atomaren Selbstvernichtung. Der Ursprung dieses Stumpfsinns liegt nach Krippendorff im Ersten Weltkrieg: „... der Erste Weltkrieg war es gewesen, der die Schleusen für alle spätere Brutalisierung und Barbarisierung geöffnet und anscheinend zu einer allgemeinen Abstumpfung und Resignation geführt hat gegenüber dem, was nun an möglich geworden ist.“ Krippendorff: *Staat und Krieg – die historische Logik politischer Unvernunft*, S. 16. Er bezieht sich dabei auf Sigmund Freud.

⁷⁹ Diese theologische Kommission wäre in den Augen Bismarcks unförmlich und leichtsinnig: „Der Gedanke, einen Krieg zu führen, weil er vielleicht späterhin unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden könnte, hat mir immer fern gelegen, und ich habe ihn immer bekämpft (...) ich kann der göttlichen Vorsehung nicht so in die Karten sehen, daß ich das vorher wüßte.“ Nach Krippendorff: *Staat und Krieg – die historische Logik politischer Unvernunft*, S. 22f

⁸⁰ EKD: *Heidelberger Thesen 1959*. Eine kritische Betrachtung, ob sie weiterhin Fixpunkt in der evangelischen Diskussion sein können: Gollwitzer: „*Die Heidelberger Thesen nach einem Vierteljahrhundert*“.

⁸¹ Gollwitzer: „*Zur Einführung*“, S. XIX-XXXI, gekürzt. Dass das bisherige Politikverständnis nicht ausreicht, war in den früheren Zeiten auch außerhalb der Theologie zu lesen, s. Jaspers: *Die Atombombe und die Zukunft des Menschen – Politisches Bewußtsein in unserer Zeit*, S. 54ff: „Das Überpolitische im Opfer“, hier die Opfer der Völker in ihren Freiheitskämpfen. Jaspers hält die Menschheit grundsätzlich für politisch-überpolitisch lernfähig.

gefunden hat, wie man mit dieser Erkenntnis im Atomzeitalter Politik machen kann, und zu schweigen, solange sie dieses Rezept nicht hat. Sie wird sich von dieser zweiten Frage gewiß nicht dispensieren, sondern an ihr in vielfältigen Beratungen teilnehmen, wie es heute vielerorts geschieht. Diese Beratungen sind aber boden- und orientierungslos, wenn ihnen nicht die klare Grundaussage vorausgeht, aus der ihnen gerade die Aufgabe erwächst. Die spezielle und primäre Aufgabe der Kirche sind nicht diese Beratungen, sondern die klare Kennzeichnung dieses heute gegenseitig angedrohten Unternehmens des Atomkrieges als eines Tuns der Sünde, der Verzweiflung, des Unglaubens und des Ungehorsams, an dem teilzunehmen sie jeden Menschen nur dringend warnen kann.

Damit ist auch das Entscheidende für dasjenige Dilemma gesagt, das dadurch entsteht, daß zwar der Atomkrieg nicht mehr ein praktikables Mittel der Politik ist, wohl aber Atomrüstung noch als praktikables und unersetzliches Mittel der Abschreckung erscheint. Der Christ in politischer Verantwortung, der Gottes Gebot nicht für eine lästige Einschränkung der menschlichen Freiheit hält, sondern als Befreiung der Vernunft zu sinnvollem Handeln erkennt, wird sich dadurch nicht tauschen lassen: das Gleichgewicht des Schreckens ist nie ein stabiles Gleichgewicht, voraussichtlich auch dann nicht, wenn der Wettlauf der Erfindungen endlich zu der idealen Abwehrwaffe auf beiden Seiten geführt haben wird; es ist zwar bisher ein Mittel der Kriegsverhinderung gewesen, aber damit noch längst nicht, wie man es euphemistisch nennt, ein Mittel der Friedenssicherung. Denn die Abschreckung funktioniert ja nur, wenn man die Möglichkeit des kriegerischen Ernstfalles einbezieht. Der Christ in politischer Verantwortung, dem es ernst ist mit der Erkenntnis der Gottwidrigkeit des Atomkrieges, wird deshalb die Gefahren der Abschreckungsphase unverstellt sich vor Augen halten und der Abschreckung - was auch andere neben ihm mit ihr bezwecken mögen - nur den Sinn der möglichst rasch zu durchschreitenden Durchgangphase geben können; er wird das Vorhandensein dieser Rüstung nur ausnützen, um vermittels ihres Druckes zu Abkommen und Regelungen zu gelangen, durch die sie endlich ganz liquidiert wird.

Von einer Politik, die den Übergang bewältigt, ist in der Denkschrift nicht die Rede. Hier wäre irgendwo wie in der EKD-Kundgebung von 2019 in der Denkschrift der [Atomwaffenverbotsvertrag](#)⁸² zu erwarten gewesen. Man nimmt sich selbst nicht ernst. –

5.3.3 (Heidelberger Thesen)

Um diesen abenteuerlichen Unsinn zu rechtfertigen, müssen die Heidelberger Thesen neu interpretiert werden:

(149) - Die im Dilemma formulierten Handlungsoptionen zwischen einem vollständigen Verzicht auf Atomwaffen einerseits und einem politisch verantworteten, abschreckenden Besitz andererseits sollte aber – entgegen früherer Deutungen etwa in den Heidelberger Thesen – nicht als komplementär verstanden werden. Denn die Formel der Komplementarität beschreibt die Gleichzeitigkeit von zwei Möglichkeiten, bringt aber nicht hinreichend zum Ausdruck, dass sich aus ethischer Perspektive die nukleare Abschreckung ethisch nur als eine politisch immer zu überwindende Übergangslösung rechtfertigen lässt. Deshalb gilt: **Die Teilhabe an nuklearer Abschreckung darf keinesfalls als Normalität hingenommen werden. Sie ist stets von glaubwürdigen Initiativen zu Rüstungskontrolle, Gewaltminimierung und vertrauensbildender Diplomatie**

⁸² Wikipedia: [Atomwaffenverbotsvertrag](#)

zu begleiten. Es muss also grundsätzlich darum gehen, eine globale gemeinsame Strategie der nuklearen Abrüstung zu entwickeln und diese mit großem Engagement voranzutreiben. Politisch sollte nach Lösungen mit weiteren Bündnispartnern gesucht werden, wie eine solche Abrüstung erfolgen kann.

In These VII der Heidelberger Thesen geht es um die Entscheidung der Einzelnen. Von komplementärer Strategie ist dort nicht die Rede.

Sie sprechen in These I vielmehr von der Notwendigkeit des Weltfriedens. Jeder Krieg müsse unterbleiben, weil auch jeder konventionelle Krieg die Gefahr einer atomaren Eskalation in sich trägt. These III verlangt in einer „**andauernden und fortschreitenden Anstrengung**“ die Abschaffung des Kriegs. Rüstungskontrolle allein würde nicht ausreichen. Dazu wäre eine Strategie weltweiter Abrüstung erforderlich.

Der in der Denkschrift vorgenommene Umbau der Kriterien des Gerechten Friedens macht es der Kirche nicht gerade einfacher, hierzu einen Beitrag zu leisten. Er fehlt also. Kein Zufall also, dass die für jeden zukünftigen Frieden in Europa grundlegende Charta von Paris der Denkschrift unbekannt geblieben ist. Sie kann den Prozess zum Frieden nicht wirklich denken.

Helmut Gollwitzer schrieb schon 1981, dass die Heidelberger Thesen gern selektiv gelesen werden⁸³:

Im enorm gesteigerten Risiko des atomaren Vernichtungsfalles liegt die Veränderung gegenüber den heute wieder viel zitierten »Heidelberger Thesen« der 1957 im Auftrage der EKD gebildeten Kommission über Atomwaffen als Problem der christlichen Ethik. In dieser Kommission war man sich, was von den auf jene Thesen gern sich berufenden Vertretern der Militärseelsorge in der Bundeswehr übersehen wird, einig darüber, daß die Lehre vom »gerechten Krieg« auf den mit ABC-Waffen geführten Krieg nicht angewendet werden kann, weil »er zerstört, was er zu schützen vorgibt«, daß also im Konfliktfall »das Recht keine Waffe mehr hat«, weil diese Art von »Waffen« nicht mehr Waffen des Rechts sein können (These 5), und daß nur das »Ziel der Vermeidung des Atomkrieges und der Herstellung des Weltfriedens« (These 6) die vorläufige (These 8) Beteiligung an der Atomrüstung, »komplementär« zur Verweigerung dieser Beteiligung (These 6), rechtfertigen kann; dabei gehöre es zur Aufgabe der Kirche, »das Bewußtsein ständig wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf« (These 10). Ich kann mich nicht genau erinnern, ob damals in unserer Kommission schon das Wort »Gnadenfrist« gebraucht worden ist. Jedenfalls steht in dem vor der Kommission gehaltenen Vortrag von Günter Howe der Satz: Die Kirche »wird dem Politiker sagen müssen, daß jeder Tag in einer gefährlichen Weise verloren ist, an welchem wir nicht nur mit der Bombe, sondern auch von der Bombe (oder der unserer Bundesgenosse leben, ohne die uns gewährte Frist genützt zu haben«. Analog, sagt das Zweite Vatikanische Konzil: Das Gleichgewicht des Schreckens gilt nur noch für eine begrenzte »Frist, die uns noch von oben gewährt wurde« und die wir »nützen« müssen, »um mit geschärftem Verantwortungsbewußtsein Methoden zu finden, unsere Meinungsverschiedenheiten auf eine Art und Weise zu lösen, die des Menschen würdiger ist. Die göttliche Vorsehung fordert dringend von uns, daß wir uns von der alten Knechtschaft des Krieges befreien«.

Die fast 25 Jahre seither sind also mit nichts als »verlorenen Tagen« angefüllt - eine vertane Frist mit rasch ablaufender Sanduhr. Denn das Gegenteil vom Abbau der Atomrüstung zugunsten anderer Politik der Friedenssicherung ist geschehen. Das Vernichtungspotential wurde weiter aufgetürmt, das Wettrennen der

⁸³ Gollwitzer: „Die Heidelberger Thesen nach einem Vierteljahrhundert“, S. 71ff

quantitativen und qualitativen Rüstungssteigerung ging als logische Konsequenz der gebetsmühenhaft hergeleiteten Magie-Formeln »Abschreckung« und »Gleichgewicht« weiter; ständig stehen militärtechnologische Durchbrüche in Aussicht, mit denen man hofft, den Gegner aus dem Rennen zu werfen. Weil das immer teurer wird, bedarf man u.a. des Waffenexports, um die Kapazitäten der eigenen Rüstungsindustrie zu erhalten, und pflastert deshalb den Erdball voll mit Waffen, vorerst noch unterhalb der atomaren Grenze, durch die verantwortungslose Lieferung von Kernkraftwerken aber deren Überschreiten schon überall ermöglichend; denn der Nonproliferation-Vertrag ist dafür sicher kein garantierendes Hindernis.

So haben wir die »Gnadenfrist« nur ideologisch zur Rechtfertigung der Beibehaltung der Atomrüstung benützt, nicht wirklich, nicht zum Abbau dieser Menschheitsgefährdung. Was hätte geschehen müssen? Alle Energie, die für die Rüstungssteigerung verwendet wurde, hätte für ihre Minderung eingesetzt werden müssen - in hartnäckigen Verhandeln für *dieses* Ziel, in Konferenzen, Verträgen, vertrauensbildenden Maßnahmen, kalkulierten einseitigen Vorleistungen, mit bereitwilligem Aufgreifen von Abrüstungsvorschlägen der anderen Seite.

Die Denkschrift hat die Heidelberger Thesen entsorgt, geräuschlos, indem sie ihre ethische Bedeutung hervorhob und sie gleichzeitig politisch auf Null brachte⁸⁴.

Der fachkundige Journalist Andreas Zumach⁸⁵ bewertet dies gegenwärtige Wendung der EKD so⁸⁶:

Die Führung der evangelischen Kirche in Deutschland – der EKD-Rat – veröffentlichte 1959 die sogenannte Heidelberger These: «Die Kirche muss die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.»

Dieses «heute noch» von vor 65 Jahren ist seitdem immer wieder verlängert worden durch den Rat der EKD in einer Reihe vom Rat so bezeichneter «Friedensdenkschriften». Die letzte Denkschrift wurde im November 2025 veröffentlicht. Sie hat mit Friedensdenkschrift nichts mehr zu tun, sondern ist eine einzige Rechtfertigung der Aufrüstungspolitik, wie sie im Moment in Deutschland und anderen Ländern betrieben wird. Mit Blick auf die Atomwaffen geht die Formulierung in der Denkschrift sogar noch weiter als bisher, indem sie die Option einer eigenständigen atomaren Bewaffnung Europas offenhält.

⁸⁴ Ein Günther Anders ist vergessen; über „die Bombe“: „Daß ihr geringster Effekt, wenn sie eingesetzt würde, größer wäre als jeder noch so große von Menschen gesetzte (politisch, militärische) Zweck; daß ‚*effectus transcendit finem*‘; und daß ihr Effekt nicht nur größer wäre als ihr angeblicher Zweck, sondern daß er aller Voraussicht nach jede weitere Setzung von Zwecken überhaupt in Frage stellen würde also auch jede weitere Verwendung von Mitteln, mithin das *Mittel-Zweck-Prinzip als solches auslöschen* würde. – Einen derartigen Gegenstand ein ‚Mittel‘ zu nennen, wäre absurd.“ Anders: *Über die Seele des Menschen im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*, S. 249, über den Einsatz der „Bombe“ zur Abschreckung genannten Erpressung S. 216ff. Und dennoch haben wir keine Angst: „Schon die Todesangst von zehn Menschen nachzufühlen, ist uns zuviel. Vor dem Gedanken der Apokalypse aber streikt die Seele. Der Gedanke bleibt nur ein Wort.“ Anders: *Über die Seele des Menschen im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*, S. 69. Anders spricht von „Apokalypse-Blindheit“ als Folge einer Trennung von Verstand und Gefühl im Zuge der Technikentwicklung, s. Schubert: *Günther Anders mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, S. 75-81 – Wie solche Texte möglich sind: „Die Antiquiertheit des Konformismus“, in: Anders: *Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution* Bd. 1, S. 193-207. – Jahrzehnte später hat man sich an alles gewöhnt. – Es gibt aber auch Widerspruch zum Umgang mit dem Atomwaffen in der Denkschrift, s. Beyer-Grimm, Jens (epd): *Friedensforscherin: EKD-Denkschrift geht bei Atomwaffen zu weit - Evangelische Zeitung*.

⁸⁵ Wikipedia: *Andreas Zumach*

⁸⁶ Zumach: *Das Gerede über eine europäische Atomstreitkraft*

Der Selbstbetrug liegt darin, dass die Denkschrift einerseits weiterhin behauptet, die Bereithaltung von Atomwaffen zur Abschreckung – und damit auch die Androhung ihres Einsatzes – sei auch für Christen legitim. Gleichzeitig spricht man sich gegen deren Einsatz aus.

Das geht natürlich nicht. Es gilt entweder oder: Wenn man glaubwürdig abschrecken will und droht, ist man auch bereit, Atomwaffen einzusetzen. Sonst verliert diese Drohung an Glaubwürdigkeit. Das wäre Selbstbetrug. Damit hat sich zumindest die Führung der evangelischen Kirche in Deutschland als glaubwürdiger Akteur in der friedenspolitischen Debatte weitgehend verabschiedet.

An der Basis der evangelischen Kirche gibt es allerdings massiven Widerspruch und Gegenschriften mit guten theologischen, moralisch-ethischen und politischen Gegenargumenten zu der Denkschrift.

Momentan wächst allerdings die Gefahr eines Atomwaffenkriegs⁸⁷

5.3.4 (Kriegsdienstverweigerung)

Der Abschnitt zur Kriegsdienstverweigerung ist recht lang: Die Abschnitte 156 bis 172, die Seiten 121-137. Dass das Thema von großer Bedeutung ist, kann nicht bestritten werden. Dass in Abschnitt 164 der aktuelle Gesetzgebungsvorgang kommentiert werden muss und in 166 sogar der Einsatzort eine Frage evangelischer Ethik sein muss, ist dann doch schon seltsam. Militärangehörige diskutieren ihre Praxisprobleme.

Wenn der Schutz der Bürger Aufgabe des Staates ist, wenn der Schutz des Nächsten vor Gewalt Pflicht eines Christenmenschen ist, dann kann es zunächst keine grundsätzlichen Einwände gegen eine Wehrpflicht geben. Ihre weitere Ausgestaltung – z. B. ob auch Frauen einbezogen werden – ist Aufgabe des Gesetzgebers, nicht von theologischen Kommissionen.

(161)- Solange man davon ausging, dass Europas Frieden grundsätzlich durch eine regelbasierte Ordnung und mit der Hilfe der USA gesichert sei, stellte sich diese Frage zwischen individueller Gewissensentscheidung und kollektiver Verteidigung indes nur am Rande. Unter dem Eindruck der Veränderungen nach dem Ende der Blockkonfrontation und der Erwartung, in Zukunft würde es in einem friedlichen Europa für die Bundeswehr allenfalls um Einsätze im Rahmen der Sicherung der internationalen Rechtsordnung gehen, wurde die Bundeswehr zu Streitkräften umgestaltet, in denen Soldatinnen und Soldaten freiwillig Dienst leisten. Die grundgesetzlich für Männer verankerte Wehrpflicht wurde ausgesetzt, gerade auch weil der staatspolitische Rechtsgrund einer Wehrpflicht fortzufallen schien. Der Aspekt der Landesverteidigung trat damit immer weiter zurück. Dies gelang, weil die Aufgaben in hohem Maße anderen Partnern in der NATO, insbesondere den Vereinigten Staaten, überlassen wurden. Erst mit der Erfahrung des Krieges in der Ukraine hat sich die Diskussionslage verändert, verstärkt noch durch die schrittweise außen- und sicherheitspolitische Umorientierung der USA. **Die offenkundige Missachtung der internationalen Rechtsordnung zeigt, dass Sicherheit derzeit nicht allein, möglicherweise auch nicht vorrangig durch die Stabilisierung der internationalen Rechtsordnung erreicht werden kann. Vielmehr ist die eigene sicherheitspolitische Resilienz, zu der auch die Verteidigungsfähigkeit und die Abschreckungsfähigkeit gehören, neu zu bedenken.** In diesem Kontext sind auch

⁸⁷ In Russland wird momentan der Einsatz von Atomwaffen im gegenwärtigen Krieg diskutiert, Karaganow: „Wie Russland einen neuen Weltkrieg gewinnen kann“, Kaschin: „Die eiserne Prosa der Realität“. Noch sind die Befürworter eines Einsatzes in der Minderheit. Während ich dieses schreibe, höre ich im Radio vom Einsatz einer neu entwickelten atomwaffenfähigen Hyperschall-Rakete gegen Kiew, Tagesschau: *Russischer Großangriff verwüstet Kiew – Moskau setzt Oreschnik-Rakete ein.*

die Fragen nach einer möglichen Rückkehr zur Wehrpflicht oder die einer allgemeinen Dienstpflicht wieder stärker in den Fokus gerückt.

(162)- Den Ausgangspunkt der entsprechenden Debatten bildet die Überlegung, dass es aus verteidigungspolitischer Sicht zu einer Situation kommen kann, in der eine adäquate personelle Aufstellung der Bundeswehr die Rückkehr zum verpflichtenden Wehrdienst nötig macht. **In einer Zeit, in der sicherheitspolitische Ungewissheiten wieder stärker werden und die Verlässlichkeit traditioneller Bündnispartner nicht mehr uneingeschränkt garantiert ist, gilt es, eigene Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung substanziell auszubauen.** Ein allgemein verpflichtender Wehrdienst könnte helfen, diese Fähigkeiten zu sichern – sowohl quantitativ, indem so die Truppenstärke erhöht werden kann, als auch qualitativ, indem ein breiteres gesellschaftliches Bewusstsein für Sicherheitsfragen geschaffen wird.

Die Wehrpflicht wird mit einer bestimmten politischen Sicht der Entwicklung der internationalen Beziehungen begründet. Diese Auffassung wurde in der Denkschrift an keiner Stelle begründet; das ist auch nicht erforderlich, denn es hat eine **offenkundige Missachtung der internationalen Rechtsordnung** gegeben. **Offenkundig** ist offenkundig, sie Sonne steigt **offenkundig** im Osten auf, also ist die Erde **offenkundig** eine Kugel.

Dass die Denkschrift sich um gegenteilige Auffassungen nicht schert, ist schon klar gestellt⁸⁸. Sie ist nicht bewusst, dass sie damit keine Orientierung für Gewissen geben kann. Die staatliche Obrigkeit hat schon deshalb Anspruch auf die jungen Männer und auch Frauen, weil sie die Obrigkeit ist.

Aber dennoch regen sich die Gewissen⁸⁹.

(167)- Über diese Problemstellungen hinausgehend ist aus der hier entwickelten Orientierung an den vier Dimensionen des Gerechten Friedens heraus die Konzentration auf die Wehrpflicht als zu kurz greifend zu kritisieren. Denn diese Verengung verkennt, dass nicht nur aufgrund der Empirie moderner Kriegsführung, gerade angesichts hybrider Kriege und gezielter Destabilisierungsversuche, sondern auch aufgrund der Mehrdimensionalität des Gerechten Friedens Verteidigungsfähigkeit und Resilienz nicht nur in den Händen des Militärs liegt. Es geht vielmehr um eine umfassende sicherheitspolitische Resilienz, weil Sicherheit und Friede in der Bundesrepublik und der EU vielfältig bedroht sind. Daher müssen die Wege zu Sicherheit und Friede auch vielfältig gestaltet sein. Hier sind der Bereich von Krankenversorgung und Pflege sowie der Katastrophenschutz ebenso zu berücksichtigen wie der Schutz kritischer Infrastruktur oder auch die Förderung sozialer Kohäsion, nicht zuletzt durch Friedensbildung. Die Modernisierung des Wehrdienstes sollte in ein umfassendes friedenspolitisches Konzept eingebettet werden. **Nur im Verbund verschiedener Formen des Engagements für Sicherheit und Frieden lässt sich bürgerschaftliche Widerstandsfähigkeit erreichen, die die**

⁸⁸ Eine kurze heutige Darstellung s. Sachs: *Jeffrey Sachs an Bundeskanzler Merz: Verhindern Sie offenen Krieg mit Russland!* Jeffrey Sachs (Wikipedia: *Jeffrey Sachs* hat einer päpstlichen Kommission einen Entwurf für einen Frieden zwischen Russland und der Ukraine mitgearbeitet, Schulenburg: *Erreichen eines gerechten und dauerhaften Friedens in der Ukraine*.

⁸⁹ Anpalagan: „Theologe gegen Kriegsdienstverweigerung: ‚Wer seine eigenen Söhne nicht gibt, liefert die Kinder der anderen aus‘“. „Deutschland, das ist meine tiefe Überzeugung, ist ein wunderbares Land mit wunderbaren Menschen, die es verdient haben, gegen alle inneren und äußeren Gefahren verteidigt zu werden. Es bleibt uns in unserer neuen Welt keine andere Wahl, als den Kampf gegen unsere Feinde aufzunehmen und uns zu verteidigen. Für unsere Werte zu kämpfen und unsere Mitmenschen zu beschützen.“ – Das Problem Deutschlands ist die gottenschlechte Regierung, die Deutschland sehenden Auges in einen Krieg führt, der von Anfang an vermeidbar war. Und die „wunderbaren Menschen“ lassen das zu. Also gehören auch sie zum Problem.

freiheitliche Ordnung schützt. Daher greift die Fokussierung auf eine mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht zu kurz, so sehr ihre politische Priorisierung auch aus der grundlegenden Bedeutung des Schutzes vor Gewalt plausibel erscheint. Es sollte jedoch zugleich in Betracht gezogen werden, ob eine allgemeine Dienstpflicht eingeführt werden könnte, die einem umfassenden Friedenskonzept, wie skizziert, Rechnung tragen kann. Allerdings würde eine solche allgemeine Dienstpflicht, so sehr sie aus ethischer Perspektive erstrebenswert scheint, gewichtige rechtliche und politische Fragen aufwerfen. Denn sie erfordert eine Änderung des Grundgesetzes, da Art. 12 Abs. 2 GG einen Arbeitszwang nur „im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht“ gestattet. Darüber hinaus wäre auch zu klären, ob eine allgemeine Dienstpflicht zu den „üblichen Bürgerpflichten“ gehört, die Art. 4 Abs. 3 Buchstabe d) der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) nicht als verbotene Zwangs- oder Pflichtarbeit ansieht.

Weil die vier Dimensionen des Gerechten Friedens, an erster Stelle die Sicherheit, letztlich alle Bereiche des Lebens umfassen, muss letztlich jeder Bereich des Lebens unter den Sicherheitsimperativ gestellt werden. Die Sicherheit wird total, gar totalitär, denn jeder Bürger hat sich jederzeit mit jeder Faser seiner Existenz dieser Sicherheit dienend zu unterwerfen. Weshalb eine theologische Kommission dann auch an Rechtstexten herumpolitisieren kann⁹⁰.

Dieser Abschnitt zeigt wie kein anderer, dass diese Denkschrift zugleich unterwürfig gegenüber der Obrigkeit und opportunistisch ist.

5.3.5 (Legitime Gewalt)

(174)- Die Legitimität der Androhung bzw. Ausübung von Gewalt müssen zunächst die politischen Verantwortlichen sicherstellen und einsichtig machen. Soldaten und Soldatinnen sind in Deutschland weisungsgebunden. Sie dienen in einer parlamentarisch legitimierten Bundeswehr. Die Verantwortung des einzelnen Soldaten bzw. der einzelnen Soldatin bleibt von der politischen Entscheidung aber unberührt. **Er und sie haben die Androhung bzw. Ausübung von militärischer Gewalt vor ihrem Gewissen zu verantworten.**

Im realen Leben reicht es, wenn die Verantwortlichen die Legitimität eines Einsatzes bloß behaupten. Jeder wusste 1999, dass der Angriff gegen Jugoslawien rechtswidrig war, also behauptete man eine Art höherer Gerechtigkeit⁹¹. Es zeigte sich auch sehr schnell, dass die Einsätze von Nato-Staaten und anderen in Afghanistan zum einen keinen nachvollziehbaren Grund hatten, zum anderen zu keinem sinnvollen Ende geführt werden konnte. Dennoch haben die Soldatinnen und Soldaten mitgemacht.

Nie hat sich einer dieser Soldaten verantwortlich für irgendetwas gezeigt. Die Generäle der Bundeswehr dürften sowohl um die Rechtswidrigkeit des einen Kriegs gewusst haben wie um die Sinnlosigkeit des anderen. Es gab noch nicht einmal Gerüchte über heimliche kritische Bemerkungen aus der Führung der Bundeswehr. Und wenn dennoch alle mitgemacht haben, dürfte das mit Korpsgeist, Gruppendruck und finanziellen Bindungen zu erklären sein.

⁹⁰ Es will ernsthaft wirken, macht aber den Eindruck einer übergriffigen Lächerlichkeit.

⁹¹ Varwick: *NATO in (Un-)Ordnung wie transatlantische Sicherheit neu verhandelt wird*, S. 151f

5.3.6 (Ausklang)

(180)- Wer so betet, dass Gottes Friede erfahrbar wird, und sei diese Erfahrung auch noch so fragmentarisch, handelt aber auch anders – nicht aus Kalkül, sondern aus Vertrauen in Gott. Wer sich vom Frieden Gottes berühren lässt, gewinnt Kraft zum Handeln. Daraus folgt: **Die Botschaft, die vom Frieden Gottes ausgeht, beschränkt sich nicht auf fromme Innerlichkeit. Sie drängt hinaus in die Welt, prägt den Alltag, das Miteinander, das politische und soziale Engagement.**

Wie mag ein atheistischer Kritiker der gegenwärtigen Außen- und Militärpolitik diesen Abschnitt über das Beten von Angehörigen der Bundeswehr lesen? – Das muss hier nicht ausgeführt werden.

(186)- Friede braucht soziale Gerechtigkeit. Armut, Ausgrenzung und ungleiche Bildungschancen gefährden nicht nur individuelles Leben, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. **Deshalb gehört zur Friedensethik und, daraus abgeleitet, zur Friedensarbeit der Einsatz für gerechte Strukturen – lokal und global.** Christlicher Glaube kennt keinen Frieden ohne Teilhabe und Befähigung, keine Gerechtigkeit ohne Engagement für die Schwachen.

Deshalb hätte man am Abschnitt über die Rüstung gerne mehr gelesen.

(187)- **Gerechter Friede braucht einen friedensfördernden Umgang mit Pluralität.** Die Einzigartigkeit jedes einzelnen Menschen und all der unterschiedlichen Befähigungen und Bedürfnisse sprechen unbedingt dafür, Pluralität grundsätzlich zu fördern. Die Kraft für ein friedvolles Zusammenleben von Pluralität gilt es zu stützen. In der erlösungsbedürftigen Welt wird es aber immer auch destruktive Mächte geben. Wo sie den Frieden gefährden, müssen sie eingehegt werden.

Die Denkschrift ist nun gerade kein Ausdruck von Pluralität, sie kennt nur eine einzige politische Sichtweise. Alles andere gehört in die hybride Kriegsführung des Feinds. (Das sagt die Denkschrift zwar nicht explizit, praktiziert sie aber.)

(188)- **Gerechter Friede kann sich am umfassendsten in pluralen Demokratien entfalten.** Plurale Demokratien sind in besonderer Weise auf die Beteiligung mündiger und informierter Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Kirchen können Räume schaffen, in denen Dialog gelingt, Würde geachtet wird und politische Bildung stärkt, was andernorts fragil geworden ist. Gerade in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft braucht es solche Orte der Verständigung, die auf dem Vertrauen gründen, dass diese Welt eine andere sein kann.

Mit dieser Denkschrift wird gerade kein Dialog geschaffen. Eine Kirche dieser Denkschrift wäre nur ein religiös argumentierender Propagandaapparat.

(190)- **Friedensbildung ist zentral für jede friedensfähige Gesellschaft. Sie gründet auf der Vermittlung sachlicher Information einerseits und auf der Förderung der Reflexionsfähigkeit andererseits.** Damit ermutigt sie zur Gestaltung von Frieden im eigenen Umfeld und darüber hinaus, auch und gerade unter komplexen weltpolitischen Bedingungen. Als Bildungsauftrag der ganzen Gesellschaft gehört Friedensbildung in Schulcurricula und in die politische Bildung. Aufgabe der Kirche ist es, eine auf Gewissensbildung angelegte Friedensbildung in Religions- und Konfirmandenunterricht, in Erwachsenenbildung und Gemeindegarbeit vor dem Hintergrund neuer politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen stetig fortzuentwickeln. Friedensbildung ist eine geistliche, ethische und politische Aufgabe zugleich. Denn sie macht Menschen zu Trägerinnen und Trägern von Hoffnung und Verantwortung.

Weder informiert diese Denkschrift „sachlich“ noch fördert sie die „Reflexionsfähigkeit“. Das ist in dieser Kritik klipp und klar nachgewiesen. Der Zweck dieses Abschnittes kann nur sein, dass gesagt wird, was das Publikum hören möchte. Inhaltlich ist das ohne Bedeutung.

Num ist Ende. Es reicht.

6 Kritiken und andere Stimmen

Kritiken

- Beyer-Grimm, Jens (epd): *Friedensforscherin: EKD-Denkschrift geht bei Atomwaffen zu weit* - *Evangelische Zeitung*, URL: <https://evangelische-zeitung.de/wissenschaftlerin-ekd-denkschrift-geht-bei-atomwaffen-zu-weit/>.
- Bürger, Peter: *Umdenkschrift zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden*, edition pace 43, 2026, URL: https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/media/pdf/Umdenkschrift_2026.pdf
Eine umfangreiche Sammlung von Texten aus Kirche, Politik und Publizistik.
- *Umdenkschrift II zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden*, edition pace 44, 2026, URL: <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/media/pdf/LE-Umdenkschrift-Zwei%202026.pdf>
Weitere Stellungnahmen aus Kirche, Politik und Publizistik.
- Fernando Enns – Interview: «*Als Kirchen müssen wir die realpolitische Friedenslogik des Evangeliums einbringen*», reformiert.info, URL: <https://reformiert.info/de/politik/lals-kirchen-muessen-wir-die-realpolitische-friedenslogik-des-evangeliums-einbringen-25481.html> (besucht am 24. 05. 2026)
„Ich bin ziemlich entsetzt. Zwar hatte ich von der Stossrichtung über meine ökumenischen Beziehungen schon vorher gehört. Doch als das Dokument vorlag, hat es mich doch bestürzt: Die Friedensdenkschrift ist eindeutig ein Rückschritt.“
- Franz, Nicolai: *Die EKD rückt den Pazifismus an den Rand – ein Fehler*, PRO | Das christliche Medienmagazin, 14. Nov. 2025, URL: <https://www.pro-medienmagazin.de/die-ekd-rueckt-den-pazifismus-an-den-rand-ein-fehler/> (besucht am 04. 06. 2026).
- Kätkmann, Margot: *Ausgebürgert*, URL: <https://dfg-vk.de/ausgebuegert-dr-margot-kaessmann-zur-ekd-friedensdenkschrift/> (besucht am 04. 06. 2026).
- Seidel, Stefan: *Zeitenwende statt Entfeindung* | *zeitzeichen.net*, URL: <https://zeitzeichen.net/node/12202> (besucht am 22. 03. 2026).

Andere Stimmen

- Bingener, Reinhard: *Die EKD und der Pazifismus: Ein richtiger Bruch*, FAZ.NET, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-ekd-und-der-pazifismus-ein-richtiger-bruch-110773859.html> (besucht am 24. 05. 2026)
„Die evangelische Kirche vollzieht einen reichlich späten, aber darum nicht weniger richtigen Bruch mit ihrer bisherigen Friedensethik. Angesichts des brutalen russischen Überfalls auf die Ukraine stellt die Kirche klar, dass eine auf Humanität ausgerichtete, rechtsstaatliche Demokratie notfalls auch mit der Waffe gegen Autokraten verteidigt werden soll.“
- Buschow, Corinna: *Debatte über EKD-Friedenspapier: Wadephul vermisst Ukraine-Position* / *Evangelische Friedensarbeit*, URL: <https://www.evangelische-friedensarbeit.de/epd-meldungen/debatte-ueber-ekd-friedenspapier-wadephul-vermisst-ukraine-position> (besucht am 24. 05. 2026).
- epd: *Augstein: Kirche kann nicht politisch neutral sein*, PRO | Das christliche Medienmagazin, 28. Nov. 2025, URL: <https://www.pro-medienmagazin.de/augstein-kirche-kann-nicht-politisch-neutral-sein/> (besucht am 04. 06. 2026).

7 Resumee

Der grundlegende und nicht korrigierbare Fehler dieses Textes ist, dass er eine durchaus passable theologische Tradition mit Nato- und BMVg-Propaganda vermischt. Er entzieht sich jeder differenzierten Analyse der gegenwärtigen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, er verweigert sich jeder Kontroverse⁹², respektiert genau damit nicht das Bedürfnis der Menschen, christlichen und nichtchristlichen, sich mit eigenem Kopf selbständig zu orientieren. Der Text eröffnet die Möglichkeit eines Angriffskriegs mit unvorstellbaren Folgen.

Der gedankliche Horizont dieser Denkschrift ist in Größenordnungen enger als der der Heidelberger Thesen. Diese Thesen sind in einer Kommission entstanden, die aus Persönlichkeiten mit sehr gegensätzlichen Auffassungen zusammengesetzt war; Beispiele sind der Militärbischof Hermann Kunst und der Theologe Helmut Gollwitzer. Genau diese Spannung führte zu einem Text, der noch Jahrzehnte später als Referenz zitiert wird⁹³. Diese Denkschrift 2025 wird bald verschämt zu den Akten gelegt werden.

Die Heidelberger Thesen geben dem Einzelnen eine Orientierung: Ihm werden die Zusammenhänge und möglichen Folgen seiner Haltung gezeigt, ohne dass ihm die Entscheidung genommen wird. Die Denkschrift 2025 kennt nur eine richtige Analyse und deshalb nur einen richtigen Weg.

Sie lässt einen kirchengeschichtlichen Bruch erkennen: Die durch Krieg und Nachkrieg geprägte Theologenschaft der Bekennenden Kirche und der Kirchlichen Bruderschaften ist weggestorben. Sie gibt es nicht mehr in kirchlichen Leitungen und an theologischen Fakultäten. Die Theologen der 1968er Jahre sind entweder pensioniert oder haben sich bellizistisch so angepasst wie die Grünen, denen sie oft nahe standen.

Diese Kirche ist wieder Obrigkeitkirche, Thron und Altar, nicht orientierungslos, denn gehorsam⁹⁴.

⁹² Im Politikunterricht an den Schulen könnte man kontroverses Material vorlegen, Leps: *Material zum russisch-ukrainischen Krieg*. Ob Unterricht angesichts solcher politischer Maßnahmen Behörde für Schule: *Bildungssektorin Bekeris und Landeskommandeur Leonards unterzeichnen Kooperationsvereinbarung* gelingt, ist eine andere Frage. Die GEW hat sofort dagegen Stellung bezogen, GEW Hamburg: „*Bildung und militärische Sicherheit?*“

⁹³ Die hohe Qualität der „Heidelberger Thesen“ – unabhängig von der Frage, ob sein Inhalt noch aktuell ist – folgt daraus, dass sie wie ein Resultat einer Dilemma-Diskussion nach Kohlberg/Lind entstanden sind, Landesbildungsserver Baden-Württemberg: *Moralische Dilemmadiskussion*, Lind: *Dilemma-Discussion KMDD*.

⁹⁴ Ein neuer Schleiermacher wird diese Denkschrift in einer neuen Schrift „Über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern“ als Beleg verwenden: „So oft ein Fürst eine Kirche für eine Korporation erklärte, für eine Gemeinschaft mit eignen Vorrechten, für eine ansehnliche Person in der bürgerlichen Welt – und es geschah nie anders als wenn bereits jener unglückliche Zustand eingetreten war, wo die Gesellschaft der Gläubigen und die der Glaubensbegierigen, das wahre und das falsche, was sich bald wieder auf immer geschieden hätte, bereits vermischt war, denn ehe war nie eine religiöse Gesellschaft groß genug um die Aufmerksamkeit der Herrscher zu erregen – so oft ein Fürst sage ich zu dieser gefährlichsten und verderblichsten aller Handlungen sich verleiten ließ, war das Verderben dieser Kirche unwiderruflich beschlossen und eingeleitet. . . . Er ist aber auf eine noch unmittelbarere Art Ursach, daß das Band zwischen der wahren Kirche und der äußeren Religionsgesellschaft sich gelöst hat. Denn nachdem er dieser jene unselige Wohltat erwiesen meinte er ein Recht auf ihre tätige Dankbarkeit zu haben, und hat sie belehnt mit drei höchst wichtigen Aufträgen in seinen Angelegenheiten. Der Kirche hat er mehr oder weniger übertragen die Sorge und Aufsicht auf die Erziehung; unter den Auspizien der Religion und in der Gestalt einer Gemeinde, will er, daß das Volk unterrichtet werde in den Pflichten, die seine Gesetze nicht fassen, und beredet zu sittlichen Gesinnungen; und von der Kraft der Religion und den Unterweisungen der Kirche fordert er, daß sie ihm seine Bürger wahrhaft mache in ihren Aussagen. Und zur Vergeltung für diese Dienste die er begehrt beraubt er sie nun – so ist es ja fast in allen Teilen der gesitteten Welt, wo es einen Staat und eine Kirche gibt – ihrer Freiheit, er behandelt sie als

Diese Denkschrift bereitet die „kriegstüchtige Kirche“⁹⁵ vor. Das ist ihre Aufgabe.

Kirchliche Friedensgruppen können diesen Text nicht ansatzweise akzeptieren.

Örtliche Gremien der Kirche sollten sich mit ihm gründlich beschäftigen. Er kann dort keinen Bestand haben.

Dieser Text der politischen Fehlbeurteilungen hat keine Zukunft. Der Rat der EKD wäre gut beraten, wenn er den Text zurückzieht. Einige theologischen Teile des Textes mag man vielleicht behalten können, alles andere gehört unwiderruflich in die Tonne. Ein neuer Text wird gebraucht. Dieser Text müsste nicht nur die protestantischen kriegs- und friedensethischen Traditionen darlegen, sondern vor allem einen Blick auf die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft zeigen, der die Kontroversen aufnimmt, sie mit ausgewiesenen Kriterien bewertet und so dem Einzelnen eine selbständige Orientierung in den Wirren der Zeit ermöglicht.

eine Anstalt die er eingesetzt und erfunden hat, und freilich ihre Fehler und Mißbräuche sind fast alle seine Erfindung, und er allein maßt sich die Entscheidung darüber an, wer tüchtig sei als Vorbild und als Priester der Religion aufzutreten in dieser Gesellschaft.“ Schleiermacher: *Über die Religion*, S. 140, 143

⁹⁵ „Teil 3 der Denkschrift, der sich mit diesen Themen befasst . . . , liest sich wie eine militärkirchliche Dienstleistung für den Staat und scheint überhaupt der eigentliche Zweck bzw. Kern des ganzen Dokumentes zu sein. Das mag übertrieben erscheinen“ Bürger: *Umdenkschrift zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden*, S. 13. Dagegen spricht dieser Entwurf: EKD: *Ökumenisches Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall – Ein internes Arbeitspapier der evangelischen und katholischen Kirche*. Die Kirchen sollen genauso wie Krankenhäuser (Frankfurter Rundschau: *Krankenhäuser sollen kriegstauglich werden – Beschäftigte protestieren*) im Rahmen des „Operationsplans Deutschland“ (Bundesministerium der Verteidigung: *Operationsplan Deutschland: Wie verteidigen wir unser Land?* und Wikipedia: *Operationsplan Deutschland*) kriegstüchtig gemacht werden. Dazu Marquart: *Arbeitspapier der Kirchen: Seelsorge im Krieg* und Krum: *Kirche und Krieg: Umfassend einsatzbereit*. Man darf erwarten, dass die Kirchen im nächsten Text vom Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e.V.: *GRÜNBUCH ZMZ 4.0* im Abschnitt „Vorbereitung der Versorgung einer großen Anzahl Verwundeter bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens für die Bevölkerung“ mit erwähnt werden.

Anhang: Materialien

Die Texte sind teilweise gekürzt.

1 Heidelberger Thesen 1959

Quelle: EKD: *Heidelberger Thesen 1959*

These I Der Weltfriede wird zur Lebensbedingung des technischen Zeitalter

In der verworrenen Debatte über das Atomproblem suchen die Menschen mit Recht nach einer einfachen Aussage, die zum Leitfaden des Handelns werden könnte. Wir glauben, daß diese Einfachheit nicht in Regeln gefunden werden kann, welche einzelne Handlungen gebieten oder verbieten, wohl aber im Ziel des Handelns. Dieses Ziel muß die Herstellung eines haltbaren Weltfriedens sein. Früheren Zeiten mußte der Weltfriede als ein wahrscheinlich unerreichbares Ideal erscheinen. Christen mußten geneigt sein, ihn erst mit dem Jüngsten Gericht zu erwarten. Für unser technisches Zeitalter aber wird er zur Lebensbedingung. Er beginnt heute genau deshalb möglich zu werden, weil er notwendig wird.

Die Notwendigkeit des Weltfriedens ist kein Satz des Christentums und erst recht kein schwärmerischer Satz, sondern eine Aussage der profanen Vernunft. Der Weltfriede des technischen Zeitalters ist nicht das Paradies auf Erden.

These II Der Christ muß von sich einen besonderen Beitrag zur Herstellung des Friedens verlangen.

Obwohl die Notwendigkeit des Weltfriedens ein Satz der profanen Vernunft ist, hat die Christenheit auf dem Wege zu ihm eine besondere Aufgabe. Der rational geplante Friede hat die Zweideutigkeit, die sich zum Beispiel darin zeigt, daß er mit der rational geplanten Sklaverei Hand in Hand gehen könnte. Den Christen und durch sie allen ihren Brüdern ist gesagt: In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden. Durch die Christen sollte der Friede Gottes in der Welt wirksam werden, der allein den Frieden der Welt zum Segen werden lassen kann.

Wie kann das geschehen? Wir wenden uns zunächst wieder der Aufgabe zu, die die profane Vernunft vorschreibt.

These III Der Krieg muß in einer andauernden und fortschreitenden Anstrengung abgeschafft werden.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit der Abschaffung des Krieges ist nicht identisch mit seiner tatsächlichen Abschaffung. Seit 1945 finden ständig begrenzte Waffengänge statt. Daß in zukünftigen begrenzten Konflikten Atomwaffen eingesetzt werden, ist möglich, ja wachsend wahrscheinlich. Daß ein solcher Kampf in den totalen Weltkrieg umschlägt, ist jederzeit möglich.

Die Fortdauer der Kriege macht es nötig, ständig weiter an der Humanisierung des Krieges zu arbeiten. Hierzu gehört der unerläßliche Versuch, auch in Zukunft den Einsatz von Atomwaffen in lokalen Konflikten zu verhindern. Wir würden es aber für einen verhängnisvollen Irrtum halten, wollte man in der Fortdauer begrenzter Kriege einen stabilen Zustand sehen. Nicht die Ausschaltung der Atomwaffen aus dem Krieg, sondern die Ausschaltung des Krieges selbst muß unser Ziel sein.

Die Kapitulation gegenüber einer diktatorischen Weltmacht rechnen wir nicht zu den realen Möglichkeiten. Die Menschheit ist heute dazu nicht bereit. Im übrigen würde die Kapitulation vor der Gewalt, auch wenn sie zunächst äußere Ruhe herstellen mag, den Frieden schwerlich

dauerhaft sichern, da siegreiche Gewalt mit sich selbst und mit den Unterdrückten in Konflikt kommen wird. Alle anderen Wege aber sind langwierig, und ihr Erfolg ist ungewiß.

These IV Die tätige Teilnahme an dieser Arbeit für den Frieden ist unsere einfachste und selbstverständlichste Pflicht.

Die größte Gefahr für den Frieden ist, daß die Zeitspanne, die uns das gegenwärtige Kräftegleichgewicht läßt, in träger Resignation vertan wird. Lähmung ist die schlimmste Wirkung der Angst, Satttheit ist meist nur ihr Deckmantel. Weite und Unsicherheit des Wegs rechtfertigen nicht den Verzicht auf den ersten Schritt.

These V Der Weg zum Weltfrieden führt durch eine Zone der Gefährdung des Rechts und der Freiheit, denn die klassische Rechtfertigung des Krieges versagt.

Es ist seit langem die herrschende Lehre der Christenheit gewesen, daß der Christ, auch wenn er auf die Gewalt zum Selbstschutz zu verzichten bereit ist, ihrer zum Schutz seiner Mitmenschen nicht entraten könne. Ihre Anwendung wurde durch Regeln des rechten Gebrauchs eingeschränkt. In bezug auf den Krieg waren diese in der Lehre vom gerechten Krieg zusammengefaßt, die ja nicht eine Rechtfertigung, sondern eine Begrenzung des als unvermeidlich anerkannten Übels des Krieges bezweckte. Krieg sollte nur zur Abwehr größeren Übels und nur so geführt werden, daß er nicht selbst zum größeren Übel wurde. Niemand kann leugnen, daß dieses Prinzip in der Christenheit durch die Jahrhunderte hindurch immer wieder flagrant verletzt worden ist. Aber wenigstens war sein prinzipieller Sinn klar; wenigstens die Möglichkeit seiner Anwendung bestand.

Wir sehen nicht, wie dieses Prinzip auf den Atomkrieg noch angewandt werden kann. Er zerstört, was er zu schützen vorgibt. Wie können wir die Erhaltungsordnung, die der Schöpfer gewollt hat, zur Rechtfertigung atomarer Kriegführung in Anspruch nehmen? Wir brauchen die subjektive Aufrichtigkeit derer nicht in Zweifel zu ziehen, die von der Entwicklung kleiner und sauberer Atomwaffen eine Humanisierung des Atomtodes erhoffen, ebensowenig wie die Möglichkeit, daß einmal begrenzte Konflikte mit diesen Waffen ausgefochten werden können; aber auch ihre Wirkung ist schlimm genug, die Gefahr einer Überschreitung so künstlich gezogener Grenzen des Einsatzes vorhandener Waffen ist groß genug, um uns die Errichtung einer neuen stabilen Ordnung humaner Kriegführung mit ihnen als ausgeschlossen erscheinen zu lassen.

Dies aber bedeutet, daß in unserer Welt Lagen eintreten, in denen das Recht keine Waffe mehr hat. Die ultima ratio der kriegerischen Selbsthilfe wird durch die Mittel, derer sie sich bedienen müßte, lebensgefährlich und moralisch unerträglich; eine Instanz, an die sich das bedrängte Recht, die bedrängte Freiheit mit Aussicht auf Erfolg wenden könnte, besteht aber für viele Fälle nicht. Einzelne Völker und Gruppen waren immer in der Geschichte in dieser Lage; heute gewinnt sie eine universelle Bedeutung.

Zusammengefaßt erscheint sie den Bürgern der westlichen Welt in dem Dilemma, ob sie die Rechtsordnung der bürgerlichen Freiheit durch Atomwaffen schützen oder ungeschützt dem Gegner preisgeben sollen. Wir glauben zwar, daß die Berufung auf dieses Dilemma in vielen Fällen ein bloßer Vorwand für eine Politik ist, die in Wahrheit nationale oder persönliche Macht zum Ziel hat. Auch verkennen wir nicht, daß die Bürger kommunistischer Staaten die Überzeugung haben können, daß sie sich bezüglich des Schutzes der ihnen wichtigen Züge ihrer Gesellschaftsordnung in einem entsprechenden Zwiespalt befinden. Wie aber auch immer das Dilemma ausgedrückt oder umgedeutet werden mag - wir können nicht leugnen, daß es heute tatsächlich die Weltpolitik überschattet.

These VI Wir müssen versuchen, die verschiedenen, im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres Handeln zu verstehen.

Die Spandauer Synode der EKD von 1958 hat zu diesen Entscheidungen die Sätze gesagt: »Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann. Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung führen«.

Die Liebe muß uns drängen, die Gründe des Bruders, der sich anders entscheidet als wir, mit besonderer Sorgfalt zu prüfen und sie zu verstehen, auch wo wir sie verwerfen. Freilich gibt es Fälle, in denen Verstehen nicht zu duldender Anerkennung führen darf. Wir glauben jedoch, daß es für nach außen entgegengesetzte Entscheidungen im Atomproblem einen gemeinsamen Grund geben kann, von dem aus verstanden sie einander geradezu fordern.

Der gemeinsame Grund muß das Ziel der Vermeidung des Atomkrieges und der Herstellung des Weltfriedens sein. Keine Handlungsweise, die nicht auf diesem Grund ruht, scheint uns für einen Christen möglich. In der gefährdeten und vorbildlosen Lage unserer Welt können aber Menschen von verschiedenem Schicksal und verschiedener Erkenntnis verschiedene Wege zu diesem Ziel geführt werden. Es kann sein, daß der eine seinen Weg nur verfolgen kann, weil jemand da ist, der den anderen Weg geht. Mit einem aus der Physik entlehnten Wort nennen wir solche Wege komplementär.

These VII Die Kirche muß den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen.

Der absolute Waffenverzicht der Friedenskirchen ist in früheren Zeiten von den herrschenden Kirchen verurteilt worden. Die Überzeugung breitet sich heute auch bei denen aus, die nicht Pazifisten sind, daß dieser Verzicht als eine den Christen mögliche Haltung anerkannt werden muß. Die Schrecken der Atomwaffen sind so groß, daß wir es als unbegreiflich empfinden müßten, wenn sich ihnen gegenüber ein Christ nicht wenigstens ernstlich prüfe, ob der Verzicht auf sie, ohne Rücksicht auf die Folgen, nicht unmittelbar verständliches göttliches Gebot ist.

Die einzige und begriffliche Rechtfertigung des Besitzes von Atomwaffen ist, daß ihre Anwesenheit heute den Weltfrieden vorläufig schützt. Ihre Anwesenheit wirkt aber nur, wenn mit ihrer Anwendung für bestimmte Fälle gedroht wird. Die Drohung wirkt nur, wenn die Bereitschaft, ernst zu machen, vorausgesetzt werden kann.

Eine Rechtfertigung ihres tatsächlichen Einsatzes durch die traditionelle Kriegsethik vermögen wir aber nicht mehr zu geben.

Dieser Gedankengang hat nach unserer Ansicht jedenfalls eine allgemeine und eine individuelle Konsequenz.

Die allgemeine Konsequenz ist, daß die Unmöglichkeit einer grundsätzlichen Rechtfertigung des Atomkriegs nach der Lehre vom gerechten Krieg ausdrücklich anerkannt werden muß. Über die Frage, ob Atomrüstung gleichwohl gerechtfertigt werden kann.

Die individuelle Konsequenz ist, daß jeder, den sein Gewissen drängt, hieraus die Konsequenz eines vollen freiwilligen Verzichts auf jede Beteiligung an diesen Waffen zu ziehen, von der Kirche in dieser Haltung anerkannt werden muß. Auch wer die entgegengesetzte Entscheidung trifft, weiß nicht, ob nicht jener den Weg gewählt hat, der mehr im Sinne des Evangeliums ist. In Lagen wie diesen erschließt oft genug erst das Wagnis die Erkenntnis, zeigt erst der getane Schritt den festen Boden, auf den der Fuß beim nächsten Schritt gesetzt werden kann.

Daß diese Entscheidung die einzige dem Christen mögliche sei, behaupten wir jedoch nicht. Ob oder unter welchen Umständen sie von der des vollen Verzichts auf jeden Kriegsdienst noch getrennt werden kann, erörtern wir nicht.

These VIII Die Kirche muß die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.

Verzichtete die eine Seite freiwillig auf Atomwaffen, so wäre die totale militärische Überlegenheit der anderen Seite damit besiegt. Wir können nur glauben, daß derjenige, der sich zum persönlichen Atomwaffenverzicht entschließt, weiß, was er tut, wenn er sich diese Konsequenz eines allgemeinen Verzichts der einen Seite klarmacht. Voraus wissen kann man die Folgen einer solchen Verschiebung der Machtverhältnisse nicht. Aber in dem uns näherliegenden Fall, daß es die westliche Welt wäre, die einen solchen Verzicht leistete, kann wenigstens das Risiko nicht geleugnet werden, daß unsere Begriffe von Recht und Freiheit für unabsehbare Zeit verlorengehen. Wie weit oder unter welchen Voraussetzungen in der Welt, die dann auf uns wartet, christliches Leben möglich wäre, wissen wir ebenfalls nicht.

Uns scheint jedoch, daß, da auf beiden Seiten Risiken stehen, die wir als nahezu tödlich empfinden müssen, der Weg des Friedensschutzes durch Atomrüstung heute nicht verworfen werden kann. Es muß nur unbedingt feststehen, daß sein einziges Ziel ist, den Frieden zu bewahren und den Einsatz dieser Waffen zu vermeiden; und daß nie über seine Vorläufigkeit eine Täuschung zugelassen wird.

These IX Für den Soldaten einer atomar bewaffneten Armee gilt: Wer A gesagt hat, muß damit rechnen, B sagen zu müssen; aber wehe den Leichtfertigen!

Für den Christen stellt sich die Frage atomarer Bewaffnung oft weniger als die ihm praktisch entzogene politische Entscheidung über Ja oder Nein solcher Rüstung, sondern als die seines persönlichen Wehrdienstes. Aber indem er sich dem militärischen Gehorsam unterstellt, erklärt er sich bereit, die größten vorhandenen Waffen gegebenenfalls auch anzuwenden; die Drohung, die ja den Frieden schützen soll, ist sonst illusorisch.

Wie fragwürdig diese Lage immer bleibt, zeigt jedoch die folgende Überlegung: Sollte es zum Ausbruch eines atomaren Krieges kommen, so könnten wir als Rechtfertigung des Einsatzes dieser Waffen – da wir die traditionelle Rechtfertigung dafür ausdrücklich verworfen haben – nur die Feststellung zulassen, daß die Drohung ohne Bereitschaft zum Ernstmachen sinnlos gewesen wäre; daß also nun die Folgen des Versagens des Friedensschutzes durch diese Drohung eingetreten und von uns zu tragen sind. Der Christ wird dies nicht anders denn als ein Gericht Gottes über uns alle verstehen können.

These X Wenn die Kirche überhaupt zur großen Politik das Wort nimmt, sollte sie den atomar gerüsteten Staaten die Notwendigkeit einer Friedensordnung nahebringen und den nicht atomar gerüsteten raten, diese Rüstung nicht anzustreben.

Es schiene uns sinnlos, wenn die Kirche die Weltmächte heute zum Verzicht auf die Atomrüstung bereden wollte. Hingegen ist es ihre Aufgabe, das Bewußtsein ständig wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf. Ihre Sache war es immer, sich auch dann mit einem Zustand nicht zufriedenzugeben, wenn die Welt ihn für unabänderlich hielt. Leider sind heute oft die Nichtchristen eher bereit, solche Änderungen für möglich zu halten, als die Majorität der Christen.

Den noch nicht atomar gerüsteten Ländern kann die Kirche, so scheint uns, vom Streben nach dieser Rüstung nur abraten. Sie muß den Blick über die Grenzen der einzelnen Nation auf die Gefahren des »Atomaren Chaos« richten. Sie wird das können, ohne in politischen Einzelfragen über das Maß ihrer tatsächlichen Information hinaus Partei zu nehmen.

These XI Nicht jeder muß dasselbe tun, aber jeder muß wissen, was er tut.

Quelle: Atomzeitalter - Krieg und Frieden, herausgegeben von Günter Howe, Witten/Berlin 1959, S. 226-236.

2 Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens 2007

Quelle EKD: *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*

Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen

Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Nach dem Ende des Kalten Krieges, der Überwindung der europäischen Teilung und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den Jahren 1989/1990 stellten sich zahlreiche neue friedensethische und friedenspolitische Herausforderungen. Die Hoffnung, aus der Überwindung des globalen Konflikts zwischen den USA und der Sowjetunion ergebe sich eine »friedenspolitische Dividende«, erfüllte sich nicht. Gewaltsame Auseinandersetzungen auf dem Balkan, der Zerfall staatlicher Autorität in verschiedenen Regionen Afrikas und Asiens sowie die Privatisierung der Gewalt in Händen von Warlords und Bürgerkriegsparteien stellten mit neuer Dringlichkeit die Aufgabe vor Augen, die Gewalt der Herrschaft des Rechts zu unterwerfen.

Übereinstimmend werden in dieser Denkschrift Grundsätze und Maximen vertreten, die ebenso einfach wie überzeugend sind: Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten. Wer aus dem Frieden Gottes lebt, tritt für den Frieden in der Welt ein. Gerechter Friede in der globalisierten Welt setzt den Ausbau der internationalen Rechtsordnung voraus. Staatliche Sicherheits- und Friedenspolitik muss von den Konzepten der »Menschlichen Sicherheit« und der »Menschlichen Entwicklung« her gedacht werden.

Diese klaren Leitgedanken verbinden sich mit konkreten und spezifischen Handlungsoptionen. So ist etwa mit der geforderten Rechtsförmigkeit einer internationalen Friedensordnung der Anspruch verknüpft, dass diese Rechtsordnung dem Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung verpflichtet ist und die Anwendung von Zwangsmitteln an strenge ethische und völkerrechtliche Kriterien bindet.

Hannover, im Oktober 2007

Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber (Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland)

Einleitung

(1) Friede ist keine Selbstverständlichkeit. Ihn zu wahren, zu fördern und zu erneuern, ist eine immerwährende Aufgabe.¹ Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der militärisch aufgeladenen Blockkonfrontation öffnete sich der Horizont für Verständigung und Kooperation. Die großen Weltkonferenzen in den 1990er Jahren zeugen von umfassenden Bemühungen um gemeinsame normative und politische Grundlagen in verschiedenen Politikfeldern. Der in der christlichen Ethik unauflösliche Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit, der sich im Leitbild des »gerechten Friedens« begrifflich artikuliert, wurde und wird in vielfältigen Foren diskutiert und politisch formuliert. An diesem Leitbild orientiert sich die Hoffnung auf einen dauerhaften irdischen Frieden.

(2) Zugleich sind seit 1989/90 aber auch neue Friedensgefährdungen und Konfliktlinien sichtbar geworden: Es bilden sich nicht nur neue globale Strukturen heraus; gleichzeitig zerfallen Staaten. Weltweite Netze werden aufgebaut; gleichzeitig erhöht sich die Verletzlichkeit von Menschen, Staaten und Gesellschaften. Die Machtkonstellationen auf der internationalen Ebene verschieben sich und militärische Mittel erfahren erneut Bedeutungszuwachs; gleichzeitig zeigt sich militärische Ohnmacht angesichts politischer Aufgaben einer dauerhaften Friedenssicherung.

(3) Vermehrte globale Verflechtungen erhöhen – wenn auch meist auf asymmetrische Weise – wechselseitige Abhängigkeiten. Politische Steuerung bedarf gesteigerter Abstimmung und Umsicht.

(4) Nie zuvor in der Geschichte sind räumliche Entfernungen durch Kommunikationsmedien und Technologien so stark relativiert worden, doch bilden sich neue gewaltträchtige Konflikte

entlang kultureller und religiöser Begegnungslinien. In dieser komplexen Situation ist das institutionelle Geflecht der Vereinten Nationen (sowie anderer internationaler Organisationen und zivilgesellschaftlicher Initiativen) von großer Bedeutung, ihr Potenzial wird aber durch ein an partikularen Interessen orientiertes Denken und entsprechendes politisches Handeln geschwächt.

(5) Diese Schrift geht davon aus, dass in einer dichter vernetzten Welt kooperatives Handeln zwischen Staaten und Gesellschaften unabdingbar geworden ist. Im ersten Kapitel werden die Friedensgefährdungen der Gegenwart knapp skizziert. Sie bilden die Folie, auf der im zweiten Kapitel der biblisch begründete Beitrag der Christenmenschen und Kirchen für den Frieden in der Welt entfaltet wird. Dazu gehören der Verkündigungsauftrag ebenso wie Bildung und Erziehung, Schutz und Beratung der Gewissen, Arbeit für Versöhnung und eine Entfaltung des Leitbildes vom gerechten Frieden.

(6) In der ökonomisch zerklüfteten sowie politisch und kulturell pluralen Weltgesellschaft bedarf die Annäherung an eine dauerhafte Friedensordnung mehr denn je solcher Instrumente und Prinzipien des Rechts, die ihrerseits orientiert sind an der Vorstellung eines gerechten Friedens. Die aus dem Leitbild des gerechten Friedens folgenden Anforderungen an eine globale Friedensordnung als Rechtsordnung werden im dritten Kapitel entwickelt. Dies schließt eine Ethik rechtserhaltender Gewalt für die internationale Sphäre ein, welche auch die Grenzen militärischen Gewaltgebrauchs markiert. Indem sich die christliche Kirche die Perspektive der Friedensordnung als Rechtsordnung aneignet, macht sie sich selbst zu einer Anwältin des gerechten Friedens.

(7) Das vierte Kapitel widmet sich konkreten friedenspolitisch relevanten Gestaltungsfeldern, wie sie sich aus der Darstellung der Friedensgefährdungen ergeben. Hervorgehoben werden die Aufgaben der Stärkung universaler multilateraler Institutionen und – damit verbunden – der Wahrnehmung von Europas friedenspolitischer Verantwortung. Orientiert an der Würde des Menschen sind die konkreten Schritte auf dem Weg zu rechtem Frieden an den tatsächlichen Lebensbedingungen der einzelnen Menschen auszurichten. Institutionen und Handlungsweisen müssen sich daran messen lassen, ob sie einen Zugewinn für die Sicherheit der Menschen vor Gewalt, Unfreiheit und Not darstellen, Entfaltungsmöglichkeiten der Einzelnen fördern, kulturelle Vielfalt anerkennen und damit zu friedensfördernden sozialen Beziehungen weltweit beitragen. Dies sind die an Gewaltvorbeugung orientierten Aufgaben, die mit einer weitsichtigen Friedenspolitik verbunden sind und so dem Leitbild des gerechten Friedens dienen.

(8) Im Vergleich zu der Epoche, in der 1981 die letzte umfassende Friedensdenkschrift der EKD erschien, sind viele, damals ungeahnte, positive Entwicklungen eingetreten. Das Ende des Ost-West-Konflikts, der Abbau der über Jahrzehnte massiven Zusammenballung von Truppen und Waffensystemen in Mitteleuropa und die radikale Reduzierung der Nuklearwaffen beseitigten die Gefahr eines »Schlachtfelds Deutschland«, wo das, was man verteidigen wollte, zunächst größtenteils zerstört worden wäre. Das unerwartet wiedervereinigte Deutschland hat von diesen Entwicklungen auch für seine Sicherheit am stärksten profitiert. Die sukzessive Erweiterung der Europäischen Union (EU), des Europarats, der Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO), deren Partnerschaften sowie die Weiterentwicklung der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) zur OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) haben die Vision von einem »freien und geeinten Europa« ihrer Verwirklichung näher gebracht.

(9) Doch von der erhofften »neuen Weltordnung« ist die Menschheit noch weit entfernt. Eher ist von neuer Weltordnung zu sprechen. Alte Konflikte und neue Sicherheitsgefährdungen verbinden sich darin mit den zunehmend friedens- und sicherheitsrelevanten sozioökonomischen Problemen und neuen machtpolitischen Interessen in unserer Welt. Die internationale Gemeinschaft ist sich der Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit im beginnenden 21.

Jahrhundert bewusst. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat in seinem Bericht »In größerer Freiheit. Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle« von 2005 – neben internationalen Kriegen und Konflikten – zivile Gewalt, organisierte Kriminalität, Terrorismus, Massenvernichtungswaffen sowie Armut, tödliche Infektionskrankheiten und Umweltzerstörung benannt, die »für viele Menschen den Tod oder eine Verminderung ihrer Lebenschancen bedeuten« und geeignet sind, »die Staaten als das tragende Element des internationalen Systems (zu) untergraben«. Er erinnert an das vorgeordnete Millenniumsziel eines »Dreieckes von Entwicklung, Freiheit und Frieden«. Er zeigt auf: Sicherheit hängt in der Welt heute von einem allgemein geteilten Verständnis dafür ab, dass die verschiedenen Bedrohungen, die jeweils in »einer Weltregion als höchst dringlich angesehen werden, für alle gleichermaßen von höchster Dringlichkeit sind«.

3 Kundgebung der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 6. Tagung 2019

Quelle EKD: *Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens*

Lass ab vom Bösen und tue Gutes;
suche Frieden und jage ihm nach! (Ps 34,15)

Als Christinnen und Christen, die sich im Gottesdienst und im Gebet in den Frieden Gottes stellen, haben wir Anteil an der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein. Sie bildet den Ausgangspunkt und den Kern der Friedenstheologie und -ethik, die wir als christliche Kirchen in das Ringen um den Frieden in der Welt einbringen.

Der Friede Gottes ist umfassend; unsere Umsetzungen sind partikular. Gottes Frieden umfasst ein Leben in Würde, den Schutz vor Gewalt, die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen, den Abbau von Ungerechtigkeit und Not, die Stärkung von Recht, Freiheit und kultureller Vielfalt. Die grundlegende Differenz zwischen dem, was wir für den Frieden tun, und dem Frieden Gottes führt uns von der Klage in das Lob Gottes. Diese Differenz wehrt jeder Sakralisierung politischer Positionen, auch unserer eigenen. Sie begrenzt unsere menschlichen Auseinandersetzungen heilsam. Sie fördert nüchterne Unterscheidungen und ermöglicht Selbstkritik und Gelassenheit.

Der Friede Gottes überwindet Grenzen, Mächte und Gewalten. Gott steht den Opfern bei. Das geschieht aber nicht durch eine Steigerung der Gewalt, sondern durch Überwindung der Logik der Gewalt: indem Gott Mensch wird und sich in Christus selbst verwundbar macht. Der neue Himmel und die neue Erde, in der sich Gerechtigkeit und Friede küssen, liegen uns noch voraus. Aber wir gestalten schon im Hier und Jetzt mit Hoffnung und Ausdauer, mit Klarheit und Mut eine Friedensordnung. Christus ist unser Friede (Eph 2,14). Christus richtet uns durch seine Gerechtigkeit auf und nimmt uns mit auf seinen Weg. Wir sind gerufen, uns aufrecht und mündig mit unseren Kompetenzen und Ressourcen, auch mit unseren Schwächen, an Christi gewaltfreiem Friedenshandeln auszurichten und Verantwortung für einen gerechten Frieden zu übernehmen.

Vor 30 Jahren fand die friedliche Revolution in der DDR statt, mit brennenden Kerzen in den Händen und Friedensgebeten in überfüllten Kirchen – gewaltfrei. Das empfinden wir nach wie vor dankbar – in Ost wie in West – als ein großes Geschenk. Die Mauer fiel, die deutsche und europäische Teilung konnte überwunden werden, Demokratie und Freiheit wurden dazugewonnen. Jedoch sind nicht alle Mauern in Köpfen und Herzen überwunden worden, neue werden errichtet.

Der Überwindung der alten Blockkonfrontation ist eine internationale Weltordnung gefolgt, die bestimmt ist durch eine Multipolarität, in der neben den Großmächten eine Vielzahl weiterer Akteure miteinander konkurrieren. Neue Konfliktlinien entstanden, Kriege wurden geführt und geschürt. Im Jahr 2007 hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland vor diesem Hintergrund in der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ dem Leitbild des Gerechten Friedens verpflichtet und sich für einen klaren Vorrang für gewaltfreie, zivile Instrumente der Konfliktbearbeitung ausgesprochen. Sie betont den engen Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit und von Frieden und Recht. Den Einsatz militärischer Mittel hält sie ausschließlich als „rechtserhaltende Gewalt“, die als äußerstes Mittel (ultima ratio) erwogen werden darf, unter engen Kriterien für legitim. Der Einsatz von Gewalt ist immer eine Niederlage und stellt uns vor die Frage, ob wir im Vorfeld alles zur Prävention und gewaltfreien Konfliktlösung getan haben.

Seit der Friedensdenkschrift der EKD aus dem Jahr 2007 hat sich die Situation erneut geändert:

- Aus innerstaatlichen Konflikten entstehen zunehmend Kriege, in die Großmächte und/oder Nachbarstaaten involviert sind.
- Der internationale Terrorismus verändert und verschärft die Konflikte.
- Die Ausgaben für Rüstung und Militär steigen deutlich.
- Die Bilanz militärischer Einsätze, die zur Beendigung von Menschenrechtsverletzungen führen sollen, ist enttäuschend.
- Hybride Kriege, Kriegsführung im Cyberraum, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und automatisierte sowie teilautonome Waffensysteme werfen grundlegende ethische Fragen auf.
- Die regelbasierte multilaterale Weltordnung ist in der Krise. Großmächte kündigen internationale Verträge zur Rüstungskontrolle und stellen internationale Abkommen in Frage.
- Der zunehmende Zerfall von Staatlichkeit in vielen Regionen der Welt verändert die sicherheitspolitische Herausforderung.
- Das gesellschaftliche Klima wird rauer, Reden und Handeln werden gewaltförmiger.

Eine gerechtere, ressourcenschonendere und die Würde aller Menschen achtende Weltordnung ist der wichtigste Beitrag für mehr globale Sicherheit und weniger Konflikte. Die wichtigen globalen Herausforderungen lassen sich nicht militärisch lösen, sie bedürfen des politischen Ausgleichs sowie der Berücksichtigung des Rechtes und des Wohles aller Beteiligten. Vor allem aber bedürfen sie der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens.

1.- Der Weg der Gewaltfreiheit

Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage sind, Probleme und Konflikte in allen Bereichen gesellschaftlichen und politischen Lebens auf konstruktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten. Es gibt erprobte Konzepte und Instrumente dafür, Wege aus Gewalt und Schuld zu finden, einander vor Gewalt zu schützen und Versöhnungsprozesse zu gestalten – in Friedenszeiten wie in Krisen- und Kriegssituationen. Auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens hören wir Gottes Ruf in die Gewaltfreiheit. Wir folgen Jesus, der Gewalt weder mit passiver Gleichgültigkeit noch mit gewaltsamer Aggression begegnet, sondern mit aktivem Gewaltverzicht. Dieser Weg transformiert Feindschaft und überwindet Gewalt, und er achtet die Würde aller Menschen, auch die von Gegnerinnen und Gegnern.

Das Leitbild des Gerechten Friedens setzt die Gewaltfreiheit an die erste Stelle. Das wollen wir im Gebet, im eigenen Friedenshandeln und im gesellschaftlichen Dialog immer weiter einüben. Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, militärische Gewalt und kriegerische Mittel zu überwinden. Vom Gerechten Frieden her zu denken heißt, den Grundsatz zu befolgen: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.“ Deshalb setzen wir uns mit ganzer Kraft für die Vorbeugung und Eindämmung von Gewalt ein.

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung stärken wir die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften und fordern den Ausbau der Friedens- und Konfliktforschung und die verlässliche Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Ausstattung.

Prävention ist die nachhaltigste Form der Friedenssicherung. Deshalb fordern wir die Priorisierung von Haushaltsmitteln des Bundesetats – mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes – für entwicklungspolitische Maßnahmen, für die Bekämpfung von Gewaltursachen, für Krisenprävention, für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und für Nachsorge und zivile Aufbauarbeit in Krisenregionen.

5.- Herausforderungen durch Autonomisierung, Cyberraum und Atomwaffen

Autonomisierung und Teilautonomisierung von Waffen

Eine neue friedensethische Herausforderung stellen automatisierte, teilautonome und unbemannte Waffensysteme dar, die auch zur Gefahrenabwehr und damit zum Schutz nicht nur von Soldatinnen und Soldaten, sondern auch von Zivilisten und Zivilistinnen eingesetzt werden. Gleichzeitig gibt es vielfältige Risiken: ein Absinken der Hemmschwelle zum militärischen Einsatz, eine Entgrenzung des Krieges oder auch die völlig ungelösten Fragen der Kontrolle und Verantwortung für die Folgen einer militärischen Aktion. Mit steigendem Autonomisierungsgrad werden diese Risiken größer und betreffen im Falle autonomer und teilautonomer Systeme auch elementare Fragen der Menschenwürde.

Bei autonomen Waffen, die der menschlichen Kontrolle entzogen sind, treten wir für eine völkerrechtliche Ächtung ein und appellieren an die Bundesregierung, sich für ein verbindliches Verbot von autonomen Waffensystemen einzusetzen. Wir unterstützen die internationale Kampagne „Stop Killer Robots“ zur Ächtung sogenannter Killerroboter.

Cyberraum

Cyberangriffe unterscheiden sich fundamental von herkömmlichen Formen der Kriegführung. Sie finden scheinbar „vollkommen blutlos“ im virtuellen Raum statt, können aber dramatische Wirkungen zeitigen, insbesondere wenn sie vitale Infrastrukturen wie Strom- oder Wasserversorgung treffen. Viele Staaten, auch Deutschland, reagieren darauf mit der Einrichtung von militärischen Cyberkommandos. Ihre Bindung an rechtsstaatliche Verfahren, ihre Kontrolle durch die staatlichen Organe und ihre Verbindung mit nichtmilitärischen Einrichtungen der Aufklärung und Gefahrenabwehr ist zu sichern und zu stärken. Entscheidend ist unter anderem die Resilienz, das heißt die Schaffung sicherer und widerstandsfähiger Infrastrukturen und Vorkehrungen für deren Wiederherstellung. Diese einzurichten und weiterzuentwickeln, ist zuvorderst eine Aufgabe für Politik und Wirtschaft.

- Wir sprechen uns dafür aus, bei der Cyber-Abwehr vor allem zivile Strukturen und defensive Maßnahmen zu stärken.
- Wir sehen die Notwendigkeit, zur Vermeidung bzw. Regelung von Konflikten im Cyberraum auf der Grundlage ethischer Kriterien ein völkerrechtlich verbindliches Cyberrecht zu entwickeln und einzuführen. Die Bundesregierung sollte sich im Rahmen der UN dafür einsetzen.

Atomwaffen

Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen und eine existentielle Bedrohung des gesamten menschlichen Lebensraums. Schon die Friedensdenkschrift von 2007 betont, dass die „Drohung mit Nuklearwaffen nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung“ betrachtet werden kann. Politisches Ziel bleibt deshalb ein Global Zero: eine Welt ohne Atomwaffen. Während dieses Ziel breiter Konsens ist, ist der Weg dorthin umstritten. Dennoch erscheint uns heute angesichts einer mangelnden Abrüstung, der Modernisierung und der Verbreitung der Atomwaffen die Einsicht unausweichlich, dass nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen. Der Bruch des Budapester Memorandums zu Lasten der Ukraine ist ein massiver Rückschlag im Bemühen um weitere atomare Abrüstung. Die Aufkündigung des INF-Vertrages erhöht noch einmal das Risiko einer nuklearen Aufrüstung. Je länger Atomwaffen produziert, modernisiert, weiterentwickelt und einsatzbereit gehalten werden, desto größer ist die Gefahr, dass es zu einem Einsatz von Atomwaffen oder zu einem katastrophalen Unfall kommt. Es hat sich gezeigt, dass der Atomwaffenbesitz vor Angriffen mit konventionellen Waffen nicht schützt. Dass auch vom deutschen Boden (Büchel) atomare Bedrohung ausgeht, kann uns nicht ruhig lassen. Die Tatsache, dass es noch immer ca. 16.000 Atomsprengköpfe auf der Welt gibt und in den vergangenen Jahren keine Abrüstung im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages gelungen ist,

zeigt, dass der **Atomwaffenverbotsvertrag** überfällig ist, der 2017 aufgrund einer Resolution der UN-Generalversammlung ausgehandelt wurde.

Wir fordern die Bundesregierung auf, konkrete Schritte einzuleiten mit dem Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Dies setzt Gespräche und Verhandlungen mit den Partnern in NATO, EU und OSZE voraus:

- über eine Weiterentwicklung des Atomwaffenverbotsvertrages – besonders der Überprüfungsmechanismen,
- über ein weltweites Moratorium der Modernisierung der Atomwaffen,
- über eine Initiative zu negativen Sicherheitsgarantien, d.h. Verpflichtungen der Nuklearwaffenstaaten, keine Nuklearwaffen gegen Nicht-Nuklearwaffenstaaten einzusetzen oder mit ihnen zu drohen,
- über neue Bemühungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Vertrauen ist die Grundlage jeder Friedenspolitik und der Schlüssel zu nuklearer Abrüstung.

Dresden, den 13. November 2019

Kundgebung der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 6. Tagung

4 Eine Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes (1982)

Quelle Reformierter Bund: *Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche*

Im Folgenden lesen Sie die Thesen der Erklärung zur Friedensverantwortung, die das Moderamen des Reformierten Bundes 1982 einstimmig annahm.

I Jesus Christus ist unser Friede. In seinem Tod am Kreuz und in seiner Auferstehung von den Toten hat Gott die ganze gottfeindliche Welt mit sich versöhnt und alle Menschen unter den Zuspruch und Anspruch seines Friedens gestellt. Dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn gehört alle Macht im Himmel und auf Erden. Er hat seine Gemeinde in die Welt gesandt, das Wort von der Versöhnung auszurichten, seinen Frieden zu bezeugen und im Gehorsam gegen sein Wort Frieden zu halten mit allen Menschen. Sein Friede, den die Welt nicht geben, nicht sichern oder zerstören kann, befreit und verpflichtet dazu, für den Frieden unter den Menschen zu beten, zu denken und zu arbeiten.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Meinung, die Frage des Friedens auf Erden unter den Menschen sei eine politische Ermessensfrage und darum unabhängig von der Friedensbotschaft des Evangeliums zu entscheiden.

Angesichts der Bedrohung des Friedens durch die Massenvernichtungsmittel (A-B-C Waffen und konventionelle Massenvernichtungswaffen) haben wir als Kirche meist geschwiegen oder nicht entschieden genug den Willen des Herrn bezeugt. Jetzt, da stärker als zuvor die Möglichkeit des Atomkriegs zur Wahrscheinlichkeit wird, erkennen wir: Die Friedensfrage ist eine Bekenntnisfrage. Durch sie ist für uns der status confessionis gegeben, weil es in der Stellung zu den Massenvernichtungsmitteln um das Bekennen oder Verleugnen des Evangeliums geht.

II In Jesus Christus hat Gott allen Menschen Frieden gewährt. In der Versöhnungstat Jesu Christi begründet er die neue Wirklichkeit: Die ganze Welt ist mit Gott versöhnt. In dieser Wirklichkeit leben wir. Ihr sollen wir durch unser ganzes Leben im Glauben und im Gehorsam entsprechen.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit aller lebensbedrohenden Feindschaft unter den Menschen und allen ideologischen Feindbildern, mit denen eine bislang ungebändigte Aufrüstung begründet wird. Feindschaft, Bereitschaft zur Vernichtung und Vergeltung, Haß und Menschenfurcht leugnen die Wirklichkeit der Versöhnung der Welt mit Gott, deren Wahrheit Gott in der Auferstehung des Gekreuzigten offenbar gemacht hat.

Im Vertrauen auf die auch unseren Feind einschließende Versöhnungstat Jesu Christi wollen wir alle Taten des Unfriedens, allen verzerrten Bildern von Menschen und Völkern und darum auch allen mit solchen Feindbildern gerechtfertigten Massenvernichtungsmitteln den Abschied geben. In Christus sind wir alle mit Gott und darum auch miteinander versöhnte Menschen, die sich nicht wie Unversöhnte meiden, bedrohen, abschrecken oder gar vernichten dürfen.

III Gott ist der Schöpfer und Erhalter der Welt. Trotz unserer Schuld hält und erneuert er in Treue den Bund mit uns Menschen und gibt nicht preis die Werke seiner Hände.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Entwicklung, Bereitstellung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln, die den von Gott geliebten und zum Bundespartner erwählten Menschen ausrotten und die Schöpfung verwüsten können.

Im Vertrauen auf den Gott des Bundes und der Treue wollen wir uns nicht länger von solchen „Waffen“ umgeben, „schützen“ und gefährden lassen.

IV Gott verbindet in Christus seinen Frieden mit der Verheißung und dem Gebot menschlicher Gerechtigkeit.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Bejahung oder auch nur Duldung eines „Sicherheitssystems“, das auf Kosten der Hungernden und Elenden der Erde und um den Preis ihres Todes erhalten wird.

Im Gehorsam gegen den Gott des Friedens und der Gerechtigkeit wollen wir uns einsetzen für einschneidende Kürzungen der Rüstungshaushalte zugunsten der Armen. Im Vertrauen auf ihn sind wir bereit zu ersten, auch einseitigen Schritten der Abrüstung, deren politische Durchsetzung wir fordern und voranbringen wollen. Solche ersten Schritte sind:

- die grundsätzliche Verpflichtung, Konflikte ohne Anwendung oder Androhung von Gewalt lösen zu wollen,
- der Verzicht auf immer neue Waffen,
- der sofortige Einhalt der Entwicklung und Stationierung neuartiger Massenvernichtungsmittel,
- die Verpflichtung, die vorhandenen Massenvernichtungsmittel in einem Krieg nicht anzuwenden und erst recht nicht als erster einzusetzen,
- die Einrichtung kernwaffenfreier Zonen,
- kalkulierte, einseitige Abrüstungsmaßnahmen,
- das Verbot und die Verhinderung der Rüstungsexporte.

V Jesus Christus, der Sohn Gottes, ist der eine und einzige Herr, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben. Sein Gebot ist Maßstab und Grenze auch aller innerweltlichen, politischen Verantwortung der Christen.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Auffassung, die Lösung des Problems der notwendigen und angemessenen Machtmittel des Staates sei allein dem politischen Ermessen und der „praktischen Vernunft“ vorbehalten und es könne für Christen dabei keine eindeutige Entscheidung geben, die sich von ihrem Glauben her hinreichend begründen ließe.

Im Glaubensgehorsam gegen Jesus Christus sagen wir: Auch für staatliche Machtmittel gibt es eine durch das Gebot des Herrn gesetzte Grenze, die nicht überschritten werden darf. Massenvernichtungsmittel sind keine angemessenen und notwendigen Machtmittel, mit denen ein Staat potentielle militärische Gegner abschrecken und im Kriegsfall bekämpfen darf. Es ist zwar Aufgabe des Staates, für Recht und Frieden zu sorgen und das Leben seiner Bürger zu schützen. Aber Massenvernichtungsmittel zerstören, was sie zu verteidigen vorgeben. Ihnen gilt von seiten der Christen ein aus dem Bekenntnis zu Gott dem Schöpfer, Versöhner und Erlöser gesprochenes bedingungsloses „Nein!“, ein „Nein ohne jedes Ja“.

VI Jesus Christus, der für uns gekreuzigte und auferstandene Herr, ist gegenwärtig in der Kraft des Heiligen Geistes. Unter seiner Herrschaft, die sich ohne Gewalt durchsetzt, und unter seiner Leitung, die niemanden zwingt, gewinnen wir Hoffnung und Zuversicht.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit aller Hoffnungslosigkeit und Passivität angesichts der ungeheuren Bedrohung und der oft aussichtslos erscheinenden Mühe um die Bewahrung des Friedens.

Im Vertrauen auf die Herrschaft Jesu Christi und in der Kraft des Heiligen Geistes wollen wir uns nicht entmutigen lassen, für den Frieden zu beten, zu denken und zu arbeiten. Da Jesus Christus der Versöhner und Herr der ganzen Welt ist und seine Herrschaft nicht an den Grenzen der christlichen Gemeinde aufhört, arbeiten wir auch mit Menschen zusammen, die keine Christen sind. Der tröstenden Macht seines Geistes befehlen wir uns an, wenn der Weg des Friedens ins Leid und ins Kreuz führt.

VII Gott wird die in Christus beschlossene Versöhnung mit der Wiederkunft des Herrn vollenden und einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen, in denen Gerechtigkeit und Frieden ohne Ende wohnen. Steht diese Vollendung des Heils auch noch aus, so wird sie doch - von Gott in der Auferstehung des Gekreuzigten verbürgt und von ihm bestimmt - kommen und mit der Auferweckung aller Toten und dem letzten Gericht anheben.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit allem aufgeregten, ziellosen Aktivismus, allem blasphemischen Spekulieren über die „Schrecken der Endzeit“, allem Desinteresse an den Fragen der Friedenserhaltung und aller politischen Gleichgültigkeit hinsichtlich der Entwicklung der Welt.

In der Hoffnung auf den wiederkommenden Herrn sind wir frei zu vorläufigen, auch unvollkommenen, aber tapferen und entschiedenen Schritten für den Frieden. Vor ihm als dem letzten Richter über unser Leben werden wir Rechenschaft darüber ablegen müssen, was wir mit den jeweils eigenen Gaben dazu beigetragen haben, Widerstand gegen die Bedrohung zu leisten, die atomare Katastrophe zu verhindern und seinen Frieden in Wort und Tat zu bezeugen.

5 Moderator des Reformierten Bundes kritisiert EKD-Friedensdenkschrift

Quelle Reformierter Bund: *Moderator des Reformierten Bundes kritisiert EKD-Friedensdenkschrift*

Uneingeschränkte Ächtung von Massenvernichtungswaffen muss bestehen bleiben!

Die evangelische Kirche hat eine Friedensdenkschrift vorgelegt, in der sich die reale Bedrohung spiegeln soll. Die geänderte Position zu Atomwaffen wird vom Moderator des Reformierten Bundes kritisch gesehen

Der Moderator des Reformierten Bundes in Deutschland, Bernd Becker, hat die aktualisierte Bewertung von Massenvernichtungswaffen in der Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) kritisiert. „Jedem Versuch, biblische Friedensgebote zu relativieren oder nukleare Abschreckung theologisch oder ethisch zu legitimieren, ist entschieden zu widersprechen“, sagte der Theologe dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Bielefeld.

„Christliches Zeugnis drängt zum Eintreten für Ächtung von Atomwaffen“

Das christliche Zeugnis dränge vielmehr darauf, „im Vertrauen auf Gottes Frieden für die internationale Ächtung und vollständige Abrüstung von Atomwaffen einzutreten und Initiativen zu unterstützen, die einer friedlichen und gerechten Weltordnung ohne nukleare Bedrohung dienen“, erklärte Becker, der auch Vorstand des Evangelischen Presseverbandes für Westfalen und Lippe ist. Das am Montag auf der EKD-Synode in Dresden präsentierte Grundsatzpapier mit dem Titel „Die Welt in Unordnung“ ächtet Atomwaffen wie bereits das Vorgängerpapier von 2007 weiterhin als friedensethisch nicht zu rechtfertigen. Zugleich erkennt es an, dass die Drohung mit Atomwaffen einer wirkungsvollen Verteidigung dienen könne. „Auch die nukleare Teilhabe oder der Besitz von Nuklearwaffen kann eine ethisch begründbare Entscheidung sein“, heißt es in der Denkschrift.

„Drohung mit solchen Waffen widersprechen Geist des gerechten Friedens“

„Der Besitz und die Drohung mit solchen Waffen widersprechen dem Geist des gerechten Friedens, wie er in der Botschaft Jesu Christi verankert ist“, erklärte der Theologe. Über die notwendige Würdigung solcher realpolitischen Erwägungen hinaus gebe es die bleibende Mahnung, am durch Gottes Gebot begründeten radikalen „Nein ohne jedes Ja“ zu Massenvernichtungsmitteln festzuhalten, unterstrich er. So sei es auch in der Reformierten Friedenserklärung von 1982 formuliert.

Becker ist seit 2022 ehrenamtlicher Leiter des Reformierten Bundes. Zum Reformierten Bund gehören eigenen Angaben zufolge rund 1,5 Millionen evangelisch-reformierte Christen in ganz Deutschland. Der 1968 in Siegen geborene evangelische Theologe Becker ist Herausgeber der evangelischen Wochenzeitung „Unsere Kirche“ (UK).

6 Gemini: Vergleich der EKD-Friedensdenkschriften 2007 und 2025

Der Übergang von der EKD-Friedensdenkschrift 2007 zur neuen Denkschrift vom November 2025 markiert den wohl tiefgreifendsten Wandel in der evangelischen Friedensethik seit Jahrzehnten. Während das Dokument von 2007 noch von einem spürbaren multilateralen Optimismus getragen war, spiegelt die Denkschrift von 2025 die harte Realität einer veränderten Weltordnung wider.

Gemeinsamkeiten

Trotz der veränderten Weltlage hält die EKD an den theologischen Grundpfeilern ihrer Friedensethik fest:

– Das Leitbild des „Gerechten Friedens“:

Beide Schriften erteilen der klassischen Lehre vom „gerechten Krieg“ eine Absage. Frieden wird nicht bloß als die Abwesenheit von Krieg (negativer Friede) definiert, sondern als dynamischer Prozess, in dem Gerechtigkeit und Sicherheit Hand in Hand gehen (positiver Friede).

– Primat des Gewaltverzichts:

Auch im Jahr 2025 betont die EKD, dass gewaltfreie, zivile Konfliktbearbeitung, Diplomatie und Prävention ethisch immer den Vorrang vor militärischen Mitteln genießen müssen.

– Der ethische Kompass:

Das Doppelgebot der Nächsten- und Feindesliebe sowie das Verständnis jedes Menschen als gleichberechtigtes Geschöpf Gottes bleiben in beiden Texten das normative Fundament.

Unterschiede im direkten Vergleich

Die Unterschiede ergeben sich vor allem daraus, wie die EKD die ethischen Prinzipien auf die veränderte geopolitische Realität anwendet.

Geopolitischer Kontext

- **2007:** Post-Sowjetische Ära, Globalisierung, Vertrauen in eine wachsende, regelbasierte Weltordnung.
- **2025:** Russische Aggression gegen die Ukraine, Nahost-Konflikt, Krise des Völkerrechts, Erstarren von Autokratien.

Grundton & Haltung

- **2007:** Visionär, hoffnungsvoll; stark fokussiert auf eine gerechte Weltordnung und globale Kooperation.
- **2025:** Nüchtern, realistisch; stark fokussiert auf Krisenfestigkeit, Schutz und die Bewältigung von Bedrohungen.

Hierarchie der Friedensdimensionen

- **2007:** Die vier Dimensionen (Schutz vor Gewalt, Freiheit, Abbau von Ungleichheit, Pluralität) gelten als *gleichrangig* verwoben.
- **2025:** *Klare Priorisierung:* Der *Schutz vor Gewalt* wird als fundamentales Gut vorangestellt. Ohne Sicherheit für Leib und Leben sind Freiheit und Pluralität nicht zu halten.

Rolle der Vereinten Nationen (UN)

- **2007:** Großes Vertrauen in die UN als zentrale Gestalterin; Militär wird idealisiert als eine Art „globale Polizeigewalt“ (*rechtserhaltende Gewalt*).

- **2025:** Ernüchterung über die Blockaden und die Ohnmacht der UN; Anerkennung, dass das Völkerrecht aktiv missachtet wird.

Militär, Rüstung & Abschreckung

- **2007:** Fokus auf weltweite Abrüstung; militärische Einsätze werden extrem restriktiv als absolute Ausnahme (*Ultima Ratio*) diskutiert.
- **2025:** Ethische Anerkennung von **Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit**. Waffenlieferungen an angegriffene Staaten zur Selbstverteidigung werden legitimiert.

Umgang mit Schuld & Dilemmata

- **2007:** Konflikte scheinen durch die konsequente Bindung an Recht und zivile Mittel weitgehend harmonisch auflösbar.
- **2025:** Offenes Eingeständnis **tragischer Dilemmata** (z. B. nukleare Abschreckung: Atomwaffen sind verwerflich, aber politisch als Verhandlungspfand vorerst nötig). Politisches Handeln kann nicht mehr makellos schuldfrei bleiben.

Bedrohungsspektrum

- **2007:** Klassische Kriege zwischen Staaten sowie der internationale Terrorismus nach den Anschlägen von 2001.
- **2025:** Erweiterung um **hybride Kriegsführung**, Cyberangriffe, gezielte Desinformation (Fake News) und die gezielte Spaltung demokratischer Gesellschaften.

Theologische Ausrichtung

- **2007:** Sehr breite, systematische biblische Fundierung (z. B. prophetische Schalom-Visionen).
- **2025:** Kompakterer theologischer Teil; starker Fokus auf die Verantwortung der Kirche in einer real erfahrbaren „unerlösten Welt“.

Fazit

Kurz gesagt lässt sich die Entwicklung so zusammenfassen: Während die EKD 2007 versuchte, den Frieden von einer erhofften globalen Rechtsordnung her zu gestalten, sieht sie sich 2025 gezwungen, das Recht und die Menschen in einer zutiefst instabilen Welt notfalls auch mit robusten, wehrhaften Mitteln vor Gewalt zu schützen.

7 Gemini: Christliche Kritik an der EKD-Friedensdenkschrift 2025

Die Veröffentlichung der EKD-Friedensdenkschrift im November 2025 („Welt in Unordnung – Gerechter Frieden im Blick“) hat innerhalb der evangelischen Kirche und in christlichen Friedensnetzwerken eine hochemotionale und tiefe Debatte ausgelöst. Während die EKD-Leitung das Papier als „reformatorische Ehrlichkeit“ und notwendigen Realismus in Zeiten globaler Krisen verteidigt, empfinden viele christliche Gruppen das Dokument als schmerzhaften Bruch mit zentralen christlichen Werten.

Die Kritik aus christlichen Kreisen lässt sich im Wesentlichen in fünf Kernargumente zusammenfassen:

Kernargumente der Kritik

1. *Unterordnung unter den politischen Mainstream* Kritiker (darunter auch namhafte Theologen und kirchliche Verbände) werfen der EKD vor, sich mit der Denkschrift fast nahtlos dem politischen Zeitgeist der „Zeitenwende“ und der Aufrüstung anzupassen.

- **Der Vorwurf:** Es brauche keine Kirche, um die Notwendigkeit von Waffenlieferungen und höheren Militärausgaben zu begründen – das erledige die Politik bereits selbst. Die Kirche habe hier ihre eigenständige, prophetische Stimme verloren.
- Sogar der Begriff der „Kriegstüchtigkeit“ wird im Papier nicht prinzipiell verworfen, sondern lediglich zur „äußersten Zurückhaltung“ angemahnt, was auf heftiges Unverständnis stieß.

2. *Marginalisierung des christlichen Pazifismus* Besonders scharf reagierten traditionelle christliche Friedensorganisationen wie die *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden* (AGDF) oder die Organisation „*Ohne Rüstung Leben*“.

- Durch die Neudefinition, dass der „Schutz vor Gewalt“ (notfalls mit Waffen) oberste Priorität hat, wird der klassische christliche Pazifismus in die Defensive gedrängt und als bloße „Gesinnungsethik“ abgewertet.
- Prominentester Kritiker aus den eigenen Reihen war der mitteldeutsche Landesbischof und EKD-Friedensbeauftragte **Friedrich Kramer**. Er stimmte offen gegen die Denkschrift seiner eigenen Kirche und forderte ein „klares Nein [zu Waffen und Krieg] ohne jedes Ja“.

3. *Der Vorwurf des „Mythos der erlösenden Gewalt“*

- Mehrere Friedensinitiativen, wie die „*Initiative Christlicher Friedensruf*“, warnten vor einer gefährlichen theologischen Fehlentwicklung. Die Kritik: Das Papier ver falle dem weltlichen Glauben, dass Frieden dauerhaft durch militärische Stärke statt durch zivile Konfliktlösung und Verständigung geschaffen werden könne.
- Das radikale jesuanische Prinzip des Gewaltverzichts und der Feindesliebe aus der Bergpredigt werde auf einen reinen staatlichen Schutzauftrag verengt und damit im Kern entleert.

4. *Vernachlässigung ziviler und diplomatischer Alternativen* Es wird kritisiert, dass das Dokument dem Narrativ des westlichen Verteidigungsbündnisses fast unkritisch folge und Konflikte sehr eurozentrisch betrachte.

- Möglichkeiten des gewaltfreien Widerstands, erfolgreiche Konzepte der zivilen Konfliktbearbeitung sowie die drängende Notwendigkeit massiver diplomatischer Initiativen würden weitgehend ausgeblendet oder pauschal als „aktuell untauglich“ abgetan.
- Auch die pazifistischen und diplomatischen Stimmen aus der weltweiten Ökumene und dem Globalen Süden seien kaum berücksichtigt worden.

5. *Das „Dilemma“ als moralischer Freibrief* In der Denkschrift wird auffällig oft das Wort „Dilemma“ und die „menschliche Schuldverstrickung“ bemüht – etwa bei der Frage der nuklearen

Abschreckung, die zwar als ethisch verwerflich, aber politisch vorerst als notwendig beschrieben wird.

- **Theologische Kritik:** Christliche Friedensethiker bemängeln, dass das reformatorische Eingeständnis, im politischen Handeln sowieso „schuldig“ zu werden, hier missbraucht wird.
- Es dürfe nicht dazu dienen, das Töten im Krieg oder die Beteiligung an der Rüstungsspirale moralisch abzufedern oder gar ethisch reinzuwaschen.

Fazit und Medientipp

Für eine tiefergehende theologische Einordnung der Argumente und einen direkten Einblick in die kontroversen Reaktionen innerhalb der Landeskirchen zeigt die [Podiumsdiskussion zur EKD-Friedensdenkschrift](#)⁹⁶ sehr anschaulich, wie tief die Risse und Verletzungen quer durch die kirchliche Friedensbewegung verlaufen.

⁹⁶ [ZuFrieden? Die neue EKD-Friedensdenkschrift als ethischer Orientierungsbeitrag](#) Hörens- und sehenswert. Allerdings unter der neugierigen Frage: Welche Auskunft gibt es darüber, wie die Autoren der Denkschrift sich mit dem Welt und ihrer Wahrnehmung beschäftigt haben? Antwort: Sehr einfältig, die negative Konnotation ist noch zu höflich. Kein Lehrer der politischen Bildung dürfte so vorgehen. Katastrophe. – Obendrein: Das Personal scheint der Sache nicht gewachsen zu sein, ungebildete Leute.

8 Ökumenisches Rahmenkonzept – Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall

Quelle EKD: *Ökumenisches Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall* – Ein internes Arbeitspapier der evangelischen und katholischen Kirche

Das ökumenische Rahmenkonzept „Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall“ beschreibt die Rolle und Verantwortung kirchlicher Seelsorgepraxis angesichts neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen. Es benennt die seelsorglichen Aufgaben in Szenarien militärischer Bedrohung und gewaltsamer Konflikte, die auch Deutschland unmittelbar betreffen können. Dabei werden mögliche Belastungen für Zivilbevölkerung, Soldatinnen und Soldaten, Einsatzkräfte, Verwundete, Gefallene, Kriegsgefangene und Geflüchtete in den Blick genommen. Das Konzept zeigt auf, wie kirchliche Strukturen vorbereitet, vernetzt und gestärkt werden können, um in Krisenfällen handlungsfähig zu bleiben und den Menschen beizustehen. Leitend ist dabei das christliche Motiv des Dienstes am Nächsten, verbunden mit organisatorischen Maximen wie ökumenischer Geschlossenheit, klaren Zuständigkeiten und professioneller Krisenkommunikation. Ziel ist es, vorhandene Ressourcen zu bündeln und durch frühzeitige Qualifizierung und Begleitung von Seelsorgenden eine krisensensible Seelsorge zu gewährleisten.

Allgemeines Literaturverzeichnis

- Anders, Günther: *Über die Seele des Menschen im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*, 7. Aufl., Die Antiquiertheit des Menschen – Bd. 1, C.H. Beck, 1988.
- *Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution* Bd. 1, 4. Aufl., Die Antiquiertheit des Menschen – Bd. 2, C.H. Beck, 1987.
- Anpalagan, Stephan: „Theologe gegen Kriegsdienstverweigerung: ‚Wer seine eigenen Söhne nicht gibt, liefert die Kinder der anderen aus‘“, in: *Der Tagesspiegel Online* (10. Juni 2026), URL: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/theologe-gegen-kriegsdienstverweigerung-wer-seine-eigenen-sohne-nicht-gibt-liefert-die-kinder-der-anderen-aus-15666949.html> (besucht am 12. 06. 2026).
- Barth, Karl: *Barth Brevier*, hrsg. von Richard Grunow, Zürich, 1966.
- Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung Hamburg (BSFB): *Bildungssenatorin Bekeris und Landeskommandeur Leonards unterzeichnen Kooperationsvereinbarung*, URL: <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/bsfb/veroeffentlichungen/pressemeldungen/kooperationsvereinbarung-bildungsangebote-von-jugendoffizieren-1165666> (besucht am 21. 05. 2026).
- Behörde für Schule und Berufsbildung, Hrsg.: *Grundsätze zur Friedenserziehung für Hamburger Schulen*, 1983.
- Hrsg.: *Hamburgisches Schulgesetz*, 2023, URL: <https://www.hamburg.de/resource/blob/119676/97f8c3dba0e78795497517a661b7edf8/schulgesetzdownload-data.pdf>.
- Bonhoeffer, Dietrich: *Gegenwart und Zukunft der Kirche 1933-1936*, hrsg. von Otto Dudzus, Bonhoeffer, Dietrich – Bonhoeffer-Auswahl. Siebenstern-Taschenbuch-Verl., 1970.
- *Entscheidungen 1936-1939*, hrsg. von Otto Dudzus, Bonhoeffer, Dietrich – Bonhoeffer-Auswahl. Siebenstern-Taschenbuch-Verl., 1970.
- Brown University, Hrsg.: *Costs of War | Brown University*, 8. Juni 2026, URL: <https://costsofwar.watson.brown.edu/> (besucht am 10. 06. 2026).
- Brummer, Andreas u.a. im Auftr. der Kirchenleitung der VELKD, Hrsg.: *Evangelischer Erwachsenenkatechismus – suchen - glauben - leben*, 8. Aufl., Gütersloh, 2010.
- Brzezinski, Zbigniew: *Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, BeltzQuadrige, 1997.
- Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Hrsg.: *StGB - nichtamtliches Inhaltsverzeichnis*, URL: <https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/index.html#BJNR001270871BJNE020004360> (besucht am 05. 06. 2026).
- Hrsg.: *VStGB - nichtamtliches Inhaltsverzeichnis*, URL: <https://www.gesetze-im-internet.de/vstgb/index.html> (besucht am 05. 06. 2026).
- Bundesministerium der Verteidigung, Hrsg.: *Deutschland investiert in Verteidigung und stärkt das Bündnis*, 26. Nov. 2025, URL: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/deutschland-investiert-in-verteidigung-und-staerkt-das-buendnis-6045046> (besucht am 06. 06. 2026).
- Hrsg.: *Operationsplan Deutschland: Wie verteidigen wir unser Land?*, URL: <https://www.bundeswehr.de/de/selbstverstaendnis/geschichte-bundeswehr/territoriales-fuehrungskommando-der-bundeswehr/operationsplan-deutschland-5703688> (besucht am 20. 05. 2026).
- Hrsg.: *Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*, 2006.
- Bundesrechnungshof, Hrsg.: *Rentenversicherung: Reform zwingend notwendig*, URL: <https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2026/alterssicherungskommission/rente-kurzmeldung.html?nn=23102> (besucht am 07. 06. 2026).

- Bundeszentrale für politische Bildung: *Beutelsbacher Konsens*, bpb.de, 7. Apr. 2011, URL: <https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/> (besucht am 17. 05. 2026).
- Dohnanyi, Klaus von: *Nationale Interessen – Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche*, Siedler, 2022.
- Drewermann, Eugen: *Sag Nein! Wie können wir den Frieden zurückgewinnen und wie können wir ihn bewahren?*, hrsg. von Wolfgang Gehrcke und Christine Reymann, Köln, 2022, S. 197–220.
- EKD: „*Wir haben die Aufgabe, um Positionen zu ringen*“, URL: <https://www.ekd.de/neuer-podcast-frieden-denken-91834.htm> (besucht am 11. 05. 2026).
- *Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens*, Kundgebung zum Schwerpunktthema der 6. Tagung der 12. Synode der EKD 2019 in Dresden. URL: <https://www.ekd.de/kundgebung-ekd-synode-frieden-2019-51648.htm> (besucht am 21. 05. 2026).
 - *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*, URL: <https://www.ekd.de/friedensdenkschrift.htm> (besucht am 22. 05. 2026), und URL: https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/ekd_friedensdenkschrift.pdf.
 - *Barmer Theologische Erklärung*, URL: <https://www.ekd.de/Barmer-Theologische-Erklärung-Thesen-11296.htm> (besucht am 16. 05. 2026).
 - *Friedensdenkschrift: Gerechten Frieden schaffen in unruhigen Zeiten*, 20. Nov. 2025, URL: <https://www.ekd.de/friedensdenkschrift-2025-91393.htm>.
 - *Gewissensentscheidung*, URL: https://www.ekd.de/gewissen_1997_verantwortung4.html (besucht am 17. 05. 2026).
 - *Heidelberger Thesen 1959*, URL: <https://www.ekd.de/heidelberger-thesen-1959-75680.htm> (besucht am 19. 05. 2026), Kopie des Originals https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Heidelberger_Thesen.pdf.
 - *Ökumenisches Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall* – Ein internes Arbeitspapier der evangelischen und katholischen Kirche, URL: https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Oekumenisches-Rahmenkonzept-Seelsorge.pdf (besucht am 20. 05. 2026).
 - *Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick*, 2. Aufl., Evangelische Verlagsanstalt, 2025.
- Evangelisch-reformierte Kirche, Hrsg.: *Um Gottes Willen. Frieden fördern - Gewalt unterbinden*, URL: <https://www.reformiert.de/evangelisch-reformierte-theologie/um-gottes-willen-frieden-foerdern-gewalt-unterbinden.html> (besucht am 22. 05. 2026).
- Ewers-Peters, Nele Marianne: *Der Bündnisfall der NATO*, hrsg. von Bundeszentrale für politische Bildung, 5. Apr. 2024, URL: <https://www.bpb.de/themen/internationale-organisationen/nato/547059/der-buendnisfall-der-nato/>.
- Frankfurter Rundschau, Hrsg.: *Krankenhäuser sollen kriegstauglich werden* – Beschäftigte protestieren, URL: <https://www.fr.de/wirtschaft/krankenhaeuser-sollen-kriegstauglich-werden-beschaefigte-protestieren-94100383.html> (besucht am 20. 05. 2026).
- Gasche, Urs P.: *Die grossen Löcher im US-Sicherheitsschirm für Europa*, infosperber, 22. Juni 2025, URL: <https://www.infosperber.ch/politik/welt/die-grossen-loecher-im-us-sicherheitsschirm-fuer-europa/> (besucht am 17. 05. 2026).
- GEW Hamburg: „*Bildung und militärische Sicherheit?*“, in: *hlz, Zeitschrift der GEW Hamburg, Ausgabe 5-6* (2026), S. 33.
- Giesecke, Hermann: *Didaktik der politischen Bildung, 10. Aufl., Teil II*, München: Juventa, 1976, S. 158–172, URL: <http://hermann-giesecke.de/76pd2.htm#Aktionswissen> (besucht am 17. 05. 2026).
- Gollwitzer, Helmut: *Frieden 2000 – Fragen nach Sicherheit u. Glauben*, München: Kaiser, 1982.
- *Forderungen der Freiheit* – Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, München: Kaiser, 1964.

- Gollwitzer, Helmut: „Der Friedensbeitrag der Christen“, (Erstveröffentlichung 1960, „Junge Kirche“), in: *Forderungen der Freiheit* – Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, München: Kaiser, 1964, S. 322–337.
- „Die Heidelberger Thesen nach einem Vierteljahrhundert“, in: *Frieden 2000* – Fragen nach Sicherheit u. Glauben, München: Kaiser, 1982, S. 66–90.
 - *Gollwitzer Brevier*, hrsg. von Wolfgang Brinkel und Heike Hilgendiek, München, 1988.
 - „Gründe, weshalb ein Christ die Atomrüstung nicht bejahen kann“, in: *Frieden 2000* – Fragen nach Sicherheit u. Glauben, München: Kaiser, 1982, S. 48–65.
 - „Was geht den Christen die Politik an?“, (Erstveröffentlichung 1952, „Für Arbeit und Besinnung“), in: *Forderungen der Freiheit* – Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, München: Kaiser, 1964, S. 60–70.
 - „Wie konntet Ihr das zulassen? – Rede zum Antikriegstag am 1. September 1979 in Mainz“, in: *Frieden 2000* – Fragen nach Sicherheit u. Glauben, München: Kaiser, 1982, S. 7–21.
 - „Zur Einführung“, in: *Forderungen der Freiheit* – Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, München: Kaiser, 1964, S. XI–XXXIX.
- Gronemeyer, Reimer: *Frieden*, hrsg. von Franz Neumann, Texte zur politischen Bildung, Baden-Baden: Signal-Verl., 1978.
- Guérot, Ulrike und Hauke Ritz: *Endspiel Europa* – warum das politische Projekt Europa gescheitert ist - und wie wir wieder davon träumen können, Westend, 2022.
- Henn, Dagmar: *Die Evangelische Kirche wird kriegstüchtig*, 15. Nov. 2025, URL: <https://rtnewsde.online/meinung/261474-die-evangelische-kirche-wird-kriegstuechtig/> (besucht am 24. 05. 2026).
- Jäger, Michael: „Gorbatschow reloaded: ‚Gemeinsames Haus Europa‘ als Alternative zum Krieg“, in: *Der Freitag* (3. Apr. 2025), URL: <https://www.freitag.de/autoren/michael-jaeger/aufruetzung-gorbatschow-reloaded> (besucht am 19. 05. 2026).
- Jaspers, Karl: *Die Atombombe und die Zukunft des Menschen* – Politisches Bewußtsein in unserer Zeit, München: Piper, 1958.
- Kappeler, Andreas: *Kleine Geschichte der Ukraine*, 8. Aufl., C.H. Beck, 2022.
- Karaganow, Sergej: „Wie Russland einen neuen Weltkrieg gewinnen kann“, in: *Russia in Global Affairs* (4. Mai 2026), URL: <https://globalaffairs.ru/articles/kak-pobedit-karaganov/> (besucht am 24. 05. 2026).
- Kaschin, Wassili: „Die eiserne Prosa der Realität“, in: *Russia in Global Affairs* (21. Mai 2026), URL: <https://globalaffairs.ru/articles/chugunnaya-proza-kashin/> (besucht am 24. 05. 2026).
- Katchanovski, Ivan: *The Russia-Ukraine War and its Origins: From the Maidan to the Ukraine War*, Rethinking Political Violence, Cham: Springer Nature Switzerland, 2026, ISBN: 978-3-031-98723-6 978-3-031-98724-3, DOI: 10.1007/978-3-031-98724-3, URL: <https://link.springer.com/10.1007/978-3-031-98724-3> (besucht am 19. 05. 2026).
- Kiesewetter, Roderich und Susann Worschech: *Europa muss auf die Kapitulation Russlands hinarbeiten*, FOCUS online, 11. Mai 2026, URL: https://www.focus.de/politik/ausland/europa-muss-auf-die-kapitulation-russlands-hinarbeiten_86fec2de-a6b7-4a62-9464-9143100fa63b.html (besucht am 19. 05. 2026).
- Kirsch, Martin: *Operationsplan Deutschland*, hrsg. von Informationsstelle Militarisierung (IMI), URL: <https://www.imi-online.de/2026/03/16/operationsplan-deutschland-2/> (besucht am 06. 06. 2026).
- Klaus, Bernhard: *Informationsstelle Militarisierung (IMI)* » „Hybride Kriegführung“ – Pseudowissenschaftliche Propaganda, URL: <https://www.imi-online.de/2026/05/12/hybride-kriegfuehrung-pseudowissenschaftliche-propaganda/> (besucht am 19. 05. 2026).
- Klößner, Marcus: „Wir erleben in Deutschland eine Militarisierung, die in mancher Beziehung an das Kaiserreich erinnert“, URL: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=142220> (besucht am 16. 05. 2026).

- Knorr, Lorenz: *Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik*, Pahl-Rugenstein, 1983.
- Konrad-Adenauer-Stiftung, Hrsg.: *Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. 11. 1990*, www.kas.de, 14. Juni 2007, URL: <https://www.kas.de/de/statische-inhalte-detail/-/content/charta-von-paris-fuer-ein-neues-europa-vom-21.-11.-1990>.
- Kraus, Karl: *Die letzten Tage der Menschheit* – Tragödie in fünf Akten, Frankfurt/Main: suhrkamp, 1986.
- „In dieser großen Zeit – Gesprochen 19. November 1914“, in: *Karl-Kraus-Lesebuch*, hrsg. von Hans Wollschläger, Frankfurt/Main: suhrkamp, 1987, S. 207–220.
- Krebs, Tom und Patrick Kaczmarczyk: *Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland*, hrsg. von Universität Mannheim, Juni 2025, URL: https://www.vwl.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/vwl/Krebs/wirt._Auswirk._Militaerausgaben.pdf/flipbook (besucht am 11.06.2026).
- Krippendorff, Ekkehart: *Staat und Krieg* – die historische Logik politischer Unvernunft, Edition Suhrkamp, Suhrkamp, 1985.
- Kronauer, Jörg: *Meinst du, die Russen wollen Krieg?* Russland, der Westen und der zweite Kalte Krieg, PapyRossa Verlag, 2018.
- Kronauer, Jörg und Erich Später: *Ukraine über alles!* ein Expansionsprojekt des Westens, KVV konkret, 2014.
- Krum, Horsta: *Kirche und Krieg: Umfassend einsatzbereit*, URL: <https://www.jungewelt.de/artikel/521665.kirche-und-krieg-umfassend-einsatzbereit.html> (besucht am 20.05.2026).
- Landesbildungsserver Baden-Württemberg, Hrsg.: *Moralische Dilemmadiskussion*, URL: <https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/ethik/methodik-didaktik/methodik-ethik/dilemma-diskussion/index.html> (besucht am 23.05.2026).
- Leps, Horst: *Material zum russisch-ukrainischen Krieg*, URL: <https://www.leps.de/2025/10/25/material-zum-russisch-ukrainischen-krieg/> (besucht am 21.05.2026).
- Lind, Georg: *Dilemma-Discussion KMDD*, URL: <http://moralcompetence.net/moral/dildisk-d.htm> (besucht am 23.05.2026).
- Marquart, Oliver: *Arbeitspapier der Kirchen: Seelsorge im Krieg*, 20. Mai 2026, URL: <https://www.sonntagsblatt.de/kirchen-arbeitspapier-seelsorge-krieg>.
- Marx, Karl: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, 2. Aufl., Berlin, 1974.
- Masala, Carlo: *Weltunordnung* – die globalen Krisen und das Versagen des Westens, C.H. Beck, 2016.
- Morelli, Anne: *Die Prinzipien der Kriegspropaganda*, 2. Aufl., zu Klampen, 2014.
- Musil, Robert: *Über die Dummheit*, 1937, URL: <https://jochenteuffel.com/wp-content/uploads/2025/03/musil-ueber-die-dummheit.pdf>.
- Niall Ferguson, Moritz Schularick: *Schuldenbremse und Verteidigung: Deutschland hat den Schuss nicht gehört*, FAZ.NET, 26. Juni 2024, URL: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schuldenbremse-und-verteidigung-deutschland-hat-den-schuss-nicht-gehoert-19815310.html> (besucht am 07.06.2026).
- Nordatlantikvertrag (1949)*, URL: <https://www.staatsvertraege.de/natov49.htm> (besucht am 21.03.2026).
- Nowak, Kurt: *Schleiermacher* – Leben, Werk und Wirkung, Theologie, Vandenhoeck u Ruprecht, 2001.
- Paech, Norman: „Neues Völkerrecht für neue Krieg?“, in: *Krieg und Frieden im Völkerrecht*, hrsg. von Norman Paech und Karsten Nowrot, PapyRossa Verlag, 2019, S. 158–179.
- Pax Christi: *Das „Ökumenische Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall“ (auch bekannt als „Geistlicher Operationsplan Deutschland“)*, URL: <http://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/kritik-am-geistlichen-operationsplan/> (besucht am 12.06.2026).

- Pax Christi: *Seelsorge bleibt zivil - Nein zur Militarisierung kirchlicher und diakonischer Dienste!* - Online-Petition, openPetition, URL: <https://www.openpetition.de/petition/online/seelsorge-bleibt-zivil-nein-zur-militarisierung-kirchlicher-und-diakonischer-dienste> (besucht am 12. 06. 2026).
- Preckel, Anne: *Papst an der Uni: Welchen Sinn hat Wissen – ohne Gewissen?* – *Vatican News*, 14. Mai 2026, URL: <https://www.vaticannews.va/de/papst/news/2026-05/papst-leo-universitaet-sapienza-oekologie-aufruestung-frieden.html> (besucht am 16. 05. 2026).
- Rath, Christian: „Per Strafanzeige gegen den Krieg“, in: *Die Tageszeitung: taz* (24. Dez. 2002), ISSN: 0931-9085, URL: <https://taz.de/Per-Strafanzeige-gegen-den-Krieg/!1071263/> (besucht am 05. 06. 2026).
- Reformierter Bund, Hrsg.: *Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche*, URL: <https://www.reformiert-info.de/230-0-0-20.html> (besucht am 20. 05. 2026).
– Hrsg.: *Moderator des Reformierten Bundes kritisiert EKD-Friedensdenkschrift*, URL: https://www.reformiert-info.de/Moderator_des_Reformierten_Bundes_kritisiert_EKD_Friedensdenkschrift-40705-0-0-20.html (besucht am 20. 05. 2026).
- Richter, Wolfgang: „Stationierung von US-Mittelstreckensystemen in Deutschland“, in: *Die Debatte um US-Mittelstreckenraketen in Deutschland – sicherheitspolitische Weichenstellungen der Jahre 2024/2025*, hrsg. von Johannes Varwick, Reihe WIFIS-aktuell, Verlag Barbara Budrich, 2025, S. 16–40.
- Riecke, Torsten: *Globale Trends: „Kanonen statt Butter“ – Europas Aufrüstungs-Dilemma*, 28. Feb. 2025, URL: <https://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/globale-trends-kanonen-statt-butter-europas-aufruestungs-dilemma/100109886.html> (besucht am 06. 06. 2026)
Section: Meinung - Kolumnen.
- Robert, Anne-Cécile: *Ein geopolitischer Kampfbegriff*, URL: <https://monde-diplomatique.de/artikel/!6045961> (besucht am 17. 05. 2026).
- Rosenkranz, Erhard und Dieter O. A. Wolf: „Theorie der Strategien im Ost-West-Konflikt“, in: *Einführung in die Sicherheitspolitik – ein Lehr- und Studienbuch*, hrsg. von Günter Walpuski und Dieter O. A. Wolf, Oldenbourg, 1979, S. 71–108.
- Rossijskaja Gaseta, Hrsg.: *Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation vom 19. November 2024 Nr. 991 „Über die Genehmigung der Grundlagen der Staatspolitik der Russischen Föderation auf dem Gebiet der nuklearen Abschreckung“*, 19. Nov. 2024, URL: <https://rg.ru/documents/2024/11/19/prezident-ukaz991-site-dok.html> (besucht am 04. 06. 2026).
- Sachs, Jeffrey D.: *Jeffrey Sachs an Bundeskanzler Merz: Verhindern Sie offenen Krieg mit Russland!*, *Berliner Zeitung*, 27. Mai 2026, URL: <https://www.berliner-zeitung.de/article/jeffrey-sachs-an-bundeskanzler-merz-verhindern-sie-offenen-krieg-mit-russland-10038620> (besucht am 12. 06. 2026).
- Sander, Evelyn: *Immer mehr Menschen in Deutschland sammeln Pfandflaschen, um sich etwas dazuzuverdienen*, 1. Aug. 2024, URL: <https://www.sonntagsblatt.de/artikel/gesellschaft/immer-mehr-menschen-deutschland-sammeln-pfandflaschen-um-sich-etwas> (besucht am 06. 06. 2026).
- Schleiermacher, Friedrich: *Über die Religion*, Reclam, 1993.
- Schmeller, Raphael: *Der Fall Hüseyin Dođru: Wie die EU Demokratie und Pressefreiheit aushebelt*, 18. Mai 2026, URL: <https://www.berliner-zeitung.de/article/hueseyin-dogru-eu-sanktionen-pressefreiheit-ausgehebelt-10033662> (besucht am 19. 05. 2026)
Section: Geopolitik.
- Schubert, Elke: *Günther Anders mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Rowohlt Monographien, Rowohlt Taschenbuch Verl., 1992.
- Schulenburg, Michael von der: *Erreichen eines gerechten und dauerhaften Friedens in der Ukraine*, 7. Okt. 2022, URL: <https://michael-von-der-schulenburg.com/frieden-in-der-ukraine/> (besucht am 12. 06. 2026).

- Spanner, Elke: „Strafanzeige gegen Schröder“, in: *Die Tageszeitung: taz* (3. Apr. 1999), ISSN: 0931-9085, URL: <https://taz.de/Strafanzeige-gegen-Schroeder/!1294639/> (besucht am 05.06.2026).
- SWP und GMF, Hrsg.: *Neue Macht – Neue Verantwortung*, Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013, URL: https://www.swp-berlin.org/publications/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf.
- Tagesschau: *Russischer Großangriff verwüstet Kiew – Moskau setzt Oreschnik-Rakete ein*, URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/kiew-angriffswelle-100.html> (besucht am 24.05.2026).
- tagesschau.de: *Was sich mit dem Gesundheits-Sparpaket für gesetzlich Versicherte ändern soll*, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/gesundheitsreform-krankenversicherung-neu-100.html> (besucht am 07.06.2026).
- Talmon, Stefan A. G.: *At Last! Germany Admits Illegality of the Kosovo Intervention*, Rochester, NY, 10. Okt. 2014, DOI: 10.2139/ssrn.2508286, URL: <https://papers.ssrn.com/abstract=2508286> (besucht am 05.06.2026).
- Tillich, Paul: *Systematische Theologie – I/II*, Nachdr. der 8. Aufl., Berlin – Boston: de Gruyter, 1987.
- Trenin, Dimitrij, Sergej Awakfjanz und Sergej Karaganow: *Von der passiven zur aktiven Abschreckung – Russlands neue Sicherheits- und Geopolitik*, Potsdam: Welttrends, 2025.
- United Nations: *Food*, URL: <https://www.un.org/en/node/118143> (besucht am 11.06.2026).
- Varwick, Johannes, Hrsg.: *Die Debatte um US-Mittelstreckenraketen in Deutschland – sicherheitspolitische Weichenstellungen der Jahre 2024/2025*, Reihe WIFIS-aktuell, Verlag Barbara Budrich, 2025.
- *Internationale Beziehungen für dummies® internationale Beziehungen verstehen: zentrale Konzepte, Themen und Perspektiven: aktuelle Problemfelder*, Wiley-VCH, 2025.
 - *NATO in (Un-)Ordnung wie transatlantische Sicherheit neu verhandelt wird*, Lizenzausgabe, Bundeszentrale für Politische Bildung, 2017.
- Verheugen, Günter und Petra Erler: *Der lange Weg zum Krieg – Russland, die Ukraine und der Westen Eskalation statt Entspannung*, Originalausgabe, Wilhelm Heyne Verlag, 2024.
- Verteidigung BMVg, Bundesministerium der, Hrsg.: *Was sind hybride Bedrohungen?*, URL: <https://www.bmvg.de/de/themen/sicherheitspolitik/hybride-bedrohungen/was-sind-hybride-bedrohungen--13692> (besucht am 21.03.2026).
- Vogel, Heinrich: *Die eiserne Ration eines Christen*, Neuauf., Berlin: Lettner, 1960.
- *Gott in Christo – ein Erkenntnisgang durch die Grundprobleme der Dogmatik*, 2. Aufl., Berlin, 1952.
 - *Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter*, Berlin: Lettner, 1960.
- Walpuski, Günter und Dieter O. A. Wolf, Hrsg.: *Einführung in die Sicherheitspolitik – ein Lehr- und Studienbuch*, Oldenbourg, 1979.
- „Zur Entwicklung der internationalen Politik“, in: *Einführung in die Sicherheitspolitik – ein Lehr- und Studienbuch*, hrsg. von Günter Walpuski und Dieter O. A. Wolf, Oldenbourg, 1979, S. 11–70.
- Warweg, Florian: *Auswärtiges Amt als Sturmspitze im Kampf gegen unliebsame Journalisten und deren Berichterstattung*, NachDenkSeiten - Die kritische Website, URL: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=135478> (besucht am 21.03.2026).
- Wikipedia: *Andreas Zumach*, in: URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Andreas_Zumach&oldid=263789435 (besucht am 21.05.2026).
- *Arthur Ponsonby*, in: URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Arthur_Ponsonby,_1._Baron_Ponsonby_of_Shulbrede&oldid=257023292 (besucht am 20.05.2026).

- Wikipedia: *Atomwaffenverbotsvertrag*, in: URL: <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Atomwaffenverbotsvertrag&oldid=262673038> (besucht am 19.05.2026).
- *Charta von Paris*, in: 18. Feb. 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Charta_von_Paris.
 - *Christliche Friedenskonferenz*, in: URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Christliche_Friedenskonferenz&oldid=259064299 (besucht am 17.05.2026).
 - *Farbrevolutionen*, in: 18. Juli 2025, URL: <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Farbrevolutionen&oldid=257989940>.
 - *Flexible Response*, in: URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Flexible_Response&oldid=266892962 (besucht am 17.05.2026).
 - *Gottesfriede*, in: 27. Nov. 2025, URL: <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Gottesfriede&oldid=261922732>.
 - *Harmel-Bericht*, in: 16. Mai 2025, URL: <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Harmel-Bericht&oldid=256049187>.
 - *Heinrich Vogel (Theologe)*, in: URL: [https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Heinrich_Vogel_\(Theologe\)&oldid=258773214](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Heinrich_Vogel_(Theologe)&oldid=258773214) (besucht am 18.05.2026)
Page Version ID: 258773214.
 - *Helmut Gollwitzer*, in: URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Helmut_Gollwitzer&oldid=264012146 (besucht am 18.05.2026)
Page Version ID: 264012146.
 - *Jeffrey Sachs*, in: URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Jeffrey_Sachs&oldid=267652454 (besucht am 12.06.2026).
 - *Kampf dem Atomtod*, in: URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Kampf_dem_Atomtod&oldid=264482102 (besucht am 18.05.2026).
 - *Konstantinische Wende*, in: 2. März 2026, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Konstantinische_Wende&oldid=264865257.
 - *Massive Vergeltung*, in: URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Massive_Vergeltung&oldid=244148073 (besucht am 17.05.2026).
 - *Operationsplan Deutschland*, in: URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Operationsplan_Deutschland&oldid=266408037 (besucht am 20.05.2026).
 - *Paulskirchenbewegung*, in: URL: <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Paulskirchenbewegung&oldid=266227802> (besucht am 21.05.2026).
 - *Reimer Gronemeyer*, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Reimer_Gronemeyer&oldid=265642185 (besucht am 04.06.2026).
- Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag: *Zum Begriff des Angriffskriegs*, WD 2 - 3000 - 083/20, URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/809264/6f532e3d057c62665aa0a6a6573e41da/WD-2-083-20-pdf-data.pdf> (besucht am 05.06.2026).
- ZDFheute: *Sipri-Studie: Rüstungsausgaben weltweit so hoch wie nie*, 27. Apr. 2026, URL: <https://www.zdfheute.de/politik/sipri-bericht-2025-militaerausgaben-weltweit-100.html> (besucht am 11.06.2026).
- Ziegler, Jean: *Zitate*, URL: <https://www.nur-zitate.com/zitat/13747> (besucht am 11.06.2026).
- ZuFrieden?* Die neue EKD-Friedensdenkschrift als ethischer Orientierungsbeitrag, hrsg. von Evangelische Akademie Frankfurt, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=dpHDFmxxppMY> (besucht am 20.05.2026).
- Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e.V., Hrsg.: *GRÜNBUCH ZMZ 4.0*, URL: <https://zoesbund.de/publikationen/gruenbuch-zmz/> (besucht am 25.05.2026).
- Zumach, Andreas: *Das Gerede über eine europäische Atomstreitkraft*, infosperber, 15. Mai 2026, URL: <https://www.infosperber.ch/politik/welt/das-gerede-ueber-eine-europaeische-atomstreitkraft/> (besucht am 21.05.2026).